

PARITÄTREPORT

3 | 2020

SCHWERPUNKT: Demokratie stärken

INTERVIEW: Michael Fürst über jüdisches Leben unter Polizeischutz

CORONA EXTRA: Wie kommt die Freie Wohlfahrt durch die Krise?

De|mo|kra|tie, die; -, ...ien

[griech., »Volksherrschaft«]

(Prinzip, staatliches System, bei dem die Macht aufgrund freier politischer Wahlen ausgeübt wird); mittelbare, parlamentarische, repräsentative, unmittelbare Demokratie

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Corona-Pandemie beherrscht nach wie vor die Nachrichten. Und auch weite Teile unseres Alltags. Beim Einkaufen müssen wir Masken tragen, im Restaurant unsere Kontaktdaten hinterlegen, und wann wir wieder unter Normalbedingungen Konzerte erleben oder Stadtfeste besuchen können, das steht in den Sternen. Auch auf die soziale Arbeit hat die Pandemie massive Auswirkungen. Die Hygieneauflagen in der Altenpflege bleiben hoch. Besuche in Pflegeheimen sind zwar in einem engen Rahmen wieder möglich, aber der Schutz besonders vulnerabler Gruppen bleibt Teil der täglichen Fürsorge. Das gilt zum Beispiel auch für Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen, die ihre Arbeit in großem Umfang umstellen mussten, um die nötigen Hygieneregeln einzuhalten. Mit all diesen Nebenwirkungen des medizinischen Problems Sars-CoV-2 kann man hadern. Zu Recht. Man kann sich ärgern, weil die Maßnahmen das eigene Leben einschränken. Man kann – und sollte – sich deutlich zu Wort melden, wenn die eigene wirtschaftliche Existenz dadurch gefährdet wird. Wir in der sozialen Arbeit haben in dieser Hinsicht viel erreicht. Die meisten Träger erhalten umfangreiche Hilfen, ihre Existenz ist über Corona hinaus gesichert. Zuletzt ist uns das für die Schullandheime gelungen, deren Fortbestehen auf Messers Schneide stand. Nun bekommen auch diese wertvollen Einrichtungen staatliche Unterstützung.

Das konnten wir erreichen, weil wir alle an einem Strang gezogen haben: die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrt, unsere Mitgliedsorganisationen, engagierte Politiker*innen. Zusammenhalt ist das Gebot der Stunde. Nur so kommen wir als Gesellschaft gut durch die Krise. Leider haben das nicht alle Menschen verstanden. Anders lassen sich die Bilder aus Berlin vom 29. August nicht erklären. Seit einiger Zeit schon sehen wir, wie sich Impfgegner*innen mit Verschwörungsgläubigen und strammen Rechten auf den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen verbünden. Was aber in Berlin passiert ist, kann ich immer noch kaum fassen. Reichsflaggen auf der Bundestagstrep-



pe, „Putin, Putin“-Rufe, rechtsradikale Parolen – und lauter Demonstrant*innen, die den rechtsextremen Charakter dieser „Bewegung“ stur leugnen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat recht: Wer sehenden Auges mit Rechtsextremen, Neonazis und anderen Feinden unserer Demokratie demonstriert, macht sich mit ihnen gemein.

Ich glaube nicht, dass unser demokratisches System akut in Gefahr ist. Das haben die AfD-Abgeordneten im Bundestag bisher nicht geschafft, das schaffen auch die paar Flaggenschwenker vorm Reichstag nicht. Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hält die deutsche Corona-Politik für angemessen. Aber Aufmerksamkeit ist geboten, wenn in geschlossenen Online-Foren Rechtsextreme rassistische Gewaltfantasien und Umsturzscenarien austauschen – und zunehmend auch Gewalt ausüben. Kassel, Halle, Hanau sind nur drei Beispiele. Aufmerksamkeit ist auch geboten, wenn wir uns nicht mehr sicher sein können, ob Staatsanwält*innen, Soldat*innen und überhaupt alle dem Staat in besonderer Weise Verpflichteten sich als Vertreter*innen des Grundgesetzes verstehen. Hier gilt es, genau hinzusehen. Zumal ein offener Diskurs mit diesen Personen kaum noch möglich zu sein scheint – auch dank der Filterblasen in den sogenannten sozialen Netzwerken.

Wir vom Paritätischen suchen weiter den Dialog. Aber wir zeigen auch klare Kante. Schon 2017 und 2019 hat unser Verbandsrat Positionspapiere für Vielfalt und Toleranz, gegen Rechtsextremismus und Hass verabschiedet. Dafür stehen wir. Gemeinsam mit Ihnen setzen wir uns für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der alle Menschen gut und zufrieden leben können. Davon handelt dieses Heft. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Herzlich, Ihre

Birgit Eckhardt

SCHWERPUNKT – DEMOKRATIE STÄRKEN

- 8 EINFACH MAL MACHEN**
Unsere Demokratie braucht das Engagement der Bürger*innen
- 10 „UNSER GRUNDVERTRAUEN IN DEN STAAT ÜBERSTEHT AUCH EINE SOLCHE KRISE“**
Interview mit Michael Fürst
- 14 RAUS AUS HAPPYLAND!**
Was kann ich selbst gegen Rassismus tun?
- 18 WARUM SICH DIE ZAHLEN UNTERSCHIEDEN**
Die Amadeu Antonio Stiftung über rechte Gewalt
- 20 BERATUNG NEU STRUKTURIERT**
Hier finden Opfer rechter Gewalt Hilfe
- 22 ERINNERUNGSKULTUR HEUTE**
Was lehrt uns die Vergangenheit? Ein Besuch in Bergen-Belsen
- 26 SCHWEINEKÖPFE, BRANDANSCHLÄGE, GEGENDEMOS**
Wie der Rechtsextremismus in Niedersachsen aufgestellt ist
- 28 DREI TIPPS**
Anlaufstellen für demokratische Bildung und Vernetzung
- 29 ALLER ANFANG IST HIER: DEMOKRATIEBILDUNG IM KINDERGARTEN**
Schon Kleinkinder verinnerlichen demokratische Prozesse
- 32 „WAS HAT DAS DENN MIT MEINEM ALLTAG ZU TUN?“**
Jugend und Politik: Eine Freiwilligendienstlerin berichtet
- 34 JUGEND-POLITIK-DIALOGUE NIEDERSACHSEN IN VOLLEM GANGE**
Neue Formen zur politischen Teilhabe Jugendlicher
- 36 EIN IDEALER ORT**
Die Internationale Jugendbegegnung schafft Raum für Verständigung
- 37 FOKUS AUF TEILHABE UND INTEGRATION**
Der Jugendmigrationsdienst des Paritätischen Cuxhaven
- 38 „MIT POLITISCHER BILDUNG KANN MAN NICHT FRÜH GENUG ANFANGEN“**
Die Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung im Gespräch
- 42 ...DAS WIRD MAN JA WOHL NOCH SAGEN DÜRFEN!**
Wie man am besten mit dem Hass im Internet umgeht
- 44 „WARUM SEID IHR SO ÜBERRASCHT?“**
Nach dem Anschlag auf das queere Jugendzentrum: ein Erfahrungsbericht
- 46 WOHIN STEUERT POLEN?**
Der konservative Teil der Bevölkerung unterstützt die Politik des wiedergewählten Präsidenten
- 49 DREI BUCHTIPPS**
Noch mehr Lektüre über die offene Gesellschaft und ihre Feinde



Foto: Element 5 - unsplash



Foto: Martin Redlin/Pixabay

NACHRICHTEN

- 52 MILLIONEN EINWEGMASKEN FÜR DIE SOZIALE ARBEIT**
Paritätischer erhält Großspende
- 53 SCHNELL, UNBÜROKRATISCH UND EFFEKTIV**
Mitglieder des Paritätischen bekommen Corona-Hilfen
- 54 FAMILIEN IN DER CORONA-KRISE**
Facharzt über die Folgen der Isolation für Kinder
- 56 SONDERPROGRAMM DES LANDES: SCHULLANDHEIME DABEI**
Zukunft der Einrichtungen vorerst gesichert
- 57 SELBSTHILFE IST SYSTEMRELEVANT!**
Selbsthilfegruppen dürfen sich wieder treffen – doch vielen fehlt es an Platz dafür
- 58 „ICH HOFFE, DASS ICH EINEN ECHT GUTEN JOB MACHE“**
Trotz Pandemie: Zwei Braunschweiger schaffen den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt
- 59 „AN EINEM FREITAG“**
Ein Film über den Alltag in Corona-Zeiten von Menschen mit Beeinträchtigungen
- 59 SCHWERHÖRIGE BENACHTEILIGT**
Maskenpflicht in Deutschland – schwierig für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen



Foto: Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

PANORAMA UND SERVICE

- 62 PRÄSENT IN ZEITEN DER PANDEMIE**
Fête de la Musique und Christopher Street Day in Hannover
- 63 BEGEGNUNGEN DES HERZENS**
Menschen mit Behinderungen üben Aikido
- 64 UNSER SERVICE FÜR SIE**
Rechtsberatung für Mitglieder wird ausgebaut
- 65 WILLKOMMEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN**
Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt
- 68 PERSONALIA**
- 69 VERANSTALTUNGEN**
- 70 VERBANDSJUBILÄEN**
- 71 DER PARITÄTISCHE STELLENMARKT**
- 75 IMPRESSUM**
- 76 FACHBEREICHE DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN**
- 77 ARBEITSKREISE UND ABTEILUNGSLEITUNGEN DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN**
- 78 KREISVERBÄNDE DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN**
- 79 MITGLIEDER DES VERBANDSRATS**



Foto: Florian Arp

**SCHWERPUNKT –
DEMOKRATIE
STÄRKEN**





Foto: Morning Brew – unsplash

EINFACH MAL MACHEN

*Das demokratische System muss derzeit viel Kritik aushalten. Der politische Alltag ist zäh, gerade in einer Krise wie der Corona-Pandemie. Aber der Blick zum Beispiel nach Belarus zeigt, wie glücklich wir uns als Bürger*innen eines demokratischen Rechtsstaats schätzen können. Oder?*

„Vier von zehn Deutschen sind mit demokratischem Alltag unzufrieden“, Tagesspiegel, 12.09.2019

Ein Riss geht durchs Land. Er verläuft im Zickzack, zwischen Verschwörungsgläubigen und Christian-Drossten-Fans, zwischen Putin-Verehrer*innen und Anhänger*innen der Gewaltenteilung, zwischen Menschen mit nichtweißer Haut und einer Gesellschaft, die sich schwertut damit, den eigenen Rassismus zu erkennen. Derlei Paarungen lassen sich noch viele, viele mehr aufmachen, die deutsche Gesellschaft scheint sich in einem Zustand der dauerhaften Aufregung zu befinden. Ist gar unser demokratisches Gemeinwesen in Gefahr, das doch auf der Fähigkeit zum Kompromiss, auf der gemeinsamen Suche nach einem Konsens beruht? Diesen Eindruck kann man haben, wenn man die Kommentarspalten von Online-Medien und Social-Media-Beiträgen betrachtet. Gruselig, wie da die Fronten aufeinandertreffen, wie menschenverachtend und am Thema vorbei da oft diskutiert wird.

Man darf sich von diesem Eindruck allerdings nicht beherrschen lassen, denn was diese Kommentare abbilden, ist allerhöchstens ein verzerrter Ausschnitt der Realität. Die meisten Menschen im Land haben wenig bis gar keine Zeit, sich überhaupt regelmäßig in irgend-

welchen Foren oder auf Webseiten zu äußern. Und jedes lustige, herzige Video über süße Tierkinder erhält mehr Aufmerksamkeit in den sozialen Netzwerken als ein politischer Artikel.

Hinzu kommt: Tatsächlich stammt nicht jeder Beitrag von einem echten Menschen. Computergesteuerte Bots feuern Debatten an, und so mancher Scharfmacher mit zu viel Freizeit (kurz: Troll) unterhält gleich mehrere Fake-Accounts. Gemeinsam können Bots und Trolle so ein Klima der Einschüchterung erzeugen, obwohl in Wahrheit die Zahl der echten Beiträge kaum erwähnenswert ist.

Also – alles gar nicht so schlimm? Schließlich profitieren ja auch demokratische, progressive, soziale Anliegen und Initiativen von den schier unendlichen Möglichkeiten, die das Internet bietet. Aber auch wer den Blick auf die analoge Wirklichkeit lenkt, runzelt sorgenvoll die Stirn. Steht zum Beispiel eine Kommunalwahl an, häufen sich Schlagzeilen wie diese: „Kommunen ohne Bürgermeister“ oder „Parteien fehlen Kandidaten“. Das überrascht nicht, wenn man sich die Mitgliederzahlen der beiden größten deutschen Parteien anschaut: 1990 hatte die SPD noch mehr als 940.000 Mitglieder, die CDU fast 790.000 – heute sind es noch 412.000 (SPD) und 402.000 (CDU). Trotz starken Zuwächsen bei den Grünen und dem Entstehen

der AfD hat sich insgesamt die Zahl der eingetragenen Parteimitglieder seit 1990 von 2,4 auf 1,2 Millionen halbiert. Wo sollen da die Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen überhaupt herkommen?

Hinzu kommt, dass immer wieder Bürgermeister*innen oder andere Amtsträger*innen von ihren Posten zurücktreten, weil sich der Hass aus dem Internet Bahn gebrochen hat in die Wirklichkeit. Konkrete Morddrohungen sind keine Einzelfälle mehr. Und auch in den kleinen Ratsstuben hat der Parteienzwist Einzug gehalten, der sich dereinst auf die öffentlichkeitswirksamen großen Parlamente beschränkte. Konsenssuche? Auch in den Niederungen der Kommunalpolitik herrscht inzwischen viel eher eine Blockadehaltung vor. Das macht es für außenstehende Politikinteressierte nicht unbedingt attraktiv, so ein Amt anzustreben (von den immensen bürokratischen, zeitlichen Anforderungen an so ein Ehrenamt ganz zu schweigen).

Und wie inklusiv ist eigentlich das politische System in Deutschland? Finden Menschen mit Migrationshintergrund hier ihren Platz? Haben Politik und Behörden Interesse an den Anliegen junger Menschen? Setzen sie sich dafür ein, die Lebensrealität von Frauen und Familien zu verbessern? Befürworten sie die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen, von armen Menschen und von LGBTQ-Personen? Oder klammern die gesellschaftlichen Institutionen – ob gewollt oder unbewusst – bestimmte Personengruppen einfach aus?

Aber wollen denn die Deutschen überhaupt noch ein demokratisches System? Ja, eigentlich schon, aber so, wie es derzeit läuft, dann doch lieber nicht – so könnte man einige Studien aus der jüngeren Zeit zusammenfassen. 40 Prozent der Befragten einer YouGov-Umfrage aus dem vergangenen Herbst sind mit der Demokratie in Deutschland „eher oder sehr unzufrieden“. Immerhin bezeichnen 79 Prozent die Demokratie als die beste Staatsform für Deutschland. Elf Prozent sind da ambivalent, und zehn Prozent stehen der Demokratie als Staatsform negativ gegenüber. Zehn Prozent! Hochgerechnet wären das mehr als acht Millionen Menschen!

Andere aktuelle Studien bestätigen diese Erkenntnisse. Eine Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat ermittelt, dass 70 Prozent der Menschen, die sich der Arbeiter- oder Unterschicht zuordnen, kein Vertrauen in die politischen Prozesse und Ergebnisse haben. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung kommt zu

ganz ähnlichen Ergebnissen. Das schlägt sich auch auf die Wahlbeteiligung nieder. Beispiel: Bei der Europawahl 2019 haben im ärmsten Kölner Stadtteil 30 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben – im reichsten Stadtteil fast 80 Prozent. Wer will da noch erwarten, dass die Abgeordneten Politik für die Armen machen? Das hat ganz konkrete Auswirkungen von der Steuergesetzgebung über Stadtplanung bis zu Fragen der Kinderbetreuung. Es ist ein Teufelskreis.

Was also tun? Aufstehen. Mitmachen. Das System krankt. Aber das System wird von Menschen gemacht – nicht nur von den Politikerinnen und Politikern, nicht nur von den Lobbybeauftragten der Großkonzerne. Nein, das demokratische System wird von uns allen gestaltet, den Bürgerinnen und Bürgern. Und wir können viel erreichen, wenn wir uns gemeinsam mit anderen für ein Anliegen einsetzen. Das haben die Jugendlichen gezeigt, die jenseits der Parlamente mit der Fridays-for-Future-Bewegung endlich eine ernsthafte Diskussion über Klimaschutz angestoßen haben. Das haben die Grünen bewiesen, die aus der Umweltbewegung entstanden sind und in den vergangenen 30, 40 Jahren in den Parlamenten Umweltschutzthemen vorangetrieben haben. Und, ja, das haben auch Pegida und AfD bewiesen, die es mit überschaubaren Mitteln, aber einem unglaublichen Gespür für die Mechanismen der sozialen Netzwerke geschafft haben, die politische Agenda der vergangenen Jahre zumindest mitzubestimmen – ganz ohne Ämter, ohne Posten.

Dem muss der soziale, demokratische Teil unserer Gesellschaft etwas entgegensetzen. Das ist anstrengend und mühsam, es ist Kärrnerarbeit. Allzu oft fühlt man sich wie Sisyphos. Aber es lohnt sich, wenn am Ende konkrete Verbesserungen für unsere Gesellschaft stehen. Yes, we can – der ehemalige Wahlkampflogan von Barack Obama gilt auch heute noch. Aber er muss ergänzt werden, und zwar um einen bekannten Werbespruch: Just do it!



UWE KREUZER

Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de



Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen: Jüdisches Leben steht in Deutschland unter Polizeischutz, und das nicht erst seit dem Anschlag von Halle. Hier im Bild ein Polizist vor der Neuen Synagoge Berlin.

„UNSER GRUNDVERTRAUEN IN DEN STAAT ÜBERSTEHT AUCH EINE SOLCHE KRISE“

Michael Fürst im Interview: Der Vorsitzende des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen spricht über den wiedererstarnten Antisemitismus, über das Gewaltmonopol des Staates und über die Bedeutung von Bildung für eine funktionierende demokratische Gesellschaft.

Parität Report: Herr Fürst, vielen Dank, dass wir mit Ihnen sprechen können. Wir treffen uns hier in Ihrem Büro, natürlich mit Abstand. In den vergangenen Wochen wäre das nicht möglich gewesen, da hätten wir dieses Interview via Telefon oder Skype führen müssen. Wie hat sich denn die Corona-Pandemie auf Ihr Leben ausgewirkt?

Michael Fürst: In der Kanzlei haben wir durchgehend weitergearbeitet. Wir haben zugesehen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein im Büro arbeiten können, und wir haben den Verkehr zwischen den beiden Büroetagen weitestgehend reduziert. Wir hatten allerdings deutlich weniger Besuch von Klientinnen und Klienten, da lief viel mehr über Telefon und Mail als nor-

malerweise. Auch an den Gerichten hat sich einiges geändert. Jetzt schleicht sich langsam wieder eine gewisse Normalität ein, da muss man auch sein eigenes Verhalten ständig reflektieren. Ich fahre ja auch viel Zug, weil meine Frau in Frankfurt lebt, und auch da merkt man, dass die Züge langsam wieder voller werden und dass einige Menschen es mit den Hygienemaßnahmen nicht mehr so genau nehmen.

Und wie funktioniert das Gemeindeleben in Corona-Zeiten?

Am Anfang hatten wir gar keine Gottesdienste. Das war schon ein starker Einschnitt. Seit Mitte Juni geht das wieder, wir haben ein umfangreiches Hygienekonzept er-

arbeitet. Aber das gemütliche Zusammenkommen der Gemeinde nach dem Gottesdienst, darauf müssen wir noch verzichten. Das ist sehr schade.

Wir haben zuletzt eine Phase der Lockerungen erlebt und befinden uns auf dem Weg in eine „neue Normalität“ – immer abhängig von einer möglichen zweiten Infektionswelle. Es gab aber wochenlang zum Teil recht massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Das betraf das Geschäftsleben genauso wie den Kulturbetrieb, die Schulen genauso wie religiöse Gemeinschaften. Wie übersteht eine demokratische Gesellschaft solche Einschränkungen?

Ich versuche mal, das aus Sicht der jüdischen Gemeinschaft zu erklären. Die Jüdinnen und Juden sind in ihrem jeweiligen Heimatland schon immer sehr treue Staatsbürgerinnen und -bürger gewesen. Patriotismus ist in der jüdischen Gemeinschaft schon fast obligatorisch. Das hat sich bis heute gehalten. Wenn der Staat also etwas anordnet, wird das in der Regel akzeptiert. Wir akzeptieren die Notwendigkeit behördlicher Anweisungen, weil wir ein Grundvertrauen in den Staat setzen. Als Institution, als Körperschaft des öffentlichen Rechts, haben wir natürlich auch eine gewisse Verpflichtung dazu. Aber auch die einzelnen jüdischen Menschen empfinden eben so. Dieses Grundvertrauen übersteht auch eine solche Krise. Bei manchen Mitbürgerinnen und Mitbürgern scheint das Vertrauen in den Staat allerdings enorm gelitten zu haben.

Eine Begleiterscheinung der Pandemie ist die massenhafte Verbreitung von Verschwörungsmethoden.



Foto: Privat

Prominente wie Attila Hildmann und Xavier Naidoo stilisieren sich selbst zu Erlöserfiguren hoch, bedienen auch immer wieder antisemitische Klischees. Was läuft falsch in Deutschland, dass solche Botschaften auf so breite Zustimmung treffen, quer durch die Bevölkerungsschichten?

Es ist bedrückend, was da läuft. Wir finden selbst in der Mitte der Gesellschaft wieder einen Hang zu Antisemitismus, antisemitische Klischees sind wieder salonfähig. Es gibt Studien, die sprechen von einem 25-prozentigen Bevölkerungsanteil, der antisemitisch denkt. Da wäre ich vorsichtig. Statistiken sind gefährlich, denn sie hängen von der konkreten Fragestellung ab. Aber fest steht: Nisten sich bestimmte Klischees erst einmal in den Köpfen ein, kann daraus eine Gefahr erwachsen. Warum das überhaupt passiert? Vielleicht ist der Holocaust zu lange her. Vielleicht ist der jüdische Teil der Bevölkerung im Alltag nicht präsent genug. Vielleicht haben wir auch einfach nur gedacht, der Antisemitismus sei zurückgegangen – und jetzt trauen sich die Menschen nur, ihre Vorurteile auch zuzugeben, die sie so lange verborgen haben.

Bereiten Menschen wie Hildmann und Naidoo den Boden für körperliche Gewalt? Attacken auf Kippa-tragende Menschen haben wir zuletzt gefühlt wieder häufiger erlebt. Das Halle-Attentat, das sich allerdings vor der Corona-Pandemie ereignete, richtete sich explizit gegen die Mitglieder der jüdischen Gemeinde.

Ja, sie bereiten den Boden für Gewalt. Wenn AfD-Politiker von der Nazi-Herrschaft und dem Holocaust als

INTERVIEWPARTNER

Michael Fürst wurde 1947 im Hannover der Nachkriegszeit geboren. Sein Vater hatte – anders als dessen Eltern – den Holocaust überlebt und die jüdische Gemeinde Hannover neugegründet. Später, nach der Zeit bei der Bundeswehr und der Zulassung als Anwalt trat Fürst in die Fußstapfen des Vaters, wurde Vorsitzender der hannoverschen Gemeinde und 1980 auch des Landesverbands. Als besonnener Mahner tritt er für die Verständigung zwischen den Kulturen ein, benennt aber auch ganz konkrete Probleme, wenn es sein muss. Fürst arbeitet immer noch als Anwalt und pendelt heute zwischen Hannover und Frankfurt.

einem „Vogelschiss“ reden, wenn Influencer wie Hildmann und Naidoo Antisemitismus predigen, dann hat das Einfluss. Wir sehen ja insgesamt einen Rückgang an Straftaten, aber gleichzeitig nimmt zum Beispiel die Gewalt gegenüber der Polizei und anderen Einsatzkräften zu. Das spricht für eine Verrohung der Gesellschaft, und diese Hassprediger befeuern das. Der Staat hat das Gewaltmonopol, das muss er aber auch durchsetzen. Wir müssen deutlich härter rechte Straftäter bestrafen. Ich finde, man kann diese ganze Problematik auch gut an der Diskussion um die Umbenennung von Straßennamen festmachen. Ich verstehe einfach nicht, dass Menschen dagegen vorgehen und sich zum Beispiel für einen Menschen wie Hindenburg einsetzen. Wir müssen uns doch eines fragen: Welche Gefühle rufen solche Straßennamen in Menschen hervor, die direkt oder indirekt von Unrecht betroffen sind, das die Namensgeber der Straßen verursacht haben? Menschen, die in irgendeiner Form das NS-Regime unterstützt haben, gehören nicht dadurch geehrt, dass Straßen nach ihnen benannt werden. Und da haben wir uns, zumindest hier in Hannover, mit der Kolonialgeschichte noch gar nicht befasst. Wir haben wirklich noch viel Vergangenheitsbewältigung zu leisten. Ich sehe da ein unheimliches Geschichtsdefizit bei vielen Menschen. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Es ist einfacher geworden, den Mund aufzumachen. Der Kaffeesatz an Antisemitismus und Rassismus war auch früher schon da. Aber die Entwicklung wird beschleunigt, und rhetorische Gewalt kann auch zu physischer Gewalt führen.

Nach dem Anschlag von Halle wurden die Sicherheitsvorkehrungen für Synagogen und andere jüdische Einrichtungen in ganz Deutschland noch verstärkt. Fühlen sich Menschen jüdischen Glaubens sicher in Deutschland?

Ja, wir fühlen uns sicher. Aber wir sehen den latenten Antisemitismus natürlich sehr deutlich. Was in Halle passiert ist, kann jeden Tag woanders auch passieren. Wir wollen aber nicht 24 Stunden Polizeischutz – und können das auch nicht erwarten. Wir wollen schließlich ein ganz normaler Teil dieser Gesellschaft sein. Wir stehen aber in ständigem Kontakt zu den Sicherheitsbehörden und vertrauen darauf, dass der deutsche Staat die richtigen Weichen stellt. Justiz und Polizei müssen da mitwirken, das ist ganz klar.

Es gibt zurzeit eine Debatte über strukturellen Rassismus bei den Polizeibehörden, bei der Bundeswehr werden immer wieder rechtsextreme Soldaten aus-



Gefragter Gesprächspartner: Michael Fürst im Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil.

gemacht. Machen Ihnen denn diese Entwicklungen Sorgen?

In den staatlichen Organen gibt es, wie im Rest der Bevölkerung auch, einen bestimmten Prozentsatz Menschen, die rassistische, antisemitische, antiislamischen Ansichten haben. Das kann man nicht verleugnen, und das darf man nicht ausblenden. Dazu kommt: Alle Organisationen, die repressiv gedacht sind – und das meine ich jetzt ganz wertfrei –, neigen eher dazu, rechte Ansichten zu befördern. Polizei und Bundeswehr gehören da natürlich dazu. Und wer zum Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr geht, der will nicht nur täglich seine Waffe ölen, sondern auch damit schießen. Der sucht den Nervenkitzel. Ich war auch bei den Fallschirmjägern – übrigens als erster Jude in der Bundeswehr –, weil ich das spannend fand. Das alles ist auch erst mal nicht dramatisch, wenn das der Führungsebene bewusst ist und sie rechtes Gedankengut einhegt. Die Abschaffung der Wehrpflicht hat ein Abdriften der Bundeswehr nach rechts allerdings begünstigt. Und demokratische Strukturen in einer Berufsarmee zu schaffen, wo es um Befehlsgehorsam und Dienstpflicht geht, das hat noch kein Staat geschafft. Umso wichtiger sind die innere Kontrolle und die parlamentarische Aufsicht, und da gibt es bestimmt noch Luft nach oben.

Aus den USA ist die Black-Lives-Matter-Bewegung nach Deutschland gekommen. Auch hierzulande werden Schwarze und andere Minderheiten nach wie vor benachteiligt, auch Deutschland muss sich systemischen Rassismus vorwerfen lassen. Was ist aus Ihrer Sicht notwendig, um eine tolerante und offene Gesellschaft langfristig zu etablieren?

Erziehung. Wissen. Gute Schulen. Bei der Erziehung hin zu einem toleranten, neugierigen und empathischen

Menschen hängt natürlich vieles von den Eltern ab, von deren Erziehung und Wissensstand. Wenn wir über die Rolle der Bildung sprechen, geht es natürlich auch um Bildungswilligkeit, gerade bei erwachsenen Menschen. An viele kommt man ja mit Fakten und Argumenten gar nicht mehr ran. Und die Schulen – wir brauchen einfach genug Lehrkräfte, gut ausgebildet, nicht nur, was ihr Fachwissen angeht, sondern auch pädagogisch. In der Corona-Zeit hatten wir kleinere Klassen, und die Rückmeldungen sowohl von Lehrkräften als auch von den Kindern und Jugendlichen war durchweg positiv. Die Kinder lernen besser, alle lernen sich besser kennen, die Gemeinschaft wird gefördert. Da müssen wir auch im Normalbetrieb hinkommen, damit sich keine Kinder abgehängt und an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen.

Was müssen Menschen mit Migrationshintergrund, ob neu angekommen oder schon in der zweiten, dritten Generation in Deutschland zu Hause, selbst zur Integration beitragen?

Sie brauchen den Willen, sich integrieren zu lassen. Den Willen, die Sprache zu lernen und die andere, die neue Kultur aufzunehmen. Es geht ausdrücklich nicht darum, die alte Kultur liegen zu lassen! Niemand muss sich assimilieren, wenn er oder sie in ein neues Land kommt. Aber integrieren, das sehr wohl.

Sie setzen sich seit vielen Jahren für die Verständigung zwischen Juden und Muslimen ein. Es gibt aber immer wieder Berichte über muslimischen Antisemitismus. Wie gehen Sie mit diesem Thema um?

Der Begriff „muslimischer Antisemitismus“ ist zu weit gefasst. Wir müssen da differenzieren. Es gibt einen sehr starken Antisemitismus in der türkischstämmigen Jugend, als Hauptursache dafür sehe ich ein echtes Bildungsdefizit bei diesen Jugendlichen, aber auch bei ihren Eltern und Großeltern. Es gibt außerdem in der muslimischen Gemeinschaft zum Teil einen heftigen Antizionismus, der wird auch von Geflüchteten aus dem arabischen Raum mitgebracht. Das ist aber nicht gleichzusetzen mit Antisemitismus, da müssen wir vorsichtig sein. Da geht es mehr um konkrete Politik als um Religion. Ein Punkt, an dem man ansetzen könnte, ist sicher die Imam-Ausbildung. Immer noch kommen die meisten Imame aus der Türkei oder aus arabischen Ländern und bringen Antisemitismus und Antizionismus im Handgepäck mit. Staatlicher Islamunterricht wäre auch eine

Möglichkeit, um dem zu begegnen. Aber noch besser fände ich, wenn wir überhaupt wegkommen vom Religionsunterricht in den Schulen und stattdessen verpflichtend für alle Schülerinnen und Schüler „Werte und Normen“ einführen. Darüber könnte man Verständnis füreinander und Wissen übereinander lehren und befördern. Heute findet das noch viel zu selten statt, weil die Kinder künstlich voneinander separiert werden.

Die Zeitzeug*innen des Holocaust sterben nach und nach aus. Wie wichtig ist Erinnerungskultur heute?

Und wie muss sie aussehen?

Wenn wir die Geschichte vergessen, wiederholt sie sich. Deshalb ist es enorm wichtig, sich zu erinnern. Wir müssen die Geschichte kennen, um in der Zukunft Fehler zu vermeiden. Das verlange ich auch von Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die aus dem Ausland zu uns kommen – egal, aus welchem Land. Auch sie müssen sich mit der deutschen Geschichte beschäftigen. Die Erinnerung an den Holocaust ist ja auch keine Frage von Schuld, sondern von Verantwortung. Und die tragen wir alle hier in

dieser Gesellschaft gemeinsam.

Als erfahrener Anwalt – wie sattelfest ist die deutsche Demokratie, wenn anderorts Autokraten und Populisten die Macht ergreifen?

Deutschland ist stark, die deutsche Demokratie ist stark. Wir laufen nicht Gefahr, Zustände wie in Polen zu erhalten. Aber wir müssen auch täglich daran arbeiten, dass das so bleibt. Demokratie ist die schönste, aber auch die schwerste Staatsform.

Mal über den nationalen Tellerrand geschaut: Hat die Welt aus der Geschichte nichts gelernt?

Weltpolitik hat – leider – ein Kurzzeitgedächtnis. Grundsätzlich sind wir auch in Deutschland nicht davor gefeit, dass vielleicht in 100 Jahren wieder schlimme Verbrechen geschehen. Aber zurzeit müssen wir uns wirklich mehr um unseren transatlantischen Verbündeten sorgen.



UWE KREUZER

Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de



Foto: Clay Banks - unsplash

RAUS AUS HAPPYLAND!

Zu einer demokratischen Gesellschaft sollen alle Bürgerinnen und Bürger dazugehören. Aber rassistische Strukturen erschweren die Teilhabe an Alltag und Politik für People of Color. Die Anti-Rassismus-Trainerin und Autorin Tupoka Ogette hat mit „exit Racism“ einen lesenswerten Ratgeber darüber geschrieben, wie man sich der eigenen Rolle im rassistischen System bewusst wird – und was man gegen diese Strukturen tun kann. Wir veröffentlichen an dieser Stelle einen Auszug aus dem Buch. Lesen Sie hier „Tipps für einen rassismuskritischen Alltag“!

Wissen ist Macht. Je mehr Du über Rassismus und andere Diskriminierungsformen weißt, desto mehr wirst Du sehen und desto größer ist die Chance einzugreifen, etwas zu tun. Lerne, wo Du kannst. Lies Bücher, halte Dich über Social-Media-Kanäle wie YouTube und Facebook oder tumblr auf dem Laufenden. Rassismuskritisches Wissen ist noch nicht im Mainstream angekommen. Es liegt in Deiner Verantwortung, Dir die Informationen zu holen und Dir das nötige Wissen anzueignen. Wichtig! Missbrauche dabei People of Color (PoC) und Schwarze Menschen nicht als „Erklärbares“.

Sprich nicht FÜR, sondern MIT Schwarzen Menschen und People of Color. Gib nicht mit Deinen Freunden of Color an und stelle nicht Behauptungen auf, wie es ihnen wohl mit Rassismus geht oder dass sie Rassismus nicht stört etc., sondern nimm Dir die Zeit und sprich mit den PoC und Schwarzen Menschen, die Du kennst. Frage Sie, ohne sie dabei unter Druck zu setzen oder zu bewerten oder zu bevormunden.

Zeige ehrliches Interesse an ihren Erfahrungen. Hör ehrlich zu. Das Wichtigste, was Du tun kannst, ist, so viele marginalisierte Perspektiven wie möglich wirklich kennenzulernen und Dir die Zeit zu nehmen, wirklich zuzuhören. Und dies, ohne dabei defensiv zu werden, wenn Du etwas erfährst, was Du nicht hören möchtest.

Mach keinen Urlaub vom „Anti-rassistisch-Sein“. Rassismus und andere Unterdrückungsstrukturen wirken tagtäglich. People of Color und Schwarze Menschen haben nicht die Wahl, ob sie Rassismus erleben wollen oder nicht. Mache es zu Deiner Mission, nicht wegzuschauen.

DIE AUTORIN

Tupoka Ogette wurde 1980 in Leipzig geboren. Ihr tansanischer Vater studierte dort Landwirtschaft, ihre deutsche Mutter Mathematik. 1988 flohen Mutter und Tochter nach Westberlin. Ihr Vater musste nach dem Studienabschluss wieder nach Tansania zurückkehren, wo er bis heute lebt.



Ogette hat Afrikanistik und Deutsch als Fremdsprache an der Universität Leipzig studiert und im Anschluss daran einen Master of International Business an der Graduate School of Business in Grenoble, Frankreich, erworben. Sie blieb noch einige Zeit als DAAD-Lektorin an der Université Stendhal in Grenoble und begann in dieser Zeit auch damit, verschiedene Events zu organisieren.

Seit 2012 ist Tupoka Ogette von Berlin aus gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Künstler Stephen Lawson, als freiberufliche Trainerin und Beraterin im Bereich Rassismuskritik und Antirassismus tätig.

2017 erschien ihr erstes Buch „exit Racism – Rassismuskritisch denken lernen“.

Sprich Rassismus an, wenn Du ihn erkennst. Immer. Nicht, weil Du damit Schwarzen Menschen und PoC „helfen“ willst, sondern weil DU nicht in einer Gesellschaft leben möchtest, in der Rassismus zum Alltag Deiner Mitmenschen gehört. Denke dabei an den Spruch von Martin Luther King: „In the end, we will not remember the words of our enemies but the silence of our friends.“

Nutze Deine Privilegien, Deine Ressourcen, um „power sharing“ zu betreiben. Schau, ob die Räume, in denen Du Dich bewegst, rein homogen sind oder ob alle Perspektiven Platz haben und eingeladen sind. Wenn es in Deinem Handlungsspielraum liegt, öffne den Raum für Schwarze Menschen und People of Color.

Betreibe kein „derailing“, wenn Rassismus das Thema ist. Selbst wenn die Diskussion bei Dir Unwohlsein auslöst, wechsele nicht das Thema, tue es nicht ab und lenke nicht ab. Wir müssen lernen, mit dem Unwohlsein umzugehen, da genau diese Gespräche zu einer Veränderung führen können.

Spiel keine „Unterdrückungs-Olympiade“. Wenn das Thema Rassismus ist, dann sprich über Rassismus und nicht darüber, wie schlecht es auch Dir geht. Alle Menschen erleben Benachteiligung. Über Rassismus zu sprechen heißt nicht, dass andere Unterdrückungsformen oder auch Deine schmerzhaften Erfahrungen nicht wichtig sind.

Übernimm Verantwortung für Deine Privilegien, wenn Du sie erkennst. Du musst Dich dafür nicht entschuldigen oder Dich schuldig fühlen. Aber bitte erkenne sie als Teil Deiner Realität an. Das ist nicht immer einfach und auch mit Unwohlsein verbunden. Tue es bitte trotzdem. Denn nur wenn wir anerkennen, wie diese Welt gestrickt ist, haben wir die Chance Ungerechtigkeiten zu ändern.

Gib nicht auf. Rassismus zu bekämpfen, ist ein viele Generationen alter, langer Kampf, kein kurzes Aufbegehren. Sei also realistisch mit Deinen Erwartungen, bleib positiv und behalte Dein Herz auf dem rechten Fleck.

Suche Dir eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Auf dem rassismuskritischen Weg kann man sich schnell einsam fühlen. Tue etwas dagegen. Tausch Dich virtuell oder im wahren Leben mit Menschen aus, die auch auf dem Weg sind. Weint gemeinsam. Lacht gemeinsam. Stärkt Euch gegenseitig.

DAS BUCH

Obwohl Rassismus in allen Bereichen der deutschen Gesellschaft wirkt, ist es nicht leicht, über ihn zu sprechen. Niemand will rassistisch sein, und viele Menschen scheuen sich vor dem Begriff. Tupoka Ogettes Buch „exit Racism – Rassismuskritisch denken lernen“ begleitet seine Leserinnen und Leser bei ihrer mitunter ersten Auseinandersetzung mit Rassismus. Und das ganz ohne erhobenen Zeigefinger. Vielmehr werden die Leserinnen und Leser auf eine rassismuskritische Reise mitgenommen, in deren Verlauf sie nicht nur konkretes Wissen über die Geschichte des Rassismus und dessen Wirkungsweisen erhalten, sondern auch Unterstützung in der emotionalen Auseinandersetzung mit dem Thema.



„exit Racism“ funktioniert ähnlich wie ein Workshop. Übungen und Lesetipps eröffnen an vielen Stellen die Möglichkeit, sich eingehender mit einem bestimmten Themenbereich zu befassen. Über QR-Codes gelangt man zu weiterführenden Artikeln, Videos und Bildern. Ergänzend dazu finden sich in fast jedem Kapitel Auszüge aus sogenannten Rassismus-Logbüchern – anonymisierte Tagebücher, die ehemalige Student*innen von Tupoka Ogette in ihrer eigenen Auseinandersetzung mit Rassismus geführt haben und in denen sie über ihre Emotionen und Gedankenprozesse berichten.

Auch konkrete Handlungsoptionen kommen nicht zu kurz. Ziel des Buchs ist es schließlich, gemeinsam mit den Leserinnen und Lesern eine rassismuskritische Perspektive zu erarbeiten, die diese im Alltag wirklich leben können.

TUPOKA OGETTE

„exit Racism – Rassismuskritisch denken lernen“

Unrast Verlag
12,80 Euro

Das Buch ist auch als e-Book und als Hörbuch erhältlich. Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.exit-racism.de.

WAS SAGEN ANDERE ZU DEM THEMA?

Wie lässt sich Rassismus wirkungsvoll bekämpfen? Wir haben uns umgehört.



BADRELDEEN BABIKER

stv. Vorsitzender von Exil e.V.

„Bei der Bekämpfung von Rassismus ist Zivilcourage super wichtig. Wenn wir beobachten, dass Ungerechtigkeiten entstehen, müssen wir eingreifen und den Betroffenen zur Seite stehen. Wenn wir wegsehen und weitergehen, unterstützen wir rassistische Verhaltensweisen und damit den Rassismus als System.“



ILYAS YANC

Flüchtlingsberater, IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle e.V.

„Rassismus ist eine Krankheit, die wir nur durch Bildung heilen können – und das von Kindesbeinen an. Wenn von zwei Kindern eines lernt, dass es keinen Unterschied zwischen Menschen gibt aufgrund ihrer Religion, Hautfarbe oder Kultur, dann wird dieses Kind jeden respektieren und lieben. Und wenn das andere Kind lernt, dass es Angst vor Menschen mit dunkler Hautfarbe haben muss oder glaubt, dass es zu einer besseren Kultur oder einer besseren Religion gehört, wird es mit Sicherheit rassistisch.“



DUA ZEITUN

islamische Theologin

„Solingen, Hanau, Halle und Mölln stehen als Mahnung für den Extremismus, der sich in Gewalt widerspiegelt und für unendliches Leid und Trauer gesorgt hat. Eine offene und vielfältige Gesellschaft und die Organe des Rechtsstaats müssen mit allen Mitteln Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegenreten und strafrechtlich verfolgen. Eine Kultur kann sich nur weiterentwickeln, wenn verschiedene Kulturen und Weltanschauungen aufeinandertreffen und die Begegnung als Brücke des Dialoges betrachtet wird.“



Foto: Amadeu Antonio Stiftung

WARUM SICH DIE ZAHLEN UNTERSCHIEDEN

Grundbedingung eines demokratischen Systems ist, dass sich alle Angehörigen dieses Systems sicher fühlen können. Menschen mit Migrationshintergrund werden aber in Deutschland immer wieder Ziel politisch motivierter Gewalt. Die Zahlen über politische Hassgewalt von rechts unterscheiden sich stark – die Polizeibehörden melden deutlich weniger Fälle als Beratungsstellen für Betroffene. Woran liegt das? Ein Gastbeitrag der Amadeu Antonio Stiftung.

Jedes Jahr stellt das Bundesinnenministerium die Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität (PMK) des Vorjahres vor. In die sogenannte PMK-rechts-Statistik fallen neben anderen Straftatbeständen auch rechtsmotivierte Hassgewalttaten. Während die Strafverfolgungsbehörden für das Jahr 2019 insgesamt 759 derartige Delikte zählen, stellt der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) im gleichen Zeitraum 1347 Angriffe allein in den acht Bundesländern fest, die sich am Monitoring beteiligen. Das Jahr 2019 stellt dabei keinen Einzelfall dar. Wie kommt diese massive Diskrepanz zwischen den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Zahlen zustande?

Die Differenz ist einerseits darauf zurückzuführen, dass nicht alle Hassgewalttaten zur Anzeige gebracht werden. Haben Betroffene kein Vertrauen in die Ermittlungsbehörden, weil sie beispielsweise schon Diskriminierungserfahrungen bei der Polizei gemacht haben, dann beeinflusst das die Anzeigebereitschaft. Andererseits resultiert die Differenz zwischen den Zahlen aus erheblichen Defiziten in der behördlichen Erfassung von Hassgewalt.

Die PMK-Statistik ist eine sogenannte Eingangsstatistik: Die Polizist*innen am Tatort klassifizieren eine Tat als politisch motiviert und leiten die Delikte dann über die Staatsschutzstelle an das LKA weiter. Dadurch kommt

den einzelnen Beamt*innen ein hoher Entscheidungsspielraum zu. Fehlt es ihnen an Wissen um Vorurteilsmotive, wird eine Hassgewalttat womöglich nicht als solche erkannt. In Niedersachsen unterstützt die ju:an Praxisstelle der Amadeu Antonio Stiftung Fachkräfte dabei, rassistische und antisemitische Vorfälle besser zu erkennen. Daneben können aber auch lokalpolitische Faktoren wie das Risiko einer negativen Berichterstattung über die Region Beamt*innen dazu bewegen, Gewalttaten nicht als PMK-Fälle aufzunehmen. Das LKA Sachsen-Anhalt etwa ging im Jahr 2007 dazu über, nur noch Hassdelikte in die Statistik aufzunehmen, bei denen die Täter*innen bekannt waren. Die im bundesweiten Vergleich hohen Zahlen halbierten sich daraufhin im Vergleich zum Vorjahr. Nachdem diese Verzerrung der Statistik bekannt wurde, trat der damalige LKA-Präsident Frank Hüttemann zurück.

Wird eine politische Tatmotivation erst bei der Staatsanwaltschaft oder vor Gericht bekannt, erfolgt trotzdem meist keine Berücksichtigung der Tat in der Statistik. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag (Drucksache 16/14122) im Jahr 2009 geht hervor, dass eine nachträgliche Korrektur nur bei schwerwiegenden Hassverbrechen wie Tötungsdelikten erfolgt. Es mangelt an einer Rückkopplung von Polizei und Justiz.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass die Tatmotivation das zentrale Kriterium für eine Aufnahme in die Statistik ist. Diese ist aber oft unbekannt oder nur schwer festzustellen. Studien belegen, dass Täter*innen meist keine Angaben zu ihren Vorurteilsmotiven machen. Somit sind es vor allem die Tatumstände, aus denen Beamt*innen das Motiv ableiten müssen – was wiederum Wissen über rechtsextreme Codes, Diskriminierungsformen usw. notwendig macht. Seit der letzten Reform des Erfassungssystems im Jahr 2017 soll die Sicht der Betroffenen bei der Bewertung der Tat berücksichtigt werden. Ob diese systematisch einbezogen wird, ist jedoch fraglich, da zivilgesellschaftliche Beratungsstellen seit 2017 noch immer deutlich mehr Fälle zählen als die Behörden. Dabei haben die Beratungsstellen ihre Kriterien an das

polizeiliche Erfassungssystem angelehnt. Der einzige Unterschied: Für sie ist die Wahrnehmung der Betroffenen ausschlaggebend.

Den Erfassungsdefiziten könnte durch drei konkrete Maßnahmen entgegengewirkt werden:

- durch eine konsequente Berücksichtigung späterer Ermittlungserkenntnisse bei der Einordnung als PMK-Fall,
- durch eine verpflichtende Aufnahme eines Tatmotivs durch Betroffene,
- und letztlich durch flächendeckende Schulungen von Beamt*innen zur Erkennung von Hassdelikten.

IBO MUTHWEILER

Referent für rechte Gewalt

Amadeu Antonio Stiftung

www.amadeu-antonio-stiftung.de



Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dafür unterstützt sie Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für eine demokratische Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten. Die Stiftung fördert unkompliziert und verteilt das Geld gezielt dort, wo es am dringendsten benötigt wird.

Die wichtigste Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung über eine finanzielle Unterstützung hinaus: Aufmerksamkeit für engagierte Menschen vor Ort zu schaffen und das Thema Rechtsextremismus dauerhaft auf die Tagesordnung zu bringen.

BERATUNG NEU STRUKTURIERT

Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt finden Hilfe bei drei Anlaufstellen. Zwei der Träger sind Mitgliedsorganisationen im Paritätischen.

Menschen in Niedersachsen, die rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt ausgesetzt sind oder waren, haben ab sofort drei neue Anlaufstellen: Das Landes-Demokratiezentrum, getragen vom Niedersächsischen Justizministerium, hat die Beratung regionalisiert und auf drei Standorte im Land verteilt. Dafür werden in diesem Jahr aus Landes- und Bundesmitteln bis zu 150.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Zwei der drei Träger sind Mitgliedsorganisationen im Paritätischen Niedersachsen. Exil – Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e.V. betreibt die Beratungsstelle „Name it! – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ und deckt damit die Region Nordwestniedersachsen ab. Asyl e.V. aus Hildesheim betreut mit der Beratungsstelle „Heads up!“ ganz Südnie-

sachsen direkt vor Ort, auf Wunsch auch anonym. Die konkreten Formen der Unterstützung, Beratung und Begleitung – das Spektrum reicht von der Anzeige der Tat über das Empowerment bis zur Sichtbarmachung von Rassismus – richten sich nach den Wünschen und Bedarfen und erfolgen nur auf ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen.

Jeweils zwei bis drei Berater*innen kümmern sich künftig pro Region um Betroffene und helfen ihnen dabei, die Taten aufzuarbeiten und zu bewältigen. Wenn sie von Fällen erfahren, suchen sie auch proaktiv den Kontakt, wobei sie immer Partei für ihre Klient*innen ergreifen und ausschließlich in deren Sinne handeln. Die Beratung richtet sich gezielt an Menschen, die Gewalt erfahren mussten – seien es Beschimpfungen, Bedrohungen, Gefährdungen, Beschädigung von Eigentum oder Verletzungen bis hin zu Mord. Auch Freund*innen, Angehörige sowie Zeug*innen eines Vorfalls können die Beratung von Exil e.V., Asyl e.V. und dem CJD Nienburg in Anspruch nehmen – auf Wunsch ebenfalls anonym.

Konkret angeboten wird z.B.

- Beratung zu Sorgen, Stresssymptomen und Ängsten nach einem Angriff
- Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der persönlichen Sicherheit
- Informationen zu möglichen positiven und negativen Folgen einer Anzeige und zu Rechten und Möglichkeiten Betroffener im Strafverfahren
- Begleitung zu Terminen bei der Polizei und weiteren Behörden, zu Anwalt*innen, Ärzt*innen und Gericht
- Unterstützung bei Anträgen, beispielsweise für Anwaltskosten, Schmerzensgelder oder für die Erstattung zerstörter Gegenstände
- Unterstützung bei der Schaffung von Schutz- und Rückzugsräumen oder der Vernetzung Betroffener vor Ort
- Öffentlichkeitsarbeit und das Einfordern von Solidarität mit Betroffenen vor Ort

Die Beratung orientiert sich dabei am Empowerment-Konzept, das Menschen dazu befähigen will, sich ihrer eigenen Fähigkeiten wieder bewusst zu werden und Kräfte zu entwickeln, um ihren Lebensalltag bewältigen zu können. „Betroffene rechter Gewalt scheuen sich häufig, die Tat zu melden“, sagt Ambachew Anjulo, Berater bei Exil e.V. „Ein Grund dafür ist auch die Angst, erneut ins Visier der Täter zu geraten.“ Hier wolle Exil unterstützen und dazu ermutigen, Tat und Täter zu benennen. Aber auch diejenigen, die keine rechtlichen Schritte wünschen, erhalten Unterstützung: „Wir bieten psychosoziale Beratung an, schaffen Empowerment-Angebote und wollen Betroffenen dabei helfen, in Zukunft besser auf entsprechende Übergriffe reagieren zu können“, so Anjulo. Das Beratungsangebot sei kostenfrei.

Wie wichtig die Beratung ist, zeigen die aktuellen Zahlen: Allein im vierten Quartal 2019 wurden in Niedersachsen 321 Fälle rechtsmotivierter Straftaten polizeilich registriert. Die Zahl der Fälle, die nicht zur Anzeige gebracht wurden, ist vermutlich sogar noch höher. Gefördert wird das Projekt vom Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und Landesmitteln. Bis Ende des Jahres stehen dafür 150.000 Euro zur Verfügung, gesichert ist eine Weiterförderung bis Ende 2024. Geplant ist, dass die Beratung – wie in anderen Bundesländern auch – zum Regelangebot wird. Ziel der drei Träger ist es, der Beratung in Niedersachsen ein gemeinsames Profil zu geben: Hinsichtlich verschiedener Aspekte wie Falldokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätssicherung arbeiten die drei Träger daher eng zusammen. Der Fokus in den nächsten Monaten liegt auf der Bekanntmachung des Angebots. Dafür finden Auftaktveranstaltungen und Pressegespräche in verschiedenen Landesteilen statt. Um das Projekt erfolgreich durchführen zu können, sind die drei Träger auf ein breites Netzwerk angewiesen und nehmen gern Hinweise von anderen Stellen entgegen. Beratungsstellen etwa, die im Bereich Migration tätig sind und von Fällen rechter Gewalt erfahren, können sich an die neuen Träger wenden und ihre Klient*innen über das Projekt informieren.

„In Kürze werden wir eine gemeinsame Webseite einrichten, über die Betroffene oder Zeug*innen per Kontaktformular eine Tat melden und Beratung in Anspruch nehmen können“, sagt Exil-Mitarbeiter Ambachew Anjulo. Betroffene könnten sich auch jetzt schon – auf Wunsch ohne Angabe ihres Namens – per E-Mail oder telefonisch melden. „Über die zentrale E-Mail-Adresse

info@betroffenenberatung.de können sich alle Betroffenen an uns wenden, ohne sich vorher über regionale Zuständigkeiten Gedanken machen zu müssen.“



SARA JOSEF

Geschäftsführerin

Exil – Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e.V.

www.exilverein.de



DAVID JANZEN

Jugendbildungsreferent

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Paritätisches Jugendwerk

david.janzen@paritaetischer.de

KONTAKT

REGION NORDWESTNIEDERSACHSEN

„Name it!“

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Exil – Osnabrücker Zentrum für Flüchtlinge e.V.

info@betroffenenberatung.de

(0541) 38 06 99-0

www.exilverein.de/beratung/name-it/

REGION NORDOSTNIEDERSACHSEN

G.i.G. (Genug ist genug)

Professionelle Unterstützung für Betroffene von Hasskriminalität

Christliches Jugenddorfwerk CJD Nienburg e.V.

jmd.nienburg@cjd.de

(05021) 971171 / mobil (0151) 40 63 84 60

www.cjd-nienburg.de

REGION SÜDNIEDERSACHSEN

Heads up!

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Asyl e.V. Migrationszentrum Hildesheim

betroffenenberatung@asyl-ev.de

mobil (0179) 12 55 333

www.asyl-ev.de/



Foto: Exil e.V./Therese Heise

Betroffene rechter Gewalt in Nordwest-Niedersachsen können sich künftig an den Verein Exil wenden: Ambachew Anjulo, Sara Josef und Marc Deckelmann (v.l.) präsentieren das neue Projekt in Osnabrück.

dersachsen. Der dritte Standort befindet sich in Verden in Trägerschaft des Christlichen Jugenddorfwerks (CJD) Nienburg e.V. Die drei Beratungsstellen haben zum 3. Juli ihre Arbeit aufgenommen.

Die Beratung ist grundsätzlich kostenlos, die Berater*innen unterstützen Betroffene mobil in ganz Nieder-

WEG VOM OPFERZENTRISMUS

Wie kann uns die Erinnerung an vergangene Schrecken heute noch dabei helfen, unser demokratisches System zu bewahren?
Ein Besuch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen.



„Auf der Lüneburger Heide, in dem wunderschönen Land ...“ Hermann Löns hatte Recht: Die Lüneburger Heide ist ein herrliches Fleckchen Erde. Zwar beginnt die eigentliche Heide erst in der Gegend um das ehemalige KZ Bergen-Belsen. Aber schon die Fahrt mit dem Auto von Hannover zur Gedenkstätte, westlich an Celle vorbei und durch Winsen hindurch, verschafft einen bleibenden Eindruck von dieser menschengemachten Idylle. Ein herber Kontrast zu den Schrecken, die sich in Bergen-Belsen abspielten. Davon wird noch zu reden sein. Von Hermann Löns ebenso.

An der Gedenkstätte angekommen, bietet sich ein unspektakulärer Anblick. Eine Mauer aus Waschbeton, deutlich Nachkriegszeit, darauf in schlichten Lettern „Gedenkstätte Bergen-Belsen“. Ein Durchlass führt aufs Gelände. Rechts davon dräut ein massiver Betonkörper, dort ist die Ausstellung zu finden. Kein Schild wie in Auschwitz („Arbeit macht frei“) oder anderswo. Keine Schienen oder Transportwagons – die sogenannte Verladerampe befindet sich direkt am Ort Bergen, von dort mussten die KZ-Häftlinge noch sechs Kilometer zu Fuß gehen. Kein Relikt aus der Vergangenheit, das einen sofort in seinen Bann zieht.

Aus einem unscheinbaren Gebäude links der Mauer tritt Jens-Christian Wagner. Der Leiter der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten trägt T-Shirt, Jeans und ein joviales Lächeln. Gemeinsam beginnen wir den Rundgang. Der Weg führt durch das Tor und durch einen schmalen Waldgürtel – typisch Heide: viele Kiefern, wenige Laubbäume, vor allem Birken – in den ehemaligen Lagerbereich. Am Wegesrand ein Lageplan. Dort ist die ehemalige Lagerstruktur eingezeichnet: Die Baracken sind genauso gut zu erkennen wie die Wegmarken der heutigen Gedenkstätte. Ein paar Meter weiter öffnet sich der Wald, der Blick schweift über eine typische Heidelandschaft. Viel Gras, viel Heidekraut, ab und zu ein Busch. Sanft erheben sich ein paar Hügel, darauf ein Blütenmeer. Ein traumhafter Anblick.

„Das sind übrigens die Massengräber“, sagt Wagner. Wie bitte? Was? „Die Hügel da, das sind die Massengräber, die die Briten nach der Befreiung ausgehoben haben.“ Oh. Als britische und kanadische Truppen im April 1945 das KZ erreichten, war das Lager total überfüllt. Die SS hatte in den Wochen zuvor Tausende Häftlinge aus frontnahen KZs wie Auschwitz hierher verlegt. Zu essen gab es praktisch nichts mehr, die Versorgung mit Trinkwasser war katastrophal. Eine Typhusepidemie grassierte. Die Briten konnten das Lager kampfflos übernehmen. Sie fanden 52.000 Gefangene vor, die meisten näher am Tod als am Leben. Leichen lagen auf dem Gelände verstreut, überall dümmerten Ster-

bende vor sich hin. Auch in den Wochen nach der Befreiung starben noch Tausende an Typhus und Entkräftung. Die British Army richtete ein Notlazarett ein und brannte alle Baracken nieder, um die Epidemie in den Griff zu bekommen. Pionieren hoben Massengräber aus, die SS-Angehörigen mussten bei der Bestattung helfen. Und heute wachsen Wildblumen auf den Gräbern.

Für Schulklassen scheint

die NS-Zeit so weit weg zu sein

wie die Kreuzzüge im Mittelalter.

Wer um diese Vorgeschichte nicht weiß, sieht hier nur eine weitläufige Heidelandschaft. Kein Gebäude aus der damaligen Zeit ist erhalten geblieben, in den späten Vierzigern wurden die letzten Bauten abgerissen. Geblieben ist ein riesiger Friedhof. Welche Rolle spielen also Bildung und Schulunterricht, wenn der Besuch einer solchen Gedenkstätte überhaupt noch Lehrreiches für die Gegenwart vermitteln soll? „Für Schulklassen, die hierherkommen, scheint die NS-Zeit so weit weg wie die Kreuzzüge im Mittelalter“, sagt Historiker Wagner. „Mir geht es auch gar nicht so sehr darum, dass Jugendliche sich daran erinnern sollen, was hier passiert ist. Das ist zu wenig. Früher, in der direkten Nachkriegszeit, da wollte man um die Opfer trauern, ohne weiter über die Hintergründe nachzudenken. Wenn wir heute mit Schulklassen arbeiten, sollen sie sich damit auseinandersetzen, warum möglich war, was hier gesche-



Dr. Jens-Christian Wagner leitet die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten. Zum Oktober übernimmt er die Leitung der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora in Thüringen. Über das KZ Mittelbau-Dora hatte Wagner 1999 promoviert, die dortige Gedenkstätte hat er schon von 2001 bis 2014 geleitet. Außerdem übernimmt er die Professur für „Geschichte in Medien und Öffentlichkeit“ in Jena. Seine Nachfolgerin in Niedersachsen ist Politikwissenschaftlerin Elke Gryglewski.



Eingebettet in die Heidelandschaft: Unscheinbar erheben sich etliche Hügel auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers. Es sind Massengräber. Sie beherbergen die Gebeine Zehntausender Toter.

hen ist. Was war der Kontext? Warum haben die Deutschen das bis zum Ende mitgemacht? Der Krieg hatte ja auch für die normale Bevölkerung massive Konsequenzen.“ Diese Auseinandersetzung müsse Thema sein, nicht nur bei den Führungen übers Gelände, sondern auch im Schulunterricht. Die Jugendlichen müssten lernen, Zusammenhänge herzustellen zur Gegenwart. Kann so etwas heute wieder passieren – und wie lässt sich das vermeiden? Das müssten die Leitfragen für zeitgemäßen Geschichtsunterricht sein.

Wie reagieren Schulklassen heute, wenn sie das KZ besuchen? Machen sie Selfies vor dem Gedenkstein, der für die hier gestorbene Anne Frank errichtet wurde? Gibt es blöde Sprüche über die jüdischen Toten, vielleicht gerade von muslimischen Jugendlichen? Schließlich wird viel über muslimischen Antisemitismus diskutiert, „Jude“ gilt auf vielen Schulhöfen als Schimpfwort. „So was kommt vor, aber insgesamt haben wir da wenig Probleme. Die meisten Jugendlichen kommen gut vorbereitet hierher und sind sehr ruhig, wenn sie über das Gelände gehen.“ Nicht nur für migrantische Jugendliche seien Bezugspunkte zur eigenen Gegenwart wichtig. „Schülerinnen und Schüler, deren Familien aus der Türkei, dem arabischen Raum oder Afrika stammen, haben keinen familiären Bezug zur NS-Zeit, zum Holocaust. Aber sie erleben vielfach oder kennen aus ihrer Familiengeschichte, was es auch im Dritten Reich gab: Ausgrenzung, Stigmatisierung, die Kriminalisierung bestimmter Personengruppen. Das ist der Kern von Diktatur, von Gewalt Herrschaft, und diese Mechanismen gibt es heute immer noch. Daran können die Jugendlichen anknüpfen.“

Hinter dem das Gelände umgebenden Wald befand sich das Displaced-Persons-Camp. Bis zur Gründung Israels

lebten dort bis zu 12.000 jüdische Überlebende des KZs in ehemaligen Wehrmachtskasernen. Erst 1950 konnten die Letzten das Camp verlassen. Insgesamt starben in Bergen-Belsen etwa 50.000 KZ-Häftlinge und 20.000 Kriegsgefangene, ähnlich viele überlebten. Das KZ war kein Vernichtungslager wie Auschwitz, sondern ursprünglich als Durchgangslager zur Unterbringung jüdischer Geiseln gedacht. Sie sollten gegen deutsche Internierte im Ausland oder Lösegeld eingetauscht werden. Kurz vor Kriegsende stiegen die Opferzahlen rapide an. Die Gefangenen starben nicht nur an Hunger und Krankheit, manche wurden totgespritzt. Die Überlebenden legten Zeugnis darüber ab, unter anderem im Bergen-Belsen-Prozess. Aussagen von Zeitzeug*innen sind für den Kontext Bergen-Belsen besonders wichtig, weil die SS fast alle Unterlagen vernichten konnte. Inzwischen sind die meisten Überlebenden tot, ihre Aussagen gibt es nur noch in Video- oder Tonaufnahmen zu erleben. „Das ist ein Problem, das wir leider nicht lösen können“, sagt der Leiter der Gedenkstätte. „In der Dauerausstellung zeigen wir zahlreiche Videointerviews. Diese wollen wir noch stärker gesellschaftsgeschichtlich kontextualisieren.“ Schon jetzt ist die Ausstellung im Doku-

DIE GEDENKSTÄTTE

Das Außengelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen ist täglich frei zugänglich. Das Dokumentationszentrum mit Ausstellung und Buchverkauf ist täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, es gibt eine Maskenpflicht. Ausstellung und Außengelände sind barrierefrei. Mehr Informationen gibt es im Internet unter www.bergen-belsen.de.

mentationszentrum, dem erwähnten Betonbau, eindrucklich, zum Teil beklemmend. „Dort wollen wir noch mehr Auseinandersetzung mit dem Gesehenen ermöglichen.“

Die wohl berühmteste Geschichte eines Bergen-Belsen-Opfers ist die von Anne Frank. Mehrere Gedenksteine stehen um das von jüdischen Überlebenden 1946 hier errichtete Mahnmal; allein der Pfad zum Stein für Anne Frank und ihre Schwester Margot ist ausgetreten, davor liegen Blumen, stehen Kerzen. Wie auch auf den Massengräbern wurden hier viele kleine Steine abgelegt, ein jüdischer Brauch. „Personifiziertes Gedenken ist wichtig“, sagt Wagner. Die Tagebücher von Anne Frank oder auch von Victor Klemperer können helfen, sich in die Opfer hineinzuversetzen. Ein Film wie „Das Leben ist schön“ von Roberto Benigni, dessen Vater in Bergen-Belsen inhaftiert war, schafft eine emotionale Verbindung zum Geschehenen. „Wir dürfen uns aber nicht nur auf die Opfer konzentrieren. Um eine Wiederholung der Geschichte zu vermeiden, müssen wir genau in den Blick nehmen, wie die Täter agiert haben.“ Ein paar Meter neben Anne Franks Gedenkstein steht ein Stein für Clemens Högg, Begründer der Arbeiterwohlfahrt in Schwaben, und SPD-Politiker Heinrich Jasper, beide vom NS-Regime verfolgt, in Bergen-Belsen gestorben. „An ihrem Beispiel lässt sich gut zeigen, wie die Nazis die Macht übernommen haben. Wie sie ihre Gegner diskreditiert, drangsaliert und getötet haben. Wir müssen ein Stück weit weg weg vom Opferzentrismus Auch die Täter hatten Namen, auch darüber müssen wir reden.“ Mit dieser Ansicht macht sich Wagner nicht nur Freunde, immer wieder erhält er Drohungen aus dem rechtsextremen Spektrum.

Zum Kontext Bergen-Belsen gehört – siehe Jasper und Högg –, dass nur knapp die Hälfte der Opfer jüdisch war. Sowjetische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiterinnen, Oppositionelle, Homosexuelle, Sinti und Roma: In diesem KZ starben alle Arten von Menschen, die nicht in das Schema der Nazis passten. Schon kurz nach der Befreiung errichteten polnische Überlebende ein Holzkreuz zum Gedenken an ihre verstorbenen Landsleute. Die große Wand, die den 1952 von Theodor Heuss eingeweihten Obelisk („ein Stachel gegen das Vergessen“) einrahmt, listet Gedenksprüche in etlichen Sprachen auf. Die Sinti und Roma nennen sich hier selbst „Zigeuner“, wohl in der Annahme, dass ihre Eigenbezeichnung bei der Entstehung der Gedenkstätte noch nicht gebräuchlich genug war. „Gedenken muss immer aktualisiert werden“, sagt Wagner. „Darin liegt aber auch immer die Gefahr, dass es politisiert wird. Dieser Obelisk hier, das ist in Stein gehauene Geschichtsinterpretation.“



Das bekannteste Opfer: Anne Frank ist in Bergen-Belsen ermordet worden, genauso ihre ältere Schwester Margot. Ein viel besuchter Gedenkstein erinnert an die jungen Frauen.

Die Auseinandersetzung mit Geschichte muss lebendig bleiben, das nehme ich mit von diesem Besuch. Die Wirkungsmechanismen von Politik und Ideologie zu durchschauen, das müssen die Menschen lernen. Die Gesellschaft muss Integrationsangebote für alle Bevölkerungsgruppen machen, und sie muss die Ausgrenzung einzelner Gruppen verhindern. Zur fortwährenden Auseinandersetzung mit Geschichte gehört auch, falsche Idole vom Sockel zu stürzen. Hermann Löns zum Beispiel. Der hat mit seiner Heimatlyrik nämlich kräftig dazu beigetragen, die Blut- und Boden-Ideologie der Nazis salonfähig zu machen. Die Wolfsangel als Symbol von Heimattreue tauchte zuerst in einem seiner Romane auf, später übernahm es die Waffen-SS. Und bis heute gilt die Wolfsangel als Erkennungssymbol von Rechtsextremisten. Unschön, dass ausgerechnet auf dem Heimweg eine Wolfsangel am Straßenrand auftaucht: Groß und gut zu erkennen auf einem Findling, der den Weg zu einem Anwesen weist. Dort wohnt ein örtlicher Unternehmer, der schon Björn Höcke als Redner auf seinen Hof eingeladen hat. Es bleibt noch viel zu tun.



UWE KREUZER

Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de

SCHWEINEKÖPFE, BRANDANSCHLÄGE, GEGENDEMOS

Neonazis in Niedersachsen: Schwache Strukturen und hohe Gewaltbereitschaft treffen auf eine starke zivilgesellschaftliche Gegenwehr. Unser Mitarbeiter David Janzen engagiert sich schon lange im Braunschweiger Bündnis gegen Rechts und wird immer wieder zur Zielscheibe rechtsextremer Drohungen. Hier schildert er, wie die Neonazi-Szene in Niedersachsen agiert und wie gut der Gegenprotest organisiert ist.

Im Mai dieses Jahres werfen Neonazis in Einbeck einen Sprengkörper in den Briefkasten einer Frau, die in der Antifa-Szene aktiv ist. Einer der mutmaßlichen Täter trägt ein Tattoo mit der Aufschrift „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen“.

Im Juni lässt Bundesinnenminister Horst Seehofer die Gruppe „Nordadler“ verbieten und Objekte in Bad Harzburg und der Region Hannover von der Polizei durchsuchen. Mitglieder der Vereinigung sollen sich über mögliche Anschlagziele ausgetauscht und Listen mit persönlichen Daten von Antifaschist*innen und Politiker*innen angelegt haben.

Im Juli erhalten der Oberbürgermeister von Hannover, Belit Onay, und die Landtagsabgeordnete Filiz Polat Drohschreiben, unterzeichnet mit „NSU 2.0“.

Ebenfalls im Juli legen Unbekannte Feuer in einem syrisches Restaurant im Landkreis Rotenburg. Die Täter hinterlassen ein Hakenkreuz. Bereits im Februar wurde ein Restaurant in Syke Ziel eines ähnlichen Brandanschlags.

Ende 2019 tritt der Bürgermeister der Gemeinde Estorf im Landkreis Nienburg/Weser nach Drohungen zurück: Sein Auto ist mit Hakenkreuzen verunstaltet worden, Zettel mit Drohungen wurden in den Briefkasten geworfen.

Auch ich selbst werde bedroht. Im Juni 2019, nach der Festnahme des mutmaßlichen Mörders des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübke, solidarisiert sich ein Aktivist der Neonazigruppe „Adrenalin Braunschweig“ mit dem festgenommenen Neonazi und schreibt im Netz: „Grüße an den Bruder in der Haft“ und „Es wird geschehen, der Tag ist nicht mehr fern. Da werden all die

hohen Herren gehangen an die Latern“. Als ich via Twitter auf diese Solidarisierung mit dem mutmaßlichen Mörder von Lübcke hinweise, gibt es immer wieder Drohungen gegen mich und meine Familie. Ein Neonazi droht wenig später in einem Video „Heute Walter, morgen Janzen“. An meine Haustür wird „Wir töten dich, Janzen“ geschmiert. Es folgen weitere Attacken: Mehrmals wird die Haustür mit Ketchup beschmiert, es wird Säure in den Briefkasten geschüttet, immer wieder werden rechte Aufkleber an die Tür geklebt. Zuletzt wird mir ein vergammelter Schweinekopf zugeschickt. Als Absender war auf dem Paket perfiderweise das Paritätische Jugendwerk angegeben.

Wie gefährlich, wie stark ist die rechte Szene in Niedersachsen?

Alle diese Aktionen zeigen, wie gefährlich und bedrohlich die rechte Szene in Niedersachsen ist – und dass sie sich zunehmend radikalisiert. Diesen Eindruck bestätigen die steigenden Zahlen der polizeilich registrierten rechtsmotivierten Straftaten: Diese hat ten in den Jahren 2015 und 2016 bereits einen Höhepunkt der letzten zehn Jahre erreicht, waren dann wieder etwas gesunken und stiegen im letzten Jahr auf 1632 rechte Straftaten an – viele davon Propagandadelikte. Aber auch die rechten Gewalttaten stiegen: 2018 wurden 54 registriert, 2019 waren es 59.

Dabei ist die organisierte neonazistische Szene in Niedersachsen eher klein und verfügt kaum an Ausstrahlungskraft. Die NPD verzeichnet hier in Niedersachsen – ihrem Stammland, wo sie 1964 gegründet wurde – seit Jahren einen anhaltenden Mitgliederschwund. Der aktuelle Verfassungsschutzbericht zählt nur noch 250 Mitglieder. 2010 waren es noch doppelt so viele. Auch die

Partei „Die Rechte“, die ein noch offener gewalttätiges Klientel anspricht, besteht aus ein paar wenigen Aktivist*innen und verfügt kaum über Strukturen oder ein mobilisierungsfähiges Umfeld. Zuletzt mobilisierte die NPD im November letzten Jahres nur 100 Neonazis nach Hannover, die dort gegen unliebsame Journalisten demonstrierten. Der überwiegende Teil von ihnen war aus anderen Bundesländern angereist. Der Gegenprotest war mit rund 7000 Menschen, wie fast immer in Niedersachsen, deutlich größer. In der Regel sind Versammlungen der NPD oder von „Die Rechte“ in Niedersachsen noch kleiner und werden von kaum mehr als einer Handvoll Anhänger*innen besucht.

Vielfältiger zivilgesellschaftlicher Protest

Die Landschaft der antifaschistischen Initiativen, der Netzwerke und Bündnisse, die sich gegen Rassismus, gegen Neonazis und auch die AfD richten, sind dagegen vielfältig und meist recht gut örtlich und regional vernetzt. In Braunschweig feierte das Bündnis gegen Rechts im vergangenen Jahr sein 20-jähriges Bestehen. Im November 2019 mobilisierte es über 20.000 Menschen zum Protest gegen den Bundesparteitag der AfD in Braunschweig. In Bad Nenndorf gelang es im Zusammenspiel von Antifa-Gruppen und dem örtlichen Bündnis „Bad Nenndorf ist bunt - Bündnis gegen Rechtsextremismus e.V.“, mit Protesten, Blockaden und kreativen Aktionen (lautes Abspielen von Schlagermusik, Teilnehmer*innen feierten mit Partyhüten und Tröten in den Vorgärten) den jährlichen „Trauermarsch“ von Neonazis zu verdrängen. Von 2006 bis 2015 fanden dort einmal im Jahr Nazi-Aufmärsche mit mehreren Hundert bis zu 1000 Teilnehmenden statt. In Eschede formiert sich in den letzten Jahren ein immer stärker werdender Widerstand gegen die Sonnwend- und Brauchtumsfeiern der NPD auf dem „Hof Nahtz“. Der Bauernhof, der inzwischen von der NPD gekauft wurde, wird derzeit zu einem Schulungszentrum und Treffpunkt der Neonazis umgebaut.

Beratung ausbauen, Bildung stärken!

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern wurden in Niedersachsen erst 2017 zivilgesellschaftliche Strukturen einer Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und einer Beratung für Betroffene rechter Gewalt ins Leben gerufen, gefördert mit Bundes- und Landesgeldern. Während die Mobile Beratung sich mit drei Standorten etablieren konnte, steht die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt erneut am Anfang: Der Beratungsstelle RespAct, die vor drei Jahren gegründet und über das Land aus Bundesmitteln



Für eine Gesellschaft der Vielfalt: An der Demonstration gegen den AfD-Parteitag in Braunschweig beteiligte sich auch der Paritätische.

finanziert wurde, wurde im Juni der Geldhahn abgedreht. Nun sollen drei regionale Träger eine unabhängige Betroffenenberatung mit Standorten in Hildesheim, Osna-brück und Nienburg anbieten (siehe Seite 20). Auch um das bisherige Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, das künftig „Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte“ heißen wird, gibt es Streit: Die Landesregierung aus CDU und SPD will unter dem Dach des Landesprogramms auch Aktivitäten gegen „Linksextremismus“ fördern. Kritiker*innen sehen in der Ausweitung sowohl eine Gleichsetzung völlig unterschiedlicher Phänomene und Herausforderungen, eine Verwässerung des Kampfes gegen Rechtsextremismus und eine faktische Kürzung der Mittel bei gleichbleibendem Etat. Dabei bräuchten sowohl die Mobile Beratung als auch die Betroffenenberatung eigentlich deutlich mehr Personal und Ressourcen, um den steigenden Bedarf an Beratung, Unterstützung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu decken. Und auch im Bereich der politischen Bildung ist in Niedersachsen noch Luft nach oben. Gerade angesichts der zunehmenden Verbreitung von Fake-News, der Diffamierung der Medien als „Lügenpresse“ und dem verbreiteten Glauben an oft aus dem rechten Umfeld stammende Verschwörungserzählungen müssten hier deutlich mehr Angebote und Projekte der politischen Bildungsarbeit nicht nur für junge Menschen gefördert werden.



DAVID JANZEN

Jugendbildungsreferent
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Paritätisches Jugendwerk
david.janzen@paritaetischer.de

VIELFALT OHNE ALTERNATIVE

Der Paritätische mit seinen Mitgliedsorganisationen steht für eine demokratische, offene, vielfältige Gesellschaft, in der alle Menschen gleichwürdig teilhaben und Schutz erfahren. Gute Soziale Arbeit heißt Einsatz für und die Verwirklichung von Menschenrechten. Wir sehen uns verpflichtet, allen Ideologien der Ungleichwertigkeit entschieden entgegenzutreten. Wir sind Teil der Zivilgesellschaft. Wir stehen für gelebte Demokratie und eine Kultur des wechselseitigen Respekts in der Gesellschaft. Um der Verbreitung von Unwahrheiten und Hetze entgegenzuwirken und Akteure der Sozialen Arbeit bei Intervention und Prävention zu unterstützen, hat der Paritätische in der Rubrik „Fakten gegen Vorurteile“ eine Argumentationshilfe aufbereitet und Handreichungen des Paritätischen zum Umgang mit rechtsextremen Positionen und Ausdrucksformen bereitgestellt.

**VIELFALT
OHNE
ALTERNATIVE**

KONTAKT

Paritätischer Gesamtverband www.vielfalt-ohne-alternative.de

BERATUNG GEGEN RECHTS

Das Projekt Beratung gegen Rechts ist ansprechbar für alle Fragen und Belange von Mitgliedern des Paritätischen Gesamtverbands in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit. Es kooperiert eng mit den Landesverbänden des Paritätischen und lokalen und regionalen Partnern. Bundesweit bieten zahlreiche Beratungsstellen Hilfen zum Umgang mit rassistischen, antisemitischen und anderen menschenverachtenden Erscheinungsformen an. Dabei kann auf ein ausdifferenziertes Angebot zurückgegriffen werden. Neben strategischer Beratung für Organisationen und Einrichtungen wie z.B. die Mobilen Beratungsstellen nehmen Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, vornehmlich Situationen von Bedrohung, Beleidigung, Pöbeleien oder wirtschaftlicher Schädigung in den Blick.

KONTAKT

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie in Niedersachsen www.mbt-niedersachsen.de

DEMOKRATIE LEBEN

Die Demokratie muss jeden Tag mit Leben gefüllt, jeden Tag verteidigt werden – das ist der Grundgedanke hinter dem Förderprogramm „Demokratie leben“ der Bundesregierung. Drei Themenblöcke stehen im Fokus: Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention. Es geht um neue Ansätze für demokratische Beteiligung und für die Stärkung des gesellschaftlichen Miteinanders. Das Programm, 2015 gestartet, soll zivilgesellschaftliche Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen unterstützen oder neu ins Leben rufen. Die zweite Förderperiode läuft gerade. Bewerbungen als Programmpartner sind nicht mehr möglich. Aber die zentrale Webseite (siehe unten) liefert haufenweise Ideen für eigene Projekte, bietet Erfahrungsberichte und auch eine wissenschaftliche Evaluation. Eine Übersicht über die beteiligten Kommunen und Programmpartner gibt es auch. In Niedersachsen ist das Landes-Demokratiezentrum die zentrale Anlaufstelle für das Programm.

**Demokratie
leben!**

KONTAKT

Bundesprogramm Demokratie Leben beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend www.demokratie-leben.de und Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen www.ldz-niedersachsen.de



„Was machen wir heute?“ Auch über Ausflugsziele können Kindergartenkinder abstimmen.

ALLER ANFANG IST HIER: DEMOKRATIEBILDUNG IM KINDERGARTEN

Demokratisches Handeln ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Das ist keine Selbstverständlichkeit, muss (ein)geübt werden. Eine Voraussetzung dafür ist, demokratische Strukturen möglichst früh kennen und schätzen zu lernen.

An dieser Stelle setzt der Paritätische in Niedersachsen an, denn Demokratiebildung fängt bei den Jüngsten an – den Kindern. Dass Kinder bereits in der Kindertageseinrichtung ein demokratisches Verständnis entwickeln können, zeigt sich an vielen guten Beispielen in unserem Verband. Ob es die Konsultationskita Prinzhöfte bei Oldenburg ist, wo Kinder ihren Tag selbstbestimmt gestalten und ihren Interessen nachgehen können, oder die Einrichtung Wietzegraben der GGPS in Hannover, wo Kinder aktiv bei der Raumgestaltung beteiligt werden, indem sie Farben und Möbel auswählen: Vielerorts haben Kinder die Möglichkeit, sich zu beteiligen, mitzubestimmen, mitzuzustimmen, mitzuzustimmen.

Ihr Wort wird gehört, ihre Meinungen, Bedürfnisse und Interessen sind Grundlage pädagogischer Arbeit. Das fängt bei Liedern und Spielen für den Morgenkreis an und geht bis zu Speiseplanung, Umgestaltung des Außengeländes, Projektthemen und Anschaffung von Material. Sie werden an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligt. Demokratie wird so erfahrbar. Kinder erleben, dass ihr Wort zählt, dass sie etwas bewirken und mitge-

stalten können. Sie erleben Selbstwirksamkeit. Das ist eine Schlüsselerfahrung für ihr Wohlbefinden. Gelingen kann das, wenn die Methoden beispielsweise für eine Abstimmung entwicklungsgerecht und kindorientiert sind. So eignet sich eine Kinderkonferenz für Kinder ab drei Jahren. Jüngere können ihre Interessen und Bedürfnisse z.B. durch das Zeigen auf Bildkarten oder mit Gebärden artikulieren. Demokratiebildung erfordert pädagogische Fachkräfte, die eine demokratische, fragende und wertschätzende Haltung haben. Die Bedürfnisse der Kinder müssen dafür wahr und ernst genommen werden. Nur wenn die pädagogischen Fachkräfte einen Teil ihrer Macht abgeben, haben Kinder wirkliche Beteiligungs- und damit Gestaltungsmöglichkeiten.

Dass Kinder Rechte haben, ist keine neue Idee von Pädagog*innen, sondern ist bereits seit 1990 in der UN-Kinderrechtskonvention, national im SGB VIII, § 45, verankert und findet sich auch im niedersächsischen Orientierungsplan für Bildung und Erziehung wieder. Im Bundeskinderschutzgesetz steht seit 2012 das „geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der

Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten“ als Voraussetzung für die Erteilung der Betriebserlaubnis. Die Verpflichtung, ein Beschwerdeverfahren in den Einrichtungen einzuführen, ist eine große Herausforderung. Sie wird von Träger zu Träger unterschiedlich umgesetzt. Die Beteiligung besonders von Kleinstkindern erfordert Zeit, Fantasie, Ernsthaftigkeit, kommunikative und kooperative Kompetenz der Erwachsenen und muss im pädagogischen Konzept der Einrichtung festgeschrieben sein.

Beim Beschwerdeverfahren geht es nicht nur um das Kennenlernen demokratischer Prozesse, sondern auch um Kinderschutz. Diese Verfahren sind ein bedeutsamer Baustein, um Kinder vor Übergriffen zu schützen und Machtmissbrauch zu verhindern. Die Einführung geht mit der Hoffnung einher, dass Kinder, die erfahren haben, gehört und ernst genommen zu werden, idealerweise keine Opfer werden – oder, falls es doch einen Machtmissbrauch ihnen gegenüber gibt, sie darüber sprechen und sich anvertrauen können.

Wenn ich nur darf, wenn ich soll,

aber nie kann, wenn ich will,

dann kann ich auch nicht,

wenn ich muss.

Wenn ich aber darf, wenn ich will,

dann kann ich auch, wenn ich muss.

Denn merke: Die können sollen,

müssen auch wollen dürfen.

Johannes Conrad (1929-2005)

Die pädagogischen Fachkräfte gewinnen, wenn sie sich mit Kinderrechten und demokratischen Strukturen auseinandersetzen. Sie entwickeln einen Orientierungsrahmen für ihr Handeln, ihre professionelle Beziehungsgestaltung. Das Klima und das Miteinander in der Einrichtung verändern sich, die Kritikbereitschaft verstärkt sich, und dadurch verbessert sich die konstruktive Zusammenarbeit im Team. Für die Kinder lohnt sich dieser Weg auf anderer Ebene. Sie werden gestärkt, werden selbstbewusster. Denn sie haben gelernt, ihre Meinung und Interessen zu vertreten. Ist dieses besondere Ziel

erreicht, brauchen wir uns über die Zukunft unserer Demokratie nicht mehr viele Sorgen machen.



ILKA MASERKOPF

Fachberaterin Tageseinrichtungen für Kinder
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
ilka.maserkopf@paritaetischer.de

PARITÄTISCHER FACHTAG ZUM THEMA

Bei der Aufgabe, ein Beschwerdeverfahren oder mehr demokratische Strukturen einzuführen, will der Paritätische seine Mitgliedsorganisationen unterstützen und bietet einen kostenfreien Fachtag dazu an: „Demokratiebildung in der Kindertageseinrichtung – Einführung eines Beschwerdeverfahrens für Kinder“. Als Referentin konnten wir Franziska Schubert-Suffrian, eine erfahrene und renommierte Expertin aus Schleswig-Holstein gewinnen. Sie hat beim Modellprojekt „Beschwerdeverfahren für Kita-Kinder entwickeln“ in Lübeck mitgearbeitet. Neben dem Eingangsvortrag „Wie aus Kinderbeschwerden demokratische Sternstunden werden“ leitet die Diplom-Sozialpädagogin den Workshop „Das Team ins Boot holen“.

Fachtag **„Demokratiebildung in der Kindertageseinrichtung – Einführung eines Beschwerdeverfahrens für Kinder“**

Wann: 30.11.2020
9:30 bis 15:00 Uhr

Wo: Freizeitheim Vahrenwald
Vahrenwalder Str. 92
30165 Hannover

Teilnahme: Nur für unsere Mitglieder und kostenfrei. Die Teilnehmerzahl ist auf Grund der geltenden Hygienebestimmungen begrenzt.

Anmeldung: timea.thomsen@paritaetischer.de

Darüber hinaus hat der Gesamtverband im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vielfältige hilfreiche Medien für pädagogische Fachkräfte entwickelt. Sie sind unter www.der-paritaetischer.de zu finden – und zwar unter „Schwerpunkt – Kindertagesbetreuung“. Einige Broschüren werden beim Fachtag verteilt.

KINDERN DAS WORT GEBEN – AUCH BEI DER RAUMGESTALTUNG

Die Kita Wietzegegraben ist eine von elf Tageseinrichtungen für Kinder der gemeinnützigen Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit in Hannover GmbH (GGPS). Hier werden 80 Kinder in vier multikulturellen Gruppen im Alter von drei bis zehn Jahren betreut und gefördert. Die pädagogische Arbeit ist nach dem Handlungskonzept der Offenen Arbeit ausgerichtet. Die Kinder haben grundsätzlich die Freiheit, den Spielort, das Spielzeug, den Spielpartner oder die Spielgruppe sowie die Spieldauer selbst zu wählen. Sie bewegen sich frei in den Räumen, die jeweils ein eigenes Thema haben. Dadurch können die Kinder ihren eigenen Interessen und Ideen nachgehen und finden dafür bei Bedarf Gleichgesinnte. Partizipation ist also ein konzeptionelles Grundprinzip dieser Einrichtung.

In der konkreten Auseinandersetzung mit dem Konzept der offenen Arbeit und den kindlichen Bedürfnissen hat das Team festgestellt, dass den Kindern ein Raum zum Ausruhen und Innehalten fehlt. Wir haben uns dazu entschlossen, einen Raum zu schaffen, der den Kindern als Ruhepol dienen soll. Dort haben sie die Möglichkeit, sich unabhängig vom Tagesgeschehen erholen zu können.

An der Gestaltung dieses Raums wollten wir die Kinder aktiv beteiligen. In einem Sitzkreis haben wir ihnen erzählt, was für eine Funktion wir uns für diesen Raum vorstellen. Die Kinder wurden offen befragt, was sie von der Idee halten. Die pädagogischen Fachkräfte nahmen die Meinungsbilder der Kinder auf. Anschließend sprachen wir mit ihnen über die Namensgebung des Raumes. Jedes Kind, das sich zu Wort meldete, wurde mit dem, was es sagte, wahrgenommen, jede Idee wurde aufgeschrieben. Die Vorschläge der Kinder wurden in die Mitte des Kreises gelegt. Mithilfe sogenannter Muggelsteine (flache, bunte Steine, etwa murmelgroß – hat nichts mit Harry Potter zu tun) hatte jedes Kind die Möglichkeit, seine Stimme abzugeben. Durch den Mehrheitsentscheid wurde aus dem „Raum ohne Namen“ nun der „Entspannungsraum“.

Die pädagogischen Fachkräfte stellten den Kindern anschließend Kataloge zur Verfügung, um Inspirationen zur Gestaltung zu finden. Die einzelnen Mög-



Foto: gem. Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit in Hannover GmbH

lichkeiten wurden im nächsten Sitzkreis besprochen. Dann wurde ebenfalls per Mehrheitsentscheid festgelegt, welche Farben die Möbel und die Dekoration haben sollen.

Bevor die neuen Gegenstände in den Raum gebracht wurden, halfen die Kinder dabei, Möbel und Dekoration rauszutragen, die sich noch in den Raum befanden. In einem darauffolgenden Sitzkreis wurde über das Thema „Regeln“ gesprochen. Die Kinder tauschten sich gegenseitig darüber aus, was ihnen für eine harmonische Raumnutzung wichtig wäre und worauf zu achten ihnen wichtig sei. Diese Aussagen wurden vorerst verschriftlicht und dann mithilfe von Piktogrammen in feste Regeln formuliert und gemeinsam an die Tür gehängt.

Durch dieses partizipative Vorgehen können die Kinder sich mit dem Entspannungsraum identifizieren. Sie haben daran mitgewirkt und ihre Ideen eingebracht. Die gemeinsam aufgestellten Regeln werden eher eingehalten, als wenn sie von den Erwachsenen allein vorgegeben werden. Die Kinder achten jetzt auf die Einhaltung ihrer Regeln und fühlen sich wohl in ihrem neuen Raum.

ELKE SCHLÜWE

Leiterin der Kindertagesstätte Wietzegegraben
Gemeinnützige Gesellschaft für paritätische Sozialarbeit
Hannover GmbH

„WAS HAT DAS DENN MIT MEINEM ALLTAG ZU TUN?“

Für Jugendliche ist Politik irgendwas Abstraktes, das nichts mit dem eigenen Leben zu tun hat. Der Verein Politik zum Anfassen e.V. will Schülerinnen und Schülern bewusst machen, wie sie selbst Demokratie gestalten können – und damit auch ihr eigenes Leben ändern können. Hannah Schaback absolviert gerade ihren Freiwilligendienst bei dem Verein und schildert hier ihre Erfahrungen aus der politischen Jugendbildung.

Meine Einsatzstelle für den Bundesfreiwilligendienst, der überparteiliche und gemeinnützige Verein Politik zum Anfassen e.V., betreibt seit 14 Jahren Demokratiebildung für Jugendliche. Daher beschäftigen wir uns täglich mit der Frage, wie es um das Demokratieverständnis der Jugendlichen steht und wie wir Demokratie und ihren Wert Jugendlichen nahebringen können.



Fotos: Politik zum Anfassen e.V.

Hannah Schaback, 19 Jahre alt, hat 2019 ihr Abitur gemacht. In ihrem Bundesfreiwilligendienst bei Politik zum Anfassen e.V. hat sie viel mit Schüler*innen gearbeitet und will jetzt (unter anderem) Politik auf Lehramt studieren.

Bevor wir uns aber Gedanken darüber machen können, WIE wir Jugendlichen etwas beibringen, stellt sich die Frage, WAS wir ihnen beibringen. Welche Grundlagen sind wichtig, damit Jugendliche verstehen, dass Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und nur funktioniert, wenn alle mitmachen?

Partizipationsbewusstsein

Für ein gutes Demokratieverständnis ist das Bewusstsein über die eigenen Möglichkeiten zu partizipieren nötig. Um Jugendliche an dieses Thema heranzuführen

haben wir das kommunalpolitische Planspiel „Pimp Your Town!“ entwickelt. Hier haben Jugendliche die Möglichkeit, drei Tage in die Rolle von Kommunalpolitiker*innen zu schlüpfen und den Weg von der ersten eigenen Idee bis hin zu einem fertigen Antrag selbst zu durchlaufen.

Kommunalpolitik kommt in der politischen Jugendbildung oft zu kurz, und das, obwohl hier Erfolge am schnellsten sichtbar sind. Am Anfang des Projekts merkt man deutlich, dass Politiker*innen für die meisten Schülerinnen und Schüler nur „die da oben“ sind, die sich eh nicht für die Wünsche von Jugendlichen interessieren. Außerdem scheint für viele Politik und Demokratie ganz grundsätzlich nur ein abstraktes Konstrukt zu sein, das nichts mit ihrem Alltag zu tun hat. In den drei Tagen, die wir mit einer Schulklasse verbringen, versuchen wir, den Schüler*innen zu zeigen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. „Pimp Your Town!“ wird immer von echten Politiker*innen begleitet, sie übernehmen eine Patenschaft für jedes Projekt. So merken die Jugendlichen schnell, dass seitens der Kommunalpolitik ein echtes Interesse besteht zu erfahren, was Jugendliche bewegt.

Spätestens, wenn sich anfangs unmotivierte, kritische Teilnehmende am letzten Projekttag für ihre eigenen Anträge einsetzen, sie voller Eifer verteidigen, die restlichen Schüler*innen überzeugen und das Projekt mit stolz geschwellter Brust verlassen, dann merkt man: Es lohnt sich jedes Mal wieder aufs Neue, die anfängliche Skepsis der Jugendlichen zu überwinden!

Diversitätsbewusstsein

Nur wenn alle Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen und miteinbezogen werden, kann eine Demokratie funktionieren. In der Shell Jugendstudie von 2019 wird



Multimediale Arbeit: Hannah Schaback (rechts) interviewt gemeinsam mit zwei Teilnehmerinnen Politiker*innen.

aber deutlich, dass mehr als 40 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund das Gefühl haben, „häufiger als andere benachteiligt zu werden“.

Daher haben wir uns dazu entschlossen, ein eigenes Planspiel für junge Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Unter dem Namen „Next Step: Democracy!“ zeigen wir deutschlandweit genau diesen Menschen, wie sie sich in ihrer Kommune beteiligen können, auch wenn sie vielleicht keine Möglichkeit haben zu wählen. Vor allem die Themen Integration, Ankommen, Sprache und Schule stehen im Fokus.

Eine Teilnehmerin, Welda, schreibt: „In unserer Heimat haben wir so etwas nicht. Wir konnten mit den Politiker*innen reden, und es war super toll.“

Informationskompetenz

Mitmachen geht aber auch nur, wenn man Zugang zu den nötigen Informationen hat. Die Shell Jugendstudie von 2019 ergab außerdem, dass das Internet die Hauptinformationsquelle vieler Jugendlicher ist. 20 Prozent geben an, sich hauptsächlich auf Newsportalen und Nachrichten-Webseiten über das politische Geschehen zu informieren, 23 Prozent nutzen dafür auch die sozialen Medien. Die Jugendlichen vertrauen den Informationen zwar nicht blindlings, auffallend ist jedoch, dass politisch weniger interessierte und weniger aktive Jugendliche Social Media deutlich mehr Vertrauen entgegenbringen.

Dementsprechend wichtig ist es, dass Jugendliche die Fähigkeit des kritischen Hinterfragens schon frühzeitig lernen.

Dafür haben wir unser Projekt „Faktenwerkstatt“ entwickelt. Hier lernen Kinder und Jugendliche, wie Nachrichten entstehen und wie man professionellen Journalismus von unseriösen Quellen unterscheidet. Zwei Tage

lang haben sie die Möglichkeit, verschiedene Seiten des Journalismus und der Recherchearbeit kennenzulernen. Sie können gestandene Journalist*innen über ihren Arbeitsalltag ausfragen und gemeinsam den Wert von Nachrichten diskutieren.

Und wie bringt man das jetzt nachhaltig bei?

Demokratie funktioniert also nur, wenn alle mitmachen. Dafür ist es wichtig, schon bei Jugendlichen für ein gutes Demokratieverständnis zu sorgen und ihnen zu vermitteln, dass eine gute Demokratie ihre aktive Teilnahme erfordert. Jugendlichen muss die direkte Verbindung zwischen Politik und ihrem Alltag klar werden, Demokratie muss ihnen schon von früh an in ihrem Alltag begegnen. Deshalb sind für uns Schulen ein guter Anlaufpunkt: hier werden Kinder und Jugendliche von klein auf geprägt und lernen soziale Interaktion, Werte und Normen.

Vor allem muss das Ganze aber Spaß machen. Nur wer Spaß hat, gibt auch Spaß weiter. Vielleicht ist genau das das Geheimnis nachhaltig wirkender politischer Bildung. Wenn Jugendliche über Demokratie und Politik lernen, indem sie Texte lesen und Arbeitsblätter ausfüllen, dann kann man nicht erwarten, dass sie sofort voller Begeisterung dabei sind. Politische Bildung muss aktiv sein, sie muss den Freiraum schaffen, sich selber in Diskussionen auszuprobieren, sie muss einen starken Alltagsbezug haben, und vor allem muss sie Spaß machen. Auch wenn es unermüdlich Energie und neue Ideen braucht, um Jugendliche zu motivieren – wenn ein*e Schüler*in am Ende des Projekts zu uns kommt und sagt „Das waren die besten Tage meiner Schulzeit“, dann weiß man, dass diese Arbeit jede Mühe wert ist.

HANNAH SCHABACK

Freiwilligendienstleistende
Politik zum Anfassen e.V.

www.politikzumanfassen.de

JUGEND-POLITIK-DIALOGE NIEDERSACHSEN SIND VOLL IM GANGE – TROTZ CORONA

Wie können jungen Menschen Möglichkeiten eröffnet werden, ihre politischen Interessen und Ideen zu formulieren und die Zukunft der Gesellschaft mitzugestalten?

Die Jugend-Politik-Dialoge Niedersachsen sind eine mögliche Antwort. Sie sollen die Teilhabe von jungen Menschen stärken, vor allem, wenn deren Teilhabechancen durch Bildungsbenachteiligung, Diskriminierung, körperliche oder geistige Beeinträchtigung negativ beeinflusst werden. Junge Menschen sollen die Chance erhalten, sich Gehör zu verschaffen, und die Erfahrung

sprachsrunden mit Kommunalpolitiker*innen bis hin zu Graffiti-Aktionen realisieren die Jugendlichen eigene Ideen. So diskutierten Jugendliche in Bad Bentheim per Videokonferenz mit dem Bürgermeister über politische Vorbilder und über die Folgen der Corona-Krise für die Gesellschaft, konkret auf die Situation vor Ort bezogen. Im Jugendzentrum des Vereins für interkulturelle Arbeit in Linden e.V. in Hannover produzieren Jugendliche den Podcast Talk2 (siehe Interview). Die Stiftung Akademie Waldschlösschen und der Verein Queeres Göttingen e.V. ermöglichen den Mitgliedern einer queeren Jugendgruppe, sich spielerisch mit politischer Teilhabe und Diskriminierungsmechanismen auseinanderzusetzen. Grundsätzlich sind aufgrund der Corona-bedingten Kontaktbeschränkungen viele Gruppen auf Videokonferenzen und ähnliche Formate umgestiegen – die Arbeit läuft aber mit großem Einsatz aller Beteiligten weiter. Im Oktober endet das erste Projektjahr. Eigentlich sollten dann alle Gruppen zusammenkommen und sich über die bisherigen Erfahrungen austauschen. Weil das zurzeit nicht möglich ist, wird es ein Online-Barcamp geben, mit Dialogen und Workshops. In diesem Rahmen sollen dann auch neue Dialoggruppen begrüßt werden, die im zweiten Projektjahr mit der Arbeit starten wollen. Bewerbungen seitens paritätischer Mitgliedsorganisationen sind noch möglich. Wer Interesse hat, findet die Kontaktinformationen unter www.jugend-politik-dialoge.de.

LENNART WALTER

Projektkoordinator

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Paritätisches Jugendwerk

lennart.walter@paritaetischer.de

INFO

Die Jugend-Politik-Dialoge Niedersachsen werden von der Aktion Mensch gefördert. Das Projekt wird vom Paritätischen Jugendwerk (PJW) in Kooperation mit dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB) organisiert. Weitere Informationen gibt es unter www.jugend-politik-dialoge.de.

machen, ein wichtiger Teil der Gesellschaft zu sein. Ihre Interessen und Bedürfnisse sollen gehört und ernst genommen werden.

Im Rahmen der Jugend-Politik-Dialoge treffen sich seit Oktober 2019 (das Foto oben ist während des Auftaktwochenendes entstanden) Jugendliche aus ganz Niedersachsen mit Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung, verteilt auf elf Gruppen. Die Teilnehmenden vertreten ihre Anliegen, erhalten Einblick in politische Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse. Die Politiker*innen können junge Menschen motivieren, an Politikgestaltung auf unterschiedlichen Ebenen mitzuwirken. Der Austausch soll Hürden und Verständnisprobleme abbauen. Schirmherrin der Jugend-Politik-Dialoge ist Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta. Sie sei überzeugt davon, sagt sie, dass gerade in lebensnahen Erfahrungen der politischen Selbstwirksamkeit ein unschätzbare Wert für eine lebendige Demokratie liege.

Die Vielfalt der Jugend-Politik-Dialoge zeigt sich in den Themen und Projekten der Dialoggruppen. Von Ge-

„JEDE FOLGE IST EIN KLEINER ROHDIAMANT, DEN WIR SCHLEIFEN“

Gisela Dorn und Ahmed Argat arbeiten im Rahmen der Jugend-Politik-Dialoge am Podcast Talk2 mit, organisiert vom Verein für interkulturelle Arbeit in Linden e.V. in Hannover. Gisela führt die Interviews, Ahmed kümmert sich um Technik und Social Media. Hier sprechen die beiden über die Arbeit an ihrem Projekt und haben Tipps für angehende Podcaster*innen parat.



Foto: Ahmed Argat

Parität Report: Was ist Talk2?

Ahmed Argat: Talk2 will junge Menschen für Politik begeistern. Das heißt nicht nur, mit Abgeordneten zu sprechen. Alles, was Jugendliche beschäftigt, hat einen politischen Kern. Die erste Folge haben wir gemeinsam mit einem Podcast aus Buxtehude produziert und so viele Erfahrungen gesammelt. Mit dem muslimischen Jugendverband „Young Schura“ haben wir ein Ramadan-Special aufgenommen. Mit so vielen jungen Leuten zusammenzuarbeiten war klasse. Eine weitere Folge haben wir mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Alpektin Kirci auf die Beine gestellt (siehe Foto). Corona hat uns nicht ausgebremst, im Gegenteil: Wir haben uns einfach online vors Mikro gesetzt.

Wie entsteht eine Podcast-Folge?

Gisela Dorn: Das ist ein langer Prozess. Erst brainstormen wir, machen Mindmaps und suchen uns Themen. Wir wählen die besten Ideen aus, recherchieren dazu, strukturieren unser Interview und fragen Interviewpartner*innen an. Wenn alles im Kasten ist, hören wir uns das Material nochmal an und schneiden zum Beispiel manche „ähms“ raus. Es wird ein Jingle hinzugefügt, wir hören noch mal drüber, und erst dann geht die Folge online.

Ahmed Argat: Jede Folge ist anfangs ein kleiner Rohdiamant, den wir schleifen: Erst gibt es nur die Audio-datei, das Gespräch an sich. Wir gestalten dann noch passend zum Inhalt ein Cover. Am Ende ein fertiges Gesamtprodukt zu haben, ist sehr zufriedenstellend.

Was sind Eure schönsten Erfahrungen?

Gisela Dorn: Für mich ist das Schönste, einfach im Gespräch zu sein und die Meinungen anderer Menschen zu hören. Wir sprechen miteinander und verändern dadurch auch unsere Haltung, weil wir merken: „Hey, vielleicht hast du recht mit dem, was du sagst!“ Die Gespräche bringen uns dazu, über Themen noch mal anders nachzudenken.

Was sind die Schwierigkeiten?

Ahmed Argat: Bei jeder Folge gibt es andere Herausforderungen. Mal ist es die Audioqualität, was die Nachbereitung manchmal sehr zeitintensiv macht. Wir wollen am Ende aber ein gutes Produkt haben. Deshalb stecken wir auch gern ein wenig mehr Zeit rein.

Gisela Dorn: Ein Interview zu führen ist manchmal ganz schön aufregend. Bei Gästen, die ich noch nicht gut kenne, bin ich manchmal etwas zurückhaltend. Um lockerer zu werden hilft es, dann so zu tun, als würde ich eine Sprachnachricht an meine Freund*innen schicken.

Welche Tipps könnt ihr angehenden Podcaster*innen geben?

Ahmed Argat: Mein Tipp: Machen, machen, machen! Im Laufe der Zeit entwickelt man sich. Auch wir werden von Folge zu Folge besser.

Gisela Dorn: Das Wichtigste ist: Es braucht kein Top-Mikrofon. Klar klingt das gut, aber wenn es keine Themen gibt, über die Du sprechen willst, nützt auch das nichts. Was es wirklich braucht, sind gute Vorbereitung und Geduld. Gerade am Anfang ist es wichtig, am Ball zu bleiben, auch wenn dir nur vier Leute zuhören.

ERIK SPRINGER

Projektleitung

Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.

www.vnb.de

INFO

Zu hören gibt es Talk2 unter anderem auf Spotify unter talk2 oder bei Anchor.fm unter talk2linden. Wer beim Podcast mitmischen will, meldet sich über Instagram bei Gisela und Ahmed unter [@talk2_ger](https://www.instagram.com/talk2_ger).

EIN IDEALER ORT

Seit 1992 bietet der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. seine Internationale Jugendbegegnung (IJB) an. Jugendliche aus Russland, Polen und Deutschland nehmen fast im Jahresrhythmus daran teil. Schon 25 Mal hat das Paritätische Jugendwerk, der Jugendverband des Paritätischen, die IJB organisiert. Die IJB soll Grenzen überwinden helfen, auch Demokratiebildung ist ein Projektziel.

Ziel dieser Begegnung ist es, Kinder und Jugendliche aus den drei sehr unterschiedlichen Ländern zusammenzuführen. Sie können Erfahrungen austauschen, Verständnis füreinander entwickeln und neue Freundschaften schließen. Das Motto „Grenzen überwinden“ steht ganz klar im Vordergrund. Mit dem Ziel der Inklusion werden dabei auch die jungen Menschen einbezogen, die sonst zum Beispiel aufgrund unterschiedlicher Behinderungen keine oder nur eingeschränkte Möglichkeiten der Teilnahme an einem internationalen Austausch haben.

stellen. Allerdings kann es auch zu demokratieherausfordernden Situationen kommen – zum Beispiel können bestimmte Äußerungen zu Ausgrenzung führen. An dieser Stelle ist es wichtig, anlassbezogen zu reagieren und aktiv auf die Situation einzugehen. Interkulturelle Lernprozesse können einen demokratischen Lernprozess beinhalten, und zwar dann, wenn Betreuer*innen diesen unterstützen. Angesprochen wird hierbei die interaktionsorientierte Ebene. Auf diesen beschriebenen Ebenen finden also demokratiebildende Lernprozesse statt.

Ein wunderbares Beispiel dafür, wie bedeutsam die IJB für die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen ist und welch enormer interkultureller Lernprozess in dieser kurzen Zeit abläuft: Im vergangenen Jahr haben Teilnehmer*innen aus allen drei Ländern gemeinsam eine IJB-Hymne gedichtet. Besonders eine Strophe spiegelt den Ansatz der Jugendbegegnung bestens wider:

*„Jedes Jahr kommen wir gern hierher. In unser Camp, wo unsere Freunde auf uns warten.
Wir sind für Frieden, ohne Böses und ohne Grenzen.
Viel Licht, Sonne und gute Gesichter.
Es kommen hier Jugendliche und Kinder.
Zusammen drei Länder – Hurra!
Wir leben sehr kreativ. Darüber singen wir diese Hymne.
Jedes Mal bauen wir eine Brücke damit der Weg für uns klar und einfach ist.
Je mehr wir sind, desto fröhlicher ist die Erde.
Der Frieden ist fester, wenn wir Hand in Hand gehen.“*



NATASCHA JULIKA SAMP

Jugendbildungsreferentin
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Paritätisches Jugendwerk
natascha.samp@paritaetischer.de

Gemeinsam zu musizieren hilft dabei, Grenzen zu überwinden.

Die Internationale Jugendbegegnung ermöglicht in besonderer Weise demokratiebildende Lernprozesse auf unterschiedlichen Ebenen. Durch länderspezifische Themenabende können die Teilnehmenden etwas über das jeweilige andere Land erfahren, die Kultur kennenlernen sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen. Hierbei können Vorurteile abgebaut werden, ein Zusammengehörigkeitsgefühl entsteht.

Das ist die absichtsorientierte Ebene, bei der es darum geht, ein bestimmtes Thema in den Mittelpunkt zu

FOKUS AUF TEILHABE UND INTEGRATION

Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Politik wie auch in wirtschaftlichen und kulturellen Führungspositionen unterrepräsentiert. Was können Jugendliche mit ausländischen Wurzeln selbst tun, um das zu ändern? Der Paritätische Cuxhaven will die Grundlage für mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schaffen.

Der Jugendmigrationsdienst (JMD) des Paritätischen Kreisverbands Cuxhaven wurde 2008 eingerichtet, in erster Linie als Beratungsstelle für junge Menschen mit Migrationshintergrund: Das Team vermittelt Informationen zu Sprachkursen, hilft bei der Wohnungssuche und bei der Anerkennung von Schulabschlüssen, stellt Kontakt zu anderen Jugendlichen her – ganz praktische Unterstützung, um in der deutschen Gesellschaft anzukommen und Anschluss zu finden.

Der JMD organisiert auch Projekte, um die kulturelle Teilhabe Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu fördern. Oft beteiligen sich Partner, zum Beispiel die Theatergruppe „das junge Kleinod“ oder die Medienwerkstatt Creaclit. Die Gruppenprojekte der vergangenen Jahre zeigen: Partizipation und Teilhabe sind wichtig für die Jugendlichen. So entstanden eindrucksvolle Fotoporträts und Ideen für Filme. Die Jugendlichen besuchten spannende Orte in Cuxhaven und gewannen Medienkompetenz. Sie wurden in ihren kreativen Fähigkeiten gefördert und bekamen den Raum, ihre Ideen zu entfalten.

Ergebnis: die Medienprojekte „In fünf Tagen um die Welt“ zum Thema Flucht und Migration in Cuxhaven und „ICH, DER KÜNSTLERTYP“ sowie „MitMischen“, ein Projekt zur Förderung aktiver Teilhabe junger Menschen mit Migrationsgeschichte (www.mitmischen-blog.de). Die Filmprojekte „5 Jahre“, „Die falsche Zeit“, „Wir haben Rechte“ und „Refugees Rap Ringelnatz“ sind auf dem Vimeo-Kanal von Creaclit zu finden und zeigen, wie kreativ die beteiligten Jugendlichen ihren Alltag interpretieren.

Am 14. Juni 2020 wurde das aktuelle Filmprojekt mit einer Premiere in Cuxhaven erfolgreich abgeschlossen. In dem Kurzfilm „Syrisches Tagebuch“ schildern Jugendliche eindrucksvoll, warum sie ihr Land verlassen mussten. 20 Jugendliche im Alter von zwölf bis 18 Jahren, alle in den vergangenen fünf Jahren nach Deutschland gekommen, waren beteiligt. In sechs Workshops, verteilt auf ein Jahr, entwickelten sie auf der Basis eigener Erlebnisse das



Premiere: Die Jugendlichen stellen ihren Film „Syrisches Tagebuch“ vor.

Drehbuch und drehten den Film. Ziel war von Anfang an, den Jugendlichen aus Syrien, Afghanistan, Somalia, Irak und Pakistan bei der Verarbeitung des Erlebten zu helfen und ihre Sprachfähigkeiten und Medienkompetenzen zu erweitern. Sie bekamen Schauspieltraining, arbeiteten mit dem Creaclit-Team an den Texten, lernten die Filmtechnik kennen. Außerdem soll der Film den Cuxhavener*innen die Welt der Jugendlichen näherbringen. Bei der Premiere schilderten die Jugendlichen die Arbeit am Projekt und die Hintergründe des Films. Die Resonanz war durchweg positiv, und die Jugendlichen haben viel gelernt und ihr Selbstvertrauen gestärkt. Weitere Filmprojekte sind bereits geplant.

DOROTA MRUSEK UND VERA NICKELS

Jugendmigrationsdienst
Paritätischer Cuxhaven
cuxhaven.jmd@paritaetischer.de

Der Film „Syrisches Tagebuch“ ist hier zu finden:

www.vimeo.com/creaclit/tagebuch

Das Filmprojekt wurde finanziert durch das Programm „MeinLand – Zeit für Zukunft“ der Türkischen Gemeinde in Deutschland im Rahmen des Bundesprogramms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.



„MIT POLITISCHER BILDUNG KANN MAN NICHT FRÜH GENUG ANFANGEN“

Hate Speech, Klassismus, geringe Partizipation bestimmter Bevölkerungsgruppen: Die Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung, Ulrika Engler, benennt im Interview die Herausforderungen, denen die Demokratie gegenübersteht. Lösungsvorschläge hat sie auch parat.

Parität Report: Beginnend 2015, als Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland kamen, haben wir einen enormen Aufschwung der politischen Rechten erlebt. Auch unter dem Eindruck dieser Entwicklung wurde zwei Jahre später die niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung wiedergegründet. Welchen Beitrag kann die Landeszentrale leisten, um die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen?
Ulrika Engler: Wir wollen Demokratie stärken. „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“, so der Soziologe Oskar Negt. Es geht darum, sich mit der Gestaltung des alltäglichen Zusammenlebens auseinanderzusetzen, zu erfahren, dass ich selbst etwas bewirken kann und dass es Spaß machen kann, die Welt im Kleinen und Großen zu gestalten und mitzubestimmen – auch wenn es manchmal anstrengend

ist. Dazu gehört auch, die immer komplexer werdende Welt zu verstehen und zu wissen, wie ich mich einbringen kann. Eine solche lebendige Demokratie steht einem autoritären Politikverständnis diametral entgegen, entzieht ihm letztlich den Nährboden. Durch unsere Arbeit tragen wir also dazu bei, dass es für autoritäre Denk- und Handlungsmuster schwerer wird, Resonanz zu finden. Wir stärken demokratische Kräfte, die aktiv und selbstbewusst für ein demokratisches Zusammenleben eintreten.

In der Corona-Pandemie müssen wir beobachten, dass sehr viele Menschen Verschwörungserzählungen Glauben schenken und vermeintlichen Heilsbringern folgen. Haben wir ein Defizit an politischer Bildung in der Bevölkerung?

Das Problem liegt tiefer. Hier wird fehlendes Vertrauen in demokratische Prozesse, Strukturen und Entscheidungsträger*innen sichtbar. Auch wenn die große Mehrheit der Menschen in Niedersachsen und Deutschland überzeugt ist, dass die Bundes- und Landesregierungen angesichts einer nie dagewesenen Herausforderung wie der Corona-Pandemie gute Arbeit machen – manche sind es eben nicht.

Die Lage in der Welt ist unübersichtlicher geworden. Eine schlichte Einteilung in Gut und Böse funktioniert nicht (mehr). Doch je komplizierter die Welt wird, desto größer wird die Sehnsucht vieler Menschen nach einfachen Antworten. Im Extremfall führt dies beim Corona-Virus zu Ansichten wie „da steckt doch Bill Gates hinter“ oder „das nutzen die da oben doch nur zum Großreinemachen“.

Wenn solche Erzählungen nicht mehr nur an den Stammtischen kursieren, sondern viral gehen – verstärkt durch Prominente wie Kochbuchautor Attila Hildmann oder den Sänger Xavier Naidoo –, belegt dies vermeintlich die Glaubwürdigkeit.

Die politische Bildung ist gefragt, die komplexen Ereignisse verständlich zu kommunizieren und die Menschen dabei zu unterstützen, auch mit Widersprüchlichkeiten leben zu können.

Kann man erwachsene Menschen eigentlich noch mit politischer Bildung erreichen? Ist das Weltbild nicht ab einem gewissen Alter zu gefestigt, um darauf noch einwirken zu können?

Natürlich ist das möglich. Und es ist notwendig: In der sich ständig wandelnden Welt ist man darauf angewiesen, jeden Tag dazuzulernen. Hier ist politische Bildung gefragt, gezielte Angebote zu machen, die möglichst konkret dabei helfen, zu verstehen, was passiert, welche Interessen hinter welcher Aussage oder politischer Entscheidung stecken.

Aber genau so klar ist: Mit politischer Bildung kann man nicht früh genug anfangen. Jugendliche, aber auch Kinder, die auf der Suche nach eigenen Standpunkten sind, brauchen dabei Unterstützung.

Benötigen wir mehr Politik- und Geschichtsunterricht an den Schulen?

Ja. Zahlreiche Studien belegen, dass der Politikunterricht an Schulen zu kurz kommt. Berufsbildende Schulen sind in vielen Bundesländern besonders betroffen. Es geht

INTERVIEWPARTNER

Ulrika Engler leitet als Direktorin die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung. Sie ist Diplom-Theologin und hat zudem berufsbegleitend einen Masterabschluss in Bildungsmanagement erworben. Bevor sie 2017 den Wiederaufbau der Landeszentrale übernahm, war sie zehn Jahre lang Leiterin der politischen Bildungseinrichtung aktuelles forum (af) mit Sitz in Gelsenkirchen. Davor hat sie als Geschäftsführerin der Europäischen Föderation für Katholische Erwachsenenbildung FEECA und Leiterin des AKSB-Europabüros in Brüssel sowie als Referentin bei MISE-REOR gearbeitet.



aber auch darum, Demokratie für Jugendliche erlebbar zu machen.

Es zeigt sich, dass Jugendliche, die positive Erfahrungen mit eigenem Engagement machen konnten, sich auch später engagieren und einbringen. Schon jetzt gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich für eigene Interessen und die der Mitschüler*innen zu engagieren, beispielsweise das Mitwirken an der Schüler*innenzeitung, im Schüler*innenrat etc. Aber auch hier ist natürlich noch viel Luft nach oben.

Wir müssen jedoch auch den außerschulischen Bereich in den Blick nehmen – Jugendarbeit, zahlreiche Vereine und Initiativen bieten vielfältige Möglichkeiten, Demokratie zu erleben.

75 Jahre nach Kriegsende scheint Antisemitismus wieder – oder immer noch – salonfähig. Dazu gesellen sich Antiislamismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit. Wie kommt's? Und was lässt sich dagegen ausrichten?

Diese Phänomene sind meist Jahrhunderte, gar Jahrtausende alt. Durch zahlreiche Studien wie die sogenannte Mitte-Studie zur Erhebung von autoritären und rechts-extremen Einstellungen wissen wir, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit heute in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Und es sind noch mehr als die genannten -ismen. Ich möchte Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft ergänzen, den Klassismus. Er wird oft übersehen. Armut und Ungleichheit sind die Hauptgründe dafür, wenn z.B. Kinder und Jugendliche

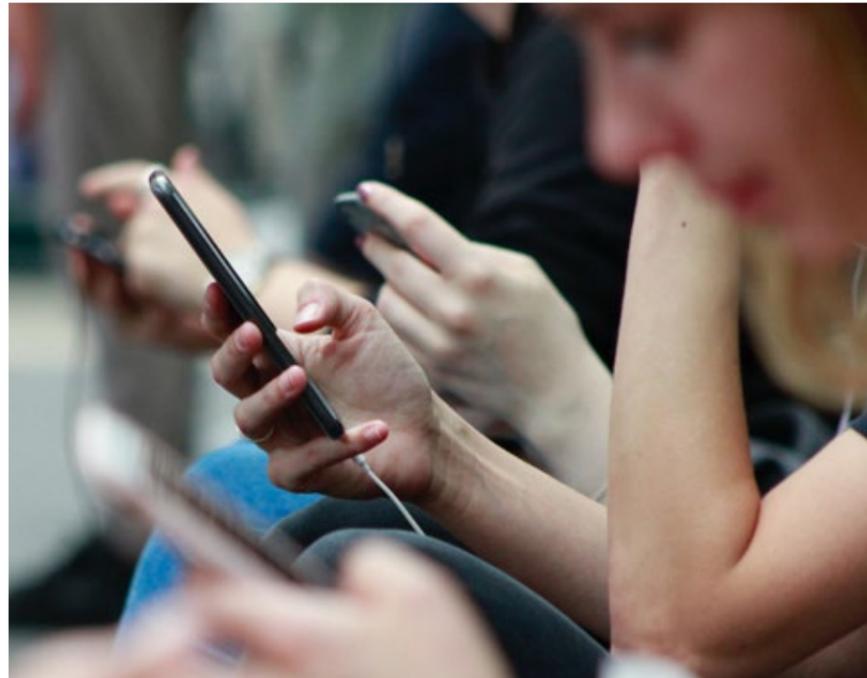


Foto: Robin-Werrall - unsplash

argumente. Zum Beispiel, dass nicht die Geflüchteten Schuld sind an der Spaltung der Gesellschaft, sondern der Umgang mit ihnen. Oder dass hinter Armut meist Krankheit, ein plötzliches Unglück, Verlust von Arbeit o.Ä. steckt – und nicht Faulheit, wie leider immer wieder behauptet wird.

Die Black-Lives-Matter-Proteste erfahren auch in Deutschland recht großen Zulauf. Gleichzeitig fällt auf, dass an diesen Demonstrationen nur wenige türkisch- und arabischstämmige Bürger*innen teilnehmen, obwohl sie gleichermaßen von struktu-

rellem Rassismus betroffen sind. Wie kann man denn Menschen verschiedener ethnischer Herkunft dazu bringen, sich als eine Gemeinschaft zu begreifen – als Teil einer einzigen demokratischen Gesellschaft?

Teilhabe aller Menschen ist ein zentrales Versprechen unserer Demokratie. Demnach müssen wir fragen: Wer hat welche Zugänge zu Bildung, zum Arbeitsmarkt etc.? Wer findet mit den eigenen Anliegen Gehör? Dies ist meiner Einschätzung nach die Voraussetzung, dass sich alle als Teil derselben Demokratie begreifen können.

Das Internet und die sogenannten sozialen Netzwerke ermöglichen internationale Vernetzung und bergen einen Wissensschatz, den die Welt noch nie gesehen hat. Gleichzeitig herrscht dort oftmals eine verrohte Diskussionskultur, und auch Radikalisierung – ob von Rechtsextremen oder Islamisten – findet oftmals online statt. Wie können die Demokrat*innen das Internet zurückgewinnen?

Wir müssen auf mehreren Ebenen ansetzen. Mit der Erweiterung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, das darauf zielt Hasskriminalität und strafbare Falschnachrichten wirksamer zu bekämpfen, ist ein – nicht unumstrittener – politischer Schritt getan, die Rechtslage zu schärfen. Aus meiner Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch hier sind wir alle gefragt.

Wichtig ist zu sehen, dass Hassrede an sich nichts gänzlich Neues ist, sondern dass diskriminierende Aussagen mit der digitalen Kommunikation bloß neue, oftmals

aufgrund ihrer Lebensumstände Schwierigkeiten im Bildungssystem haben – nicht das vermeintliche Versagen einzelner Personen.

All diese -ismen, diese Diskriminierungsformen, basieren auf der Vorstellung, dass wir Menschen nicht als gleichwertig zu betrachten seien. Das widerspricht jedoch den Grundregeln unseres Zusammenlebens. Diese Regeln sind im Grundgesetz und in den Menschenrechten verankert.

Daher sind wir gefragt, einzuschreiten, wenn wir solche Diskriminierung mitbekommen. Zur Unterstützung haben wir die App „KonterBUNT“ entwickelt. Mit ihr lassen sich Strategien gegen Stammtischparolen kennen lernen und trainieren.

Niemand kann auf sämtliche Parolen immer Antworten parat haben, welche die genaue Faktenlage berücksichtigen. Das ist aber auch nicht notwendig, um Parolen etwas entgegenzusetzen. Vielmehr geht es darum, Haltung zu zeigen. Daher ist auch das Kernstück der App ein Strategie-Guide. Darin finden Sie viele Tipps: Gezielt nachfragen, um Allgemeinplätze aufzudecken; nicht belehren und nicht moralisieren, um eine Situation nicht zu eskalieren; sich klar positionieren, z.B. mit Bezug auf die Menschenrechte und das Grundgesetz.

Und natürlich finden Sie in der App auch zahlreiche Beispielparolen mit Vorschlägen für schlagkräftige Gegen-

„effizientere“ Verbreitungswege gefunden haben. Die dahinterliegenden Diskriminierungsstrukturen sind indes nicht neu. Sie gilt es zu entlarven, zu benennen und ihnen zu widersprechen. Die Bekämpfung der Symptome ist aus demokratischer Perspektive zwar notwendig, aber nicht ausreichend; es geht auch darum, die Ursachen zu finden und zu beheben.

Reaktionen auf Hate Speech, sogenannte Gegenrede oder Counter Speech, setzen zwei Perspektiven voraus: einerseits das Wissen, dass es sich hier um diskriminierende Strukturen handelt, und andererseits, dass das Internet bestimmten Logiken folgt und Hate Speech oft strategisch für die Durchsetzung politischer Interessen eingesetzt wird. Es geht darum, Akteur*innen im Sinne einer demokratischen, menschenrechtsorientierten Nutzung zu sensibilisieren und zu unterstützen.

Handlungsbedarf in Bezug auf Hate Speech ergibt sich an verschiedenen Stellen: Melde- bzw. Verfolgungsmöglichkeiten und Beratungsangebote für Betroffene sind eine Facette. Auch der Umgang mit den Hassverbreiter*innen spielt eine entscheidende Rolle. Im Mittelpunkt der Bemühungen politischer Bildung sollten allerdings die Bürger*innen stehen, die in unterschiedlicher Weise mit Hate Speech konfrontiert werden. Es gilt, diese Menschen zu sensibilisieren, sie zu stärken und ihnen konkrete Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Die Landeszentrale wurde auch schon mal als „Werbeagentur für Demokratie“ bezeichnet. Was wäre denn der passende Werbeslogan für unser demokratisches System?

Es ist großartig, dass wir in unserer Demokratie vieles selbst in die Hand nehmen können, die Chance haben, Einfluss zu nehmen und mitzugestalten. Und nur dann funktioniert sie: Wenn wir uns alle kritisch und konstruktiv einbringen. Denn – so der Slogan unserer LpB: Demokratie beginnt mit Dir!



UWE KREUZER

Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de



Viele Menschen wollen einschreiten, wenn sie menschenverachtende Aussagen hören. Aber wie? Die kostenlose App „KonterBUNT“ der Landeszentrale für politische Bildung (für iPhone und Android) vermittelt Strategien gegen Stammtischparolen. Sie enthält gute Argumente gegen platte Parolen sowie einen Strategie-Guide. In einem Minispiel lassen sich mögliche Dialoge direkt ausprobieren.

Der Paritätische hat Informationen zum Thema „Klassismus“ zu der App beigesteuert. Werden Menschen aufgrund ihrer sozialen Herkunft, ihres ökonomischen oder bildungsbezogenen Status abgewertet und diskriminiert, ist das eine Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Der Begriff „Klassismus“ bezieht sich auf die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in verschiedenen sozialen Klassen. Eine Form der Abwertung sind pauschale Bezeichnungen wie „Sozialschmarotzer“, „Penner“, „dumme Hauptschüler“. Wie bei anderen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird anhand eines sozial-ökonomischen Merkmals eine Gruppe konstruiert („die Armen“, „die Arbeitslosen“), der dann Eigenschaften und Stereotype („sind faul“) zugewiesen werden. Abwertungen aufgrund des sozialen Status ist gemein, dass sie die Verantwortung für die jeweilige Lebenssituation allein im persönlichen Verhalten der betroffenen Menschen sehen und ökonomische und politische Mechanismen ausblenden.

Hinter der Abwertung armer Menschen stehen meist sozialdarwinistische Auffassungen: „Wer nichts leistet, der soll auch nichts essen.“ Sozialdarwinismus ist die (unwissenschaftliche) Übertragung von Darwins Vererbungslehre auf menschliche Gesellschaften. Diese Lehre behauptet letztlich, es sei gut, wenn schwache Menschen nicht unterstützt, sondern ihrem Schicksal überlassen werden. Damit würden negative Eigenschaften innerhalb der Gesellschaft „ausgemerzt“ und nur die „guten“ Erbeigenschaften weitergetragen.

...DAS WIRD MAN JA WOHL NOCH SAGEN DÜRFEN!

Woher kommt der Hass im Internet, und was hat unsere Demokratie damit zu tun?

Trolle und Bots, Hate Speech und Shitstorm – der oft raue Ton im Internet, vorrangig in den Kommentarspalten von Onlinemedien oder Social-Media-Kanälen, schreckt viele Menschen davor zurück, sich online an Diskussionen zu beteiligen. Die Angst vor Repliken, Beschimpfungen oder gar Drohungen ist groß. Vor allem Reaktionen aus der rechten bis rechtsextremen Ecke sind gefürchtet. Ein komisches Paradox kommt so online zum Tragen: Jene, die am lautesten nach Meinungsfreiheit schreien („Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!“), halten durch ihre uneinsichtige, meist argumentationsresistente Art viele andere erst davon ab, ihre Meinung im Netz kundzutun. Leider können diese Ängste nicht als übervorsichtige Spinnerei abgetan werden. Zu groß und mächtig sind mittlerweile die Netzwerke jener, die sich nicht länger auf „klassische“ Medien wie Tageszeitung oder Fernsehnachrichten verlassen wollen und im Internet nach ihrer eigenen Wahrheit suchen – und aufgrund der Vielfalt und fehlenden Einordnung auch irgendwo fündig werden.

Die Struktur der sozialen Medien selbst verstärkt diesen Vorgang zusätzlich. Dies wird durch den Begriff „Blase“ beziehungsweise „Filterblase“ deutlich: Menschen, die vorrangig Facebook als Nachrichtenquelle nutzen und dort immer bestimmte Tendenzen und Argumentationen bevorzugen, bekommen fast ausschließlich Meldungen und Berichte angezeigt, die ihrer Meinung entsprechen. Sie konsumieren Medien nur noch innerhalb ihrer Blase. Der zugrunde liegende Algorithmus, der die angezeigten Nachrichten berechnet, will die Nutzer*innen nicht aufklären, sondern ihnen mehr von dem zeigen, was ihnen gefällt. Die Folge: Egal, wie irrwitzig die zugrunde liegende Annahme auch sein mag – wenn sie nur oft genug als „Nachricht“ wiederholt wird, wird sie für Nutzer*innen mit einer passenden Grundeinstellung mit jeder neuen Meldung wahrer, zumal gegenteilige Positionen gar nicht erst angezeigt werden. Es findet also eine dauerhafte Verstärkung falscher Annahmen statt: Quantität sticht Qualität.

Seit Beginn der Corona-Pandemie ist dieses Vorgehen besonders deutlich zu Tage getreten. Anfangs befeuert durch die lauten Botschaften „bekannter“ Namen (Kochbuchautor Attila Hildmann, Popsänger Xavier Naidoo), griffen viele weniger bekannte „Trolle“ die Theorien auf und verbreiteten sie weiter. Zum Troll kann jeder werden,



der nicht am echten Diskurs interessiert ist, sondern vorrangig hetzen und provozieren will. Gerne auch im Tandem mit „Bots“, also Accounts, die nicht von Menschen, sondern von Computer-Software gespeist werden. Dabei müssen die, die Theorien von böswilligen Weltenlenkern und Zwangstypisierungen verbreiten, nicht mal einem bestimmten politischen Spektrum zugeordnet werden – indem sie unsere demokratisch gewählte Regierung beispielsweise zu einer ferngesteuerten Puppenshow deklassieren, greifen sie die Demokratie direkt an.

Dennoch: Vor allem rechte, international agierende Netzwerke nutzen Trolle und Bots, um im Netz Stim-

HILFE GEGEN FAKE NEWS, HASS UND HETZE IM NETZ

Wenn Sie sich Hasskommentaren im Internet ausgesetzt sehen oder sich unsicher über den Wahrheitsgehalt einer Nachricht sind – auch hierfür gibt es im Internet und den Sozialen Netzwerken Hilfe. Einige Tipps haben wir hier zusammengestellt:

Wir sind Parität! (Facebookgruppe und Internetseite): Eine Gruppe vor allem für die Kolleg*innen, die für die Betreuung der Social-Media-Kanäle, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit oder die Online-Redaktion verantwortlich sind. Hier ist Raum um sich über Aktionen im Netz zu unterhalten, Erfahrungen auszutauschen, Materialien für Postings zu teilen, auf Kampagnen hinzuweisen und sich gegenseitig zu unterstützen. Gleichzeitig will die Gruppe, auch mit ihrem Hashtag #gleichimnetz, für mehr Sichtbarkeit von sozialen Einrichtungen und Themen sorgen, um das Internet und die sozialen Netzwerke nicht den lautesten Pöblern zu überlassen. Alle Mitglieder des Paritätischen können mitmachen, auch im Netz auf www.wir-sind-paritaet.de.

#ichbinhier (Facebookgruppe): Die älteste, größte und bekannteste Gruppe gegen Hass und Hetze im

Netz. Die Mitglieder schließen sich täglich wechselnden „Aktionen“ an, dabei handelt es sich vor allem um Postings auf wenig oder schlecht moderierten Seiten, bei denen die Hasskommentare überhand nehmen. Ruhig und sachlich kommentieren sie, um die Diskussion wieder auf eine Sachebene zu holen und die Falschnachrichten zu entkräften.

mung und Politik zu machen. Mit geballter Kraft und großer Lautstärke verbreiten sie Falschmeldungen, die in ihr Weltbild passen. Oder unterstützen jene, die dafür zahlen: 2016 kam der philippinische Präsident Rodrigo Duterte dank einer großen, auf Falschmeldungen basierender Social-Media-Kampagne an die Macht. Zehn Dollar am Tag verdienten die Trolle, die die „Fake News“ online massenhaft zirkulieren ließen und so eine Panik erzeugten, die keine wahr – aber Duterte zum Wahlsieg verhalf. Auch in den USA zeigt sich täglich, welchen Einfluss das Internet auf die heutige Weltpolitik nimmt: Donald Trump nutzt den Nachrichtendienst Twitter nicht nur vorrangig für seine Pressearbeit im Propagandastil. Er kommuniziert dort auch direkt und für alle sichtbar mit anderen Staatsoberhäuptern, Beleidigung und Drohungen inbegriffen.

Was es braucht, ist eine umfassendere Medienkompetenz, die Menschen lehrt, mit Nachrichten und Informationen umzugehen, sie einzuordnen, Fakten und Quellen

gründlich zu prüfen. Betreiber von Seiten müssen ihrer Moderationspflicht stärker nachkommen und Kommentare, die gegen ihre Grundsätze (die optimalerweise direkt als „Netiquette“ einsehbar sind) verstoßen, löschen. Natürlich stehen auch die Anbieter der sozialen Netzwerke, Facebook, YouTube, Twitter und Co., in der Pflicht. Noch zu zögerlich sind ihre Bemühungen, Falschmeldungen als solche zu kennzeichnen oder sogar zu löschen. Twitter hat in jüngster Zeit immerhin ein paar von Donald Trump verbreitete Falschmeldungen als eben solche gekennzeichnet. Sehr zum Ärger des Präsidenten, der seiner Wut darüber Luft machte – natürlich auf Twitter.

Parität gegen Rechts (Facebookgruppe): Ähnlich #ichbinhier, aber rein paritätisch: Eine Gruppe zur gegenseitigen Unterstützung dabei, Haltung zu zeigen – gegen Demokratie und Menschenfeindlichkeit. Vor allem dafür, sich gegenseitig im Netz bei Shitstorms und rechten Anfeindungen zur Seite zu stehen.

Mimikama/ZDDK: Ein Portal, das den Wahrheitsgehalt von (Internet-)Postings prüft. Mimikama, der „Verein mit dem Ziel der Aufklärung über Internetmissbrauch“ betreibt dazu die Seite ZDDK (Zuerst denken, dann klicken) auf facebook. Mehr dazu unter www.mimikama.at

Correctiv: Ein gemeinnütziges Recherchezentrum mit umfangreichen Faktenchecks zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themen, das auch zahlreiche Instrumente, Meldungen und Statistiken von Verschwörunganhängern widerlegt: www.correctiv.org



ANIKA FALKE

Referentin für Presse und Kommunikation
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
anika.falke@paritaetischer.de



Das Jugendzentrum QueerUnity in Hannover: In der Nachbarschaft anerkannt, von der Kommunalpolitik begrüßt – und trotzdem Ziel eines homofeindlichen Anschlags. Das Haus eines schwulen Kommunalpolitikers wurde mit ähnlichen Parolen beschmiert.

„WARUM SEID IHR SO ÜBERRASCHT?“

Das QueerUnity, Hannovers und Niedersachsens erstes queeres Jugendzentrum, ist mit homofeindlichen Botschaften beschmiert worden. Corinna Weiler, Projektleiterin bei Andersraum e.V., dem Trägerverein des Jugendzentrums, hat der Anschlag nicht überrascht. Sie ist selbst lesbisch und lebt mit Anfeindungen und Beleidigungen, Tag für Tag. Hier schildert sie, wie sie die Tage nach dem Anschlag erlebt hat.

Am 22. Juni 2020, einem Samstag, erreichen uns Mails und Anrufe von Anwohner*innen: Das QueerUnity, Niedersachsens erstes queeres Jugendzentrum, wurde über Nacht mit Parolen besprüht. „Homos“, „Fags“ (engl. für „Schwuchtel“) und „PKK“ steht in meterlangen schwarzen und roten Schriftzügen auf der Fassade und den Fenstern. Außerdem wurde das Haus des schwulen Kommunalpolitikers Florian Kusche (Queerbeauftragter der SPD Hannover) mit den Worten „Homos raus“ beschmiert. Kusche hatte eine Regenbogenfahne im Fenster hängen. Seine Wohnung und unser Jugendzentrum liegen beide in Hannovers zentralem Stadtteil Calenberger Neustadt.

Sonderlich schockiert hat mich das alles nicht. Auch wenn das Jugendzentrum bei seiner Eröffnung vor einem Jahr von Politik, Verwaltung und der Nachbarschaft begrüßt und gefeiert wurde und wir nie negative Reaktionen vor Ort bekommen haben: Beschimpfungen, Beleidigungen,

auch physische Angriffe sind für queere Menschen in Deutschland auch 2020 Alltag.

Ich selbst mache immer wieder derartige Erfahrungen. Sobald ich für andere sichtbar bin, rechne ich fest mit negativen Reaktionen. Zu oft wurden meine Partnerin und ich schon belästigt. Uns wurden Sprüche nachgerufen und sexuelle „Angebote“ gemacht. Mit obszönen Gesten haben Menschen im öffentlichen Raum versucht, uns zu beschämen. Passant*innen haben da immer wegesehen. Wenn ich im sozialen Umfeld neue Leute kennenlernen, wird mir von oft wohlmeinenden Menschen lang und breit erklärt, wie tolerant sie doch sind, was sie über dieses oder jenes queere Thema denken, dass sie auch queere Freund*innen haben, dass sie einen Film mit einem queeren Bezug gesehen haben, dass sie beim Christopher Street Day waren und so weiter und so weiter. Manchmal interessiert mich das, meistens aber auch nicht, und ich wundere mich, was meine bloße Existenz

in meinen Gegenüber auslöst. Offensichtlich bin ich nicht mehr nur ich, sondern die queere Person, mit der jetzt sofort alle queeren Themen besprochen werden müssen. Erfahrungen wie diese sind beileibe kein Einzelfall. Sie sind mehrfach wissenschaftlich belegt, etwa durch Studien der Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder des Deutschen Jugendinstituts.

Viele queere Menschen verbergen daher ihre Identität. Sie erzählen nicht unbefangen vom Wochenende mit dem*der Partner*in, zensieren ihre Körpersprache, verschweigen prägende Erlebnisse – nur, um nicht aufzufallen. Doch die eigene queere Identität zu verbergen, ist nicht für alle Menschen möglich. Manche von uns sind phasenweise oder immer sichtbar. Wenn wir außerdem Rassismus, Islamfeindlichkeit oder Antisemitismus erleben, behindert werden, wenig Geld oder formale Bildung haben, ist an Verstecken und an einen unbehelligten Alltag (auch an queeren Szeneorten) gar nicht mehr zu denken. Je nach Identität(en) sind die Erfahrungen so verschieden, dass das kollektive „Wir“, das ich in diesem Text verwende, nur bedingt trägt.

So wenig überrascht ich von den Beschmierungen an unserem Jugendzentrum war, umso erstaunter war ich von den starken Reaktionen darauf. Die Fenster des Jugendzentrums wurden mit solidarischen Plakaten verschönert. Zahlreiche Menschen riefen uns an, schrieben uns Mails und teilten auf Social Media ihre Bestürzung. Unser Vermieter kümmerte sich um die Reinigung und erließ uns noch dazu einen Teil der Miete – von der Ersparnis sollten wir doch bitte allen Jugendlichen ein leckeres Eis kaufen. Hannovers Bürgermeister Belit Onay sowie mehrere Kommunalpolitiker*innen der SPD besuchten uns vor Ort. Im Rat der Stadt wurde eine aktuelle Stunde zu Queerfeindlichkeit in Hannover abgehalten, in der Vertreter*innen aller demokratischen Parteien die Beschmierungen klar verurteilten. Die lokale Presse berichtete ausführlich über den Fall.

Bei aller Dankbarkeit beschlich mich ein zwiespältiges Gefühl: War das nicht etwas zu viel Aufregung für einen vergleichsweise lapidaren Fall? Ja, jemand hatte Beleidigungen an unsere Fassade gesprüht. Doch das ist nichts im Vergleich zu dem Hass, dem zum Beispiel Bürgermeister Belit Onay selbst ausgesetzt ist. Hassnachrichten sind Alltag für ihn. Inzwischen wissen wir, dass auch er Drohungen vom „NSU 2.0“ bekommen hat. Auch andere Kommunalpolitiker*innen berichten von Drohungen und Angriffen gegen sich und ihre Familien. Für Hanno-



Grund zur Freude: Nach dem Entsetzen über die homofeindlichen Schmierereien erreichten Projektleiter Yascha Hieronimus und das QueerUnity-Team viele Solidaritätsbekundungen.

vers ehrenamtliche Ratsmitglieder kann ihr Engagement so zum Sicherheitsrisiko für ihre Liebsten werden.

Mein Mangel an emotionaler Betroffenheit angesichts der Beschmierungen stand im starken Kontrast zur schockierten und empörten Reaktion vieler Menschen, die sich nun für das Jugendzentrum einsetzten. Schockiert, dachte ich, kann doch nur sein, wer nicht weiß, dass diese Beleidigungen für uns Alltag sind? Warum versteht die Mehrheitsgesellschaft nicht, was queere Menschen täglich erleben? Warum seid ihr so überrascht?

Aber die solidarischen Reaktionen sind richtig, und sie zeigen mir, wie abgestumpft ich bin. Meine Abstumpfung schützt mich vor Verletzungen, das ist gut. Doch sie beeinträchtigt auch meine Sensibilität für ein respektvolles Miteinander. Nur weil andere noch heftiger bedroht werden, ist ein Angriff auf unser Jugendzentrum nicht egal. Vielmehr hängen diese Angriffe miteinander zusammen. Und: Wie herzlos ist es, gerade eine Einrichtung für Kinder und Jugendliche anzugreifen!

Die Erfahrungen dieser Tage haben mich in der Überzeugung bestärkt, dass wir diesen Schutzort für queere Jugendliche brauchen. Und ich bin dankbar gerührt von dem großen Rückhalt, den unser Verein Andersraum e.V. hat. Ich bin außerdem wieder sensibler geworden, was kraftvoll ist, und werde anderen, die angegriffen werden, ebenso solidarisch zur Seite stehen.



CORINNA WEILER

Projektleitung Queeres Zentrum und CSD.Hannover
Andersraum e.V.

www.andersraum.de



Foto: picture alliance / AA | Stringer

POLEN HAT GEWÄHLT

Unser Nachbarland hat den konservativen Amtsinhaber bestätigt: Am 12. Juli hat Präsident Andrzej Duda in der Stichwahl gegen Rafał Trzaskowski sein Amt verteidigt. Wie kam die Wahl zustande? Welche Themen gaben den Ausschlag? Eine Analyse.

Der Präsident oder die Präsidentin der Republik Polen wird in allgemeinen Wahlen auf fünf Jahre gewählt; eine Wiederwahl ist nur einmal möglich. Das Staatsoberhaupt hat mehr Kompetenzen als sein deutsches Pendant: Zu den Aufgaben zählen die Mitgestaltung der Außenpolitik, der Oberbefehl über die Streitkräfte, ein Vetorecht gegen beschlossene Gesetze (welches das Parlament nur mit 60-Prozent-Mehrheit zurückweisen kann), das Vorschlagsrecht für die Nominierung des Premierministers (oder der Premierministerin) sowie – unter bestimmten Umständen – die Auflösung des Parlaments, verbunden mit Neuwahlen.

Um das Amt hatten sich diesmal elf Männer (und keine Frau) beworben, in die Stichwahl kamen Rafał Trzaskowski (liberale Bürgerkoalition) mit 30,46 Prozent der abgegebenen Stimmen sowie Amtsinhaber Andrzej Duda (rechtskonservativ, unterstützt durch die Regierungspartei PiS) mit 43,50 Prozent. Bei der Stichwahl erreichte Duda 51,03 Prozent, sein Herausforderer Rafał Trzaskowski kam auf 48,97 Prozent der Stimmen. Ein denkbar knappes Ergebnis, aber Trzaskowski gratulierte dem Amtsinhaber bereits unmittelbar nach der Wahl. Am 03.08. wurde Dudas Wahlsieg offiziell bestätigt.

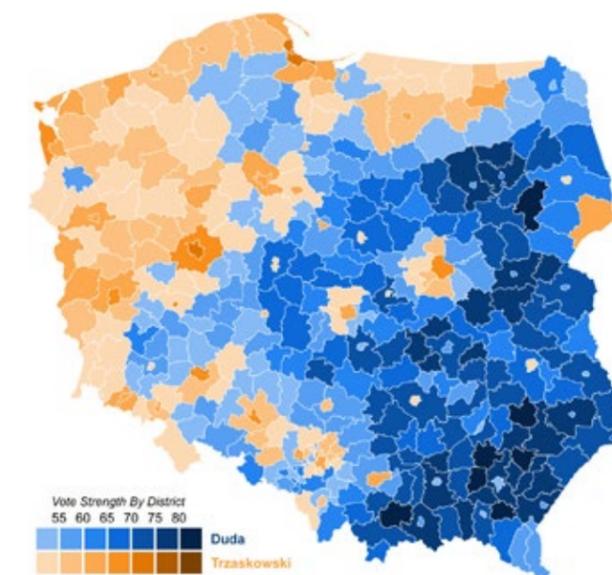
So knapp der Ausgang der Wahl war, so intensiv war der Wahlkampf. Heiß diskutiert wurde bereits der Wahltermin: ursprünglich geplant für den 8. Mai, was jedoch wegen des Ausbruchs der Coronakrise nur als reine Briefwahl möglich gewesen wäre. Da Polen jedoch praktisch keine Erfahrung mit dieser Wahlform hat, befürchtete man insbesondere seitens der oppositionellen Parteien Wahlmanipulationen und mögliche Fehler aufgrund mangelhafter Organisation. Die parlamentarische Mehrheit und die Regierung haben sich schließlich für eine Verschiebung entschieden, allerdings nach einer intensiven Diskussion im Regierungslager, welche zur Demission eines Stellvertretenden Premierministers führte. Dies kam der größten oppositionellen Partei Bürgerkoalition zugute, die eine laut Wahlprognosen aussichtslose, ursprünglich registrierte Kandidatin (Zustimmungsquote laut Umfragen: drei Prozent) durch den populären Warschauer Stadtpräsidenten Rafał Trzaskowski ersetzen konnte.

Die Zugehörigkeit zur EU galt allen Kandidaten als Selbstverständlichkeit. Lediglich der nationalistische Kandidat Krzysztof Bosak sprach sich deutlich gegen weitere Integrations Schritte aus, auch wenn dadurch keine EU-Mittel nach Polen fließen würden, und erhielt immerhin 6,78 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang. Zu den inhaltlichen Themen des Wahlkampfes, die auch durch ausländische Medien hervorgehoben wurden, zählten unter anderem die Justizreform, Minderheitenrechte und die Pressefreiheit.

Dudas Erfolg ist nicht das Ergebnis von Manipulation oder Machtmissbrauch, sondern einer Sozialpolitik, die das Leben vieler Polen verbessert hat.

Reinhard Vaser, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.08.2020

Da der Amtsinhaber 2017 von seinem Vetorecht gegen die umstrittene Justizreform Gebrauch gemacht hat, war es für Rafał Trzaskowski schwierig, dieses Thema wirklich wirksam im Wahlkampf zu nutzen. Dagegen konnte er mit Themen, mit welchen er identifiziert wurde – wie etwa die Erklärung „Warschauer Stadtpolitik zugunsten der LGBT+-Community“ vom 18.02.2019 –, in der mehrheitlich konservativen polnischen Gesellschaft, insbesondere in kleineren Städten und auf dem Lande, nicht wirklich Stimmen gewinnen. Hinter der Tatsache, dass in Polen weder die Ehe noch eine andere Form der Registrierung homosexueller Paare möglich ist (mit Ausnahme von im Ausland eingegangenen Verbindungen) steht die Über-



Gespaltenes Polen: Amtsinhaber Duda gewann die Wahlkreise im ländlichen Osten, sein Herausforderer im Westen und in den Metropolen.

Grafik: Erithecuter/Wikimedia Commons



Friedlicher Protest trifft auf Hass: Junge Menschen setzen sich mit einer stillen Aktion in Warschau für die gleichberechtigte Teilhabe von LGBTQ-Personen am gesellschaftlichen Leben ein. Gegendemonstranten brüllen Parolen und verbrennen Regenbogenflaggen.

zeugung einer großen gesellschaftlichen Mehrheit: 2019 haben sich 29 Prozent der Befragten für eine Ehe für Homosexuelle ausgesprochen – dagegen waren 66 Prozent. Für das Recht auf die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare sprachen sich nur neun Prozent aus. Gerade einmal 14 Prozent der Befragten glauben, dass Homosexualität „normal“, und weitere 54 Prozent, dass diese zu tolerieren ist.

Über die Pressefreiheit wurde intensiv diskutiert. Thema war insbesondere die „Re-Polonisierung“ der Medien, hinter welchen – mit Ausnahme des staatlichen Rundfunks – tatsächlich in vielen Fällen ausländisches Kapital steht. Jedoch bemühten sich die regierungsnahen Akteure, diese Debatte zu entschärfen. Kurz nach der Wahl sprach der Vorsitzende der PiS, Jarosław Kaczyński etwa von diesbezüglichen „freiwilligen Regelungen“ bzw. von Regelungen, die sich nicht gegen Medienfreiheit richten sollten. Eine vergleichbar geringere Rolle spielten im Wahlkampf Migrationsfragen, wobei die Akzeptanz für die Aufnahme von Geflüchteten aus Krisengebieten sich deutlich (negativ) von der Akzeptanz der Arbeitsmigration unterscheidet. Dies spiegelt wohl Erfahrungen vieler polnischer Familien mit der Arbeitsmigration nach Westeuropa und Nordamerika wider; insbesondere Andrzej Duda versprach im Wahlkampf, alles zu tun, damit seine Landsleute ihr Land aus wirtschaftlichen Gründen nicht verlassen müssen.

Generell betrachtet, spielte die Sozialpolitik (neben dem Umgang mit der Corona-Krise) im Wahlkampf eine sehr

bedeutende Rolle. Laut vielen in- und ausländischen Kommentaren, wie dem eingangs zitierten Text von Reinhard Vaser aus der FAZ, war sie entscheidend. Zwar hat sich auch der oppositionelle Kandidat Trzaskowski zu sozialpolitischen Erfolgen der Regierung wie dem Kindergeld, dem „Tourismusgutschein“ oder der „13. Rente“ positiv geäußert und versprochen, diese Errungenschaften beizubehalten. Vor dem Hintergrund der neoliberalen Wirtschaftspolitik seiner eigenen Partei, die bis 2015 regierte, klang das wohl nicht glaubwürdig genug.

Schlussendlich ist auch noch eine für polnische Verhältnisse sehr hohe Wahlbeteiligung von 64,51 Prozent im ersten und 68,18 Prozent im zweiten Wahlgang zu betonen – auch im Vergleich zur Präsidentschaftswahl 2015 (48,96 und 55,34 Prozent). Dies, wie auch das knappe Ergebnis sowie die sehr intensiv geführte politische Debatte, dokumentieren, wie lebendig die Demokratie in Polen ist. Gleichzeitig ist aber auch eine tiefe Polarisierung innerhalb der Gesellschaft sichtbar. Mit Trennlinien, die nicht selten mitten durch Familien und Freundeskreise verlaufen.



KRZYSZTOF BALON

Fachberater Mittel- und Osteuropa
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
k.balon@eurosozial.eu

ZUM WEITERLESEN

Impfrisiken, optische Täuschungen, „Die Weisen von Zion“ – und das alles eingebettet in eine hoch philosophische Diskussion über die „drei Beschränkungen unseres Denkens“: Der französische Sozialwissenschaftler Gérald Bronner serviert gemeinsam mit Zeichner Krassinsky der Leserschaft eine rasante Rundfahrt durch die Welt der „Fake News & Verschwörungstheorien“. Alles überdenken, alles hinterfragen, alles gegenchecken, so müssen mündige Bürger*innen mit den Informationen umgehen, denen sie in den etablierten Medien wie auch in den sozialen Netzwerken begegnen. Eine ziemliche Tour de Force. Wem kann man da überhaupt noch trauen? Und wie unterscheidet man die Wahrheit von der Lüge? Dieses Comic-Buch (erschieden in der durchweg lesenswerten Reihe „Die Comic-Bibliothek des Wissens“) liefert schlaue Antworten, ganz spielerisch schickt es den jugendlichen Protagonisten Leon auf eine Reise zur Erkenntnis. Ein aufrüttelndes Vorwort des auf klassische Literaturthemen spezialisierten belgischen Comic-Autoren David Vandermeulen gibt es noch dazu.



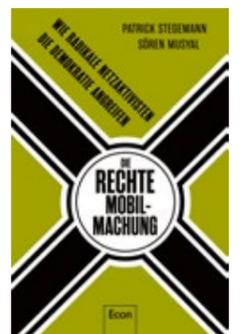
Fake News & Verschwörungstheorien, Gérald Bronner (Text) und Krassinsky (Zeichnungen)
Jacoby & Stuart, 12 Euro



Anhand von acht Themenbereichen wie Arbeit, Konsum und Armut verdeutlicht die Wiener Soziologin Laura Wiesböck in „In besserer Gesellschaft – Der selbstgerechte Blick auf die Anderen“, wie die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe und das gleichzeitige Ausgrenzen und Abwerten Anderer zu einem selbstgerechten Gefühl von Überlegenheit führt. Sie zeigt, dass Abgrenzung nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb einzelner Schichten wirkt: etwa wenn sich sozial Schwächere gegenseitig voneinander abgrenzen, anstatt gemeinsam für Besserung zu sorgen. Sie kritisiert den Neoliberalismus mit seinem individuellen Fokus auf die bestmögliche Entfaltung der eigenen Persönlichkeit zu Lasten des gemeinschaftlichen Engagements. Und die Spaltung schreitet voran... Ein Augen öffnendes, wissenschaftlich fundiertes Werk, das zudem auch gut unterhält.

In besserer Gesellschaft, Laura Wiesböck, Kremayr & Scheriau, 22 Euro

Die Rechten erobern das Internet. Gut, ganz so weit ist es zum Glück noch nicht, „das“ Internet hat auch noch viel, viel Gutes zu bieten. Aber rechte Aktivist*innen arbeiten intensiv daran, vor allem in den sozialen Netzwerken eine gewisse Meinungshoheit zu erreichen. Blut-und-Boden-Ideologie paart sich da mit Hochglanz-Instagram-Bildchen. Wer steckt dahinter? Wie gehen die Rechten dabei vor? Was lässt sich dem entgegensetzen? Patrick Stegemann und Sören Musyal recherchieren seit Jahren undercover in der rechten Filterblase und schildern in „Die rechte Mobilmachung“ anschaulich, wie es zum Erfolg der AfD auf Facebook kommen konnte, erklären Begriffe wie Doxing und Troll-Terrorismus und beschreiben, wie die Struktur von Internet und Social Media Populismus begünstigt. Am Ende geben die Autoren auch noch handfeste Ratschläge, wie die Gesellschaft die rechten Umtriebe im Netz wirkungsvoll bekämpfen kann. Pflichtlektüre!



Die rechte Mobilmachung, Patrick Stegemann und Sören Musyal, Econ, 17,99 Euro

NACHRICHTEN



MILLIONEN EINWEGMASKEN FÜR DIE SOZIALE ARBEIT IN NIEDERSACHSEN

Paritätischer erhält Großspende für seine Mitglieder

Rund 1,4 Millionen Einwegmasken für seine Mitglieder: Der Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat am 13. August 2020 eine Großspende in Empfang genommen. „Das ist ein wichtiger Beitrag, für den wir sehr dankbar sind“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Landesverbands. „Durch diese großzügige Versorgung mit Masken haben unsere Mitglieder eine Sorge weniger, wenn es darum geht, ihre Angebote der sozialen Arbeit unter Beachtung der Hygienevorschriften sicherzustellen.“

Der Chemie-Konzern BASF SE hatte dem Paritätischen bundesweit 16 Millionen Masken für soziale Einrichtungen gespendet. In Niedersachsen wurden die rund 1,4 Millionen Exemplare von mehreren dezentralen Abholorten aus weiterverteilt. Zu den abnehmenden Mitgliedsorganisationen gehörten unter anderem die Einrichtungen der Lebenshilfe, des Deutschen Kinderschutzbunds, der Tafeln, der Aidshilfen und anderer Selbsthilfeeinrichtungen und -gruppen, der Jugend- und Familienhilfe sowie viele weitere der mehr als 870 Mitgliedsorganisationen aus allen Bereichen der sozialen Arbeit. Alle Mitglieder konnten nach den eigenen Bedarfen Stückzahlen für die Masken angeben.

„Dieser Mund-Nasen-Schutz ist aber nicht nur für unsere Mitglieder wichtig“, betont Birgit Eckhardt und weist in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hin, dass wir alle als Gesellschaft dazu aufgefordert sind, aufeinander Rücksicht zu nehmen und die Hygiene- und Abstandsregelungen nicht nur auf der Arbeit, sondern auch im Privatleben zu beachten. „Neben den Abstands- und Hygieneregeln ist der Mund-Nasen-Schutz nach wie vor ein wirksames Mittel, die Infektionszahlen niedrig zu halten“, erklärt die Landesvorsitzende. „Schon der umgangssprachliche Name ‚Alltagsmaske‘ zeigt, dass sie zu unserem Leben dazugehört.“



Rund 350.000 Masken warten allein in Hannover auf die Weiterverteilung an die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen.

Foto: Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

Trotz der erfreulichen Spende bleibt es notwendig, dass das Land Niedersachsen weiterhin ausreichend Schutzausrüstung für Pflege- und medizinisches Personal, etwa in Form der FFP-2-Masken vorhält. „Menschen, die in der Pflege und Medizin tätig sind, benötigen professionelle Schutzmasken, und auch hier muss eine dauerhafte und sichere Versorgung gewährleistet sein“, meint Birgit Eckhardt.



ANIKA FALKE

Referentin für Presse und Kommunikation
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
anika.falke@paritaetischer.de

SCHNELL, UNBÜROKRATISCH, EFFEKTIV: AKUTHILFE KOMMT AN

Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen haben finanzielle Corona-Hilfen erhalten – wir stellen drei daraus entstandene Projekte vor



Sabine Behrens, Landesgeschäftsführerin der DMSG in Niedersachsen, berät online in einem Webinar. Foto: Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Bundesverband e.V.

DMSG: TECHNIK FÜR ALLE BERATUNGSSTELLEN

Die Corona-Pandemie hat die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG) vor große Herausforderungen gestellt: Veranstaltungen und Beratungen mussten abgesagt werden. Um die mehr als 250.000 MS-Erkrankten in dieser Situation nicht alleine zu lassen und ein Unterstützungsangebot aufrechterhalten zu können, hat die DMSG mit finanzieller Mithilfe der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung Beratungsleistungen und Informationen kurzfristig auf digitale Formate wie Webinare, Hotlines und Online-Beratung umgestellt. Dank der schnellen und unkomplizierten „Notfall-Unterstützung“ konnten bereits im April alle Beratungsstellen in Niedersachsen zeitnah mit funktionierender Technik ausgestattet werden.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft
Bundesverband e.V.
www.dmsg.de



Ich shoppe für dich: Eine junge Freiwillige des Turn-Klubs auf Einkaufstour. Foto: Turn-Klubb zu Hannover

TURN-KLUBB ZU HANNOVER: KONTAKTLOSE EINKAUFSHILFE

Viele der 25 jungen Menschen, die beim Turn-Klubb ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) absolvieren, haben seit April im neuen Projekt „Allgemeine Einkaufshilfe“ mitgearbeitet. Es wurde dank einer Corona-Soforthilfe der Aktion Mensch ermöglicht und stand allen Menschen in Hannover offen. Per E-Mail oder telefonisch nahm die Geschäftsstelle die Aufträge entgegen, die dann von den Freiwilligen übernommen wurden: Sie kauften ein und lieferten die Waren nach Hause, übernahmen Botengänge, beispielsweise zur Apotheke oder um Materialien für die Sporteinheit daheim anzuliefern. Dabei fanden alle Übergaben kontaktlos statt, das Geld wurde an einem vorab bestimmten sicheren Ort deponiert oder auch schon mal aus dem Fenster gereicht.

Viktoria Knieke
Turn-Klubb zu Hannover
www.turn-klubb.de

PROJEKT PROBSTHAGEN E.V.: FENSTERGESPRÄCHE GEGEN KONTAKTVERLUST

Eigentlich besuchen monatlich rund 100 seelisch belastete Personen den „SHG-Treff“ des Vereins Projekt Probsthagen e.V. als niedrigschwellige Möglichkeit, soziale Kontakte zu knüpfen. Um hierfür auch während der Coronapandemie eine Möglichkeit zu bieten, wurde dank einer Soforthilfe der Aktion Mensch das Projekt „Fenstergespräche“ ins Leben gerufen. Innerhalb kürzester Zeit wurde eine Internetseite zur Kontaktaufnahme programmiert, gleichzeitig wurden telefonische Sprechzeiten für Besucher*innen des Treffs eingerichtet, bei Bedarf wurden „Gespräche am Fenster“ vereinbart. Das Projekt soll noch bis Ende des Jahres laufen und bei Bedarf auch darüber hinaus genutzt werden.

Sunita Schwarz, SHG-Treff Projekt Probsthagen e.V. www.fenstergespraeche.de





FAMILIEN IN DER CORONA-KRISE: HILFEN IN ANSPRUCH NEHMEN

Dr. Dirk Dammann vom Albert-Schweitzer-Therapeutikum über die Folgen der Isolation für Kinder

Nur selten betreffen Ereignisse eine Gesellschaft in so vielerlei Hinsicht wie die aktuelle Corona-Pandemie. Wenn gleich die Auswirkungen jeden individuell treffen, so sind die Maßnahmen zur Eindämmung doch gravierend für den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Kontaktbeschränkungen, fehlende Freizeitmöglichkeiten und das Problem, auf engem Raum viel Zeit verbringen zu müssen, treiben besonders Familien in soziale Spannungen. Eine Entwicklung, die Dr. Dirk Dammann Sorgen bereitet. Er ist Leiter des Albert-Schweitzer-Therapeutikums, einer Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Holzminden, und bekommt die Auswirkungen der Pandemie in Form von belasteten Kindern, zum Teil auch durch die Zunahme häuslicher Gewalt mit. Im Folgenden schildert er die Beobachtungen, die er jeden Tag macht, und die Erkenntnisse, die er aus der Verknüpfung mit aktuellen Studien zieht.

„Wir sehen, dass das Verhältnis der Resilienzen gegenüber den Belastungen einen Schwellenwert besitzt. Untersuchungen zeigen gleichermaßen, dass nicht die Einzelfaktoren alleine, sondern die Kombination der Belastungen am Ende den Verlauf bestimmt“, sagt Dr. Dammann. Diese Beobachtungen würden Modelle wie z.B. die sogenannte ACE-Pyramide der Centers for Disease Control and Prevention bestätigen, die sich mit der Auswirkung traumatischer Erfahrungen im Kindheitsstadium auseinandersetzen. Das ACE-Modell zeigt, dass frühe, negative Erfahrungen im Kindesalter im gesamten weiteren Lebenslauf soziale, emotionale, aber auch

kognitive Einschränkungen mit sich bringen können. Konkret würde das bedeuten, dass in einigen Jahren ein im Verhältnis deutlich größerer Anteil der erwachsenen Bevölkerung als Nachwirkung der Pandemie mit psychischen Problemen zu kämpfen hätte, als es heute der Fall ist. Eine „belastetere Gesellschaft“ wäre die Folge. Denn nicht nur die Entstehung von Krankheiten würde durch psychische Belastungen im Kindesalter begünstigt: „Die Lebensverläufe der Menschen basieren zu nicht unerheblichen Teilen auf der Kindheit. Das zeigen im Vergleich von Lebensentwicklungen sowohl die Einkommenssituationen als auch das Maß an Gesundheit von Erwachsenen, die im Kindesalter psychischen Belastungen ausgesetzt waren.“

Die Gefahr dieser Entwicklung sieht Dammann im Kontext der aktuellen Situation vor allem in der fehlenden Inanspruchnahme von Hilfen, um negativen Erfahrungen bei Kindern entgegenzuwirken. „Wenn wir uns das Thema häusliche Gewalt ansehen, fällt auf, dass wichtige Schutzfaktoren, die wir vor der Pandemie hatten, teilweise wegfallen.“ So seien etwa Lehrkräfte, die vor der Pandemie engeren Kontakt zu ihren Schüler*innen pflegten, plötzlich nicht mehr präsent. Nahezu alle öffentlichen Kontakt- und Vertrauenspersonen wie Ärzt*innen, Sozialbetreuer*innen oder Pädagog*innen, die früher für einen entlastenden Ausgleich der Betroffenen gesorgt hatten, fielen z.T. ebenfalls weg. Dabei liege es nicht am fehlenden Willen der Beteiligten, Probleme aufzuarbei-

ten. Häufig ist es für Betroffene schlichtweg unmöglich, mit Personen zu sprechen, an die man sich früher gewandt hat. „Dadurch bleiben entsprechend auch die Meldungen über solche Fälle aus“, sagt Dr. Dammann. Die Fachklinik habe sehr schnell und niederschwellig videogestützte Angebote geschaffen, die bis heute einen Einbruch an Betreuungs- und Behandlungsangeboten abfangen.

Dr. Dammann zeichnet ein Bild, das sich mit dem anderer führender Pädagog*innen und Therapeut*innen, aber auch aktuellen Studien zum Thema deckt. Erst vor kurzem warnten 150 Mediziner vor den Folgen der Isolation. Besonders betroffen seien Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren¹. Verhaltensänderungen wie „Rückzug“ und „Angststörungen“ wurden dabei ebenso an den Tag gelegt wie „aggressives Verhalten“². 54 Prozent der Kinderärzt*innen rechnen damit, dass mehr Kinder Hilfe von Ergo- und Physiotherapeut*innen benötigen³. „Es ist daher unbedingt notwendig, gefährdete Gruppen nicht aus dem Blick zu verlieren. Wir sind gut beraten, auch und gerade in Pandemiezeiten aufzupassen, damit wir nicht ganze Bevölkerungsgruppen verlieren, die in Zeiten wie diesen gefährdet sind und die Folgen mitunter erst in Jahrzehnten spüren.“ Im Ergebnis der Studie kam die Hälfte der befragten Kinderärzt*innen zu dem Schluss, dass die Enge zu Hause, fehlende Rückzugsmöglichkeiten und die Übertragung von Corona-Ängsten der Eltern auf das Kind ausschlaggebend für die Übertragung von Ängsten waren⁴.

Auch Dammann appelliert an die Eltern: „Wir sollten uns, was die Bindungsfragen angeht, bewusst sein, dass unsere Haltung und Einstellung sehr großen Einfluss auf das Empfinden der Kinder hat. Wir Erwachsenen dienen als Vorbild und sind durch unsere Einstellung und unser Verhalten maßgeblich am Wohlbefinden der Kinder beteiligt.“

DR. DIRK DAMMANN

Klinikleiter und Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie
Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.

www.familienwerk.de

¹Quelle: Quasdorf, Anna: Erschreckende Studie veröffentlicht: Corona-Krise macht Kinder krank. August 2020. Erschienen in: Ruhr24.de

^{2,3,4}: Ebd.

Zu finden unter: <https://www.ruhr24.de/service/coronavirus-kinderkrank-studie-krise-arzt-auflagen-psychisch-physisch-aktuell-leverkusen-13864278.html>

HILFE IN DER FAMILIENKRISE: FÜNF TIPPS VON DR. DAMMANN

1. Es ist völlig normal, dass Ihr Kind wütend wird, wenn etwas nicht so funktioniert, wie es sich das wünscht, oder wenn Sie ihm Grenzen setzen. Sie dürfen diese Wut ruhig zulassen, sollten aber darauf achten, dass es lernt, seine Aggression und Wut zu steuern und angemessen einzusetzen.
2. Stampft Ihr Kleinkind wütend mit dem Fuß auf den Boden oder rennt es wutentbrannt in sein Zimmer, sollten Sie es gewähren lassen.
3. Schlägt, tritt, beißt oder kneift es jedoch Sie oder andere, ist ein Unterbrechen des Musters zu empfehlen, und Sie sollten Alternativen anbieten. Ein Raumwechsel unterbricht häufig schon ein Verhaltensmuster.
4. Sollten Sie Ihr Kind festhalten müssen, tun Sie dies mit viel Wertschätzung und nicht aus Wut und dem Gefühl der Überlegenheit heraus.
5. Sollten krisenhafte Zuspitzungen häufiger vorkommen, holen Sie sich niederschwellig externe Unterstützung und versuchen Sie, das Verhalten besser zu verstehen und daraus Lösungen zu entwickeln.

(Modifiziert nach: <https://www.elternwissen.com/erziehung-entwicklung/erziehung-tipps/art/tipp/so-lernt-ihr-kind-konflikt-friedlich-zu-loesen.html>)

ZUR PERSON

Dr. Dirk Dammann (53) war, bevor er 2017 die Leitung in Holzminden übernahm, zehn Jahre Chefärztlicher Leiter der Kinderklinik an den Fachkliniken Wangen. Als Dozent und Gastdozent für fachspezifische Thematiken sowie durch seine Lehrtätigkeiten verfügt Dr. med. Dirk Dammann über einen umfangreichen Erfahrungsschatz und hat sich in der Rehabilitation und Behandlung von Schulmeider*innen bundesweit einen Namen gemacht. Der Mediziner ist verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von 13 bis 22 Jahren.



Foto: Albert-Schweitzer-Familienwerk e.V.

SCHULLANDHEIME SIND DABEI

Richtlinie für Corona-Hilfen veröffentlicht – Zukunft der Einrichtungen vorerst gesichert

Es hat geklappt: Träger der Jugend- und Familienbildung und der Familienerholung können finanzielle Unterstützung vom Land beantragen, wenn sie aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind. Das Land stellt dafür 29,8 Millionen Euro zur Verfügung. Ausdrücklich zählen Schullandheime zum Kreis der Antragsberechtigten. Zusätzlich können die Schullandheime von einem aktuellen Bundesprogramm profitieren. „Das ist ein großer Erfolg, den wir durch viele Gespräche mit den Ministerien und der Politik erreicht haben“, sagt Birgit Eckhardt, Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V. „Auch kleine ehrenamtlich geführte Einrichtungen dürfen nicht aus dem Blick geraten.“ Ursprünglich war für die Schullandheime kein Fördertopf vorgesehen. Damit hätten die meisten Häuser vor der Pleite gestanden. Erst viele Gespräche konnten das Land davon überzeugen, dass auch diese Einrichtungen Un-

terstützung brauchen. Die Aufnahme in die Förderprogramme ist ein erster Schritt. Schwierig bleibt die Situation der Schullandheime dennoch: „Leider reichen die Förderzeiträume der Programme längstens bis Ende des Jahres. Die umsatzschwächeren Wintermonate bis April, die sonst mit den Einnahmen aus dem Sommer überbrückt werden konnten, stellen nun das nächste Problem dar. Hier muss noch nachgebessert werden“, fordert Birgit Eckhardt. Informationen zur Antragstellung gibt es auf www.soziales.niedersachsen.de.



WIBKE BEHLAU

Fachberaterin Schullandheime
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
wibke.behlau@paritaetischer.de

TECHTIDE 2020
DIGITALISIERUNG IN WIRTSCHAFT & GESELLSCHAFT

Auf der TECHTIDE diskutieren führende Köpfe aus Unternehmen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik Thesen zur Digitalisierung von heute, morgen und übermorgen. TECHTIDE fragt nach den unternehmerischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der digitalen Transformation.

02. - 03. Dezember 2020
Hannover - Germany
techtide.de

Die Digitalkonferenz des Landes Niedersachsen

Deutsche Messe | TECHTIDE

SELBSTHILFE IST SYSTEMRELEVANT!

Selbsthilfegruppen dürfen sich wieder treffen – doch vielen fehlt es an Platz dafür

Allen Lockerungen zum Trotz: Viele Selbsthilfegruppen können sich nach wie vor nicht persönlich treffen – obwohl sie es theoretisch dürften. „Es fehlt den Gruppen schlicht an Platz“, sagt die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., Birgit Eckhardt. „Die Räume, die den Selbsthilfegruppen normalerweise zur Verfügung stehen, sind einfach zu klein, als dass zehn oder mehr Menschen darin den nötigen Sicherheitsabstand einhalten könnten.“ Der Paritätische fordert deshalb die Kommunen dazu auf, den Selbsthilfegruppen vorübergehend ausreichend große Räume zur Verfügung zu stellen.

Die Corona-Verordnung des Landes erlaubt den Selbsthilfegruppen zwar schon länger wieder regelmäßige Treffen. Ganz praktisch haben viele Gruppen ihre Treffen aber nach wie vor eingestellt – auf unbestimmte Zeit. Sie weichen auf alternative Kommunikationsmodelle aus, zum Beispiel Video-Konferenzen, Chat-Gruppen oder Spaziergänge in kleinen Gruppen. Das klappt aber nicht immer, und nicht jede Person kommt damit zu recht. „Den intensiven und regelmäßigen persönlichen Austausch mit Menschen, die alle dieselben Erfahrungen gemacht haben, kann das auf Dauer nicht ersetzen“, sagt die Vorsitzende des Paritätischen.

Gemeinsam mit den Selbsthilfekontaktstellen haben Gruppen in ganz Niedersachsen schon Hygienekonzepte erarbeitet, aber die Umsetzung scheidet allzu oft an zu kleinen Räumen. „Da kommen die Kommunen ins Spiel. Selbsthilfegruppen sind ein systemrelevanter Bestandteil unseres Gesundheitssystems“, sagt Birgit Eckhardt. „Sie brauchen in dieser Zeit jede Unterstützung. Gemeinden und Landkreise müssen zeitlich befristet andere Räume für Selbsthilfegruppen öffnen. Das könnten ungenutzte Theatersäle, Sporthallen oder Ratssäle sein.“

„Menschen, die einen schweren Schicksalsschlag hinter sich haben, die an chronischen Erkrankungen leiden oder psychische Probleme haben, finden in den ehrenamtlich in Eigenregie organisierten Selbsthilfegruppen wertvolle Unterstützung“, sagt Birgit Eckhardt. „Der Besuch der Selbsthilfegruppe ist für diese Menschen ebenso wichtig wie die fachkundige Begleitung durch Ärzte und Ärztinnen. Und nach ersten Erkenntnissen ist die

Anzahl derjenigen, die unter psychischen Beschwerden leiden, in der Corona-Krise angestiegen. Auch zum Beispiel die Corona-bedingte Verschiebung von Krebstherapien und verschiedenen Operationen weckt bei vielen Menschen zusätzlichen Bedarf an Unterstützung und Austausch. Deshalb müssen alle Selbsthilfegruppen wieder Gelegenheit bekommen, ihre Treffen abzuhalten.“



Treffen sind den Selbsthilfegruppen zwar wieder erlaubt – viele der Räume sind allerdings zu klein, um die Abstandsregeln einzuhalten.

Allein der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen ist Träger von 25 Selbsthilfekontaktstellen im Land. Rund 2500 Selbsthilfegruppen aus ganz verschiedenen Bereichen sind bei diesen Kontaktstellen gemeldet. Sie haben mehr als 30.000 Mitglieder und werden vom Land Niedersachsen gefördert. Krankenkassen unterstützen sowohl die Kontaktstellen als auch einzelne Selbsthilfegruppen, weil sie um den großen Wert dieses Angebots wissen.



UWE KREUZER

Referent für Grundsatzfragen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
uwe.kreuzer@paritaetischer.de

„ICH HOFFE, DASS ICH EINEN ECHT GUTEN JOB MACHE“

Trotz Pandemie: Zwei Braunschweiger schaffen den Sprung auf den ersten Arbeitsmarkt

Auch in diesen turbulenten Zeiten arbeiten die Mitarbeiter*innen von Versorgungsunternehmen unter schwierigen Bedingungen weiter. Das Braunschweiger Traditionsunternehmen EWE-Armaturen etwa hat schnell erkannt, wie es mit konsequenten Regeln und Strukturen seine Leistungen rund um das Thema Armaturen für Wasser, Gas und Abwasser auch während der Corona-Pandemie weiterführen kann. Und damit nicht genug: Firmenchef Jan-Peter Ewe hat in diesen ungewöhnlichen Zeiten gleich zwei Menschen mit Beeinträchtigung den schon länger eingefädeltten Arbeitsvertrag unterzeichnet und ihnen damit einen Job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gegeben. „Schon mein Vater und Opa haben immer auch eine soziale Verantwortung mit einem positiven Menschenbild gesehen und Bezug zur Lebenshilfe Braunschweig gehabt“, betont Jan-Peter Ewe.



Firmenchef Jan-Peter Ewe (links) hat trotz Corona-Zeiten gleich zwei neue Arbeitsverträge unterschrieben. Dennis Bonneick freut sich über die Chance, die durch die Vermittlung und Assistenz des Fachdienstes Betriebliche Integration der Lebenshilfe Braunschweig entstanden ist.

Kennengelernt hat die 140 Mitarbeiter*innen starke Firma ihre zukünftigen Mitarbeiter über Praktika und Arbeitstests. Umgekehrt erhielten Stefano Notariale (37) und Dennis Bonneick (31) Einblicke in das für sie neue Unternehmen. „Die beiden zeichnet eine hohe soziale Kompetenz und großer Ehrgeiz aus, sie bringen Leistung trotz ihrer Einschränkung“, meint EWE-Produktionsleiter Alexander Enns. „Wer zu uns kommt, muss wollen – dann bieten wir gute Chancen, und zwar längerfristig.“ Das gehöre zur Unternehmenskultur: „Wir wollen keine Zeitarbeit und wünschen uns Kollegen, die sich hier mit allem Entwicklungspotential ihre Zukunft vorstellen können.“

Vorbereitet und begleitet werden die beiden im Mai 2020 eingestellten Männer vom Fachdienst Betriebliche Integration der Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH. Dessen Leiter Michael Schumann berichtet: „Dank unseres guten Netzwerkes und vielen Partnern vor Ort können unsere Mitarbeiter*innen oft verschiedene Erfahrungen in unterschiedlichen Berufsfeldern vorweisen.“ Vereinfacht hat die doppelte Vertragsunterzeichnung auch das Budget für Arbeit: Menschen mit Beeinträchtigung werden von Unternehmen mit einem normalen Arbeitsvertrag zu einem normalen Gehalt eingestellt. „Dafür erhalten sie dann einen Lohnkostenzuschuss“, erklärt Michael Schumann. „Zudem begleiten und unterstützen unsere Assistenzen vom Fachdienst Betriebliche Integration direkt vor Ort.“ Bei EWE geht deshalb Lebenshilfe-Mitarbeiter Jürgen Winogradzew ein und aus: „Wir schauen gemeinsam nach individuell passenden Arbeitsabläufen, Kommunikationshilfen oder auch speziellen Maschinen und Werkzeugen.“ So hat Geschäftsführer Jan-Peter Ewe kurzerhand in zusätzliche Beleuchtung und einen ergonomisch passenden, höhenverstellbaren Tisch investiert: „Wir haben schnell gemerkt, dass dies notwendig ist, wenn der Arbeitsplatz dauerhaft genutzt wird.“

Stefano Notariale und Dennis Bonneick haben zwei feste Ansprechpartnerinnen in ihrer Gruppe, sitzen selbstverständlich im Kolleg*innenkreis während der Mittagspause beieinander und nehmen auch an den Betriebsfeiern teil. Hilfreich war da auch eine von der Lebenshilfe Braunschweig angebotene lockere Indoor-Schulung: Was heißt eigentlich Beeinträchtigung? Welche Vokabeln sind angemessen? Darf ich einen Witz machen? Wo sind Grenzen und wie gehe ich mit Unsicherheiten um?

„Ich bin stolz auf meinen Arbeitsvertrag und im Team angekommen“, freut sich Dennis Bonneick. „Jetzt hoffe ich, dass ich einen echt guten Job mache!“

Elke Franzen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Lebenshilfe Braunschweig gemeinnützige GmbH

www.lebenshilfe-braunschweig.de

„AN EINEM FREITAG“

Ein Film über den Alltag von Menschen mit Beeinträchtigungen in Corona-Zeiten

Die Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. möchte die Gesellschaft auf die derzeitige besondere und herausfordernde Situation von Menschen mit einer Beeinträchtigung in gemeinschaftlichen Wohnformen aufmerksam machen. Den Auftakt einer entsprechenden Social-Media-Kampagne hat die Lebenshilfe Langenhagen-Wedemark gGmbH mit einem Film gestaltet, in dem Bewohner*innen und Mitarbeitende zu Wort kommen.



Foto: Lebenshilfe Langenhagen-Wedemark

Die Maske gehört zum Alltag dazu: Szene aus „An einem Freitag“.

Die Interviewten beschreiben, wie sich ihr (Arbeits-)Alltag mit dem Virus verändert hat, welche Einschränkungen sie besonders belasten und auf was sie sich „danach“ am meisten freuen. Insbesondere die Selbstbestimmung und Selbständigkeit der Menschen ist im Zuge der Corona-Maßnahmen und Erlasse eingeschränkt. Das macht sie unsicher und wütend. Die Antworten darauf, was am meisten stört, reicht von Abstandsregeln und Maskenpflicht über Sehnsucht nach Freund*innen und Familie bis hin zu eingeschränkten Freizeitmöglichkeiten: „Mir fällt die Decke auf den Kopf, wenn man nicht so richtig raus kann“, beschreibt ein Bewohner. Der rund 5-minütige Film ist auf der Homepage der Einrichtung und auf ihrem You-Tube-Kanal unter <https://youtu.be/l-MTtZl4I7k> abrufbar.

Lebenshilfe Langenhagen-Wedemark gGmbH
www.lebenshilfe-lw.de

SCHWERHÖRIGE BENACHTEILIGT

Maskenpflicht in Deutschland: schwierig für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen

Der Deutsche Schwerhörigenbund e.V. (DSB) unterstützt die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasenschutzmasken in Räumen, die öffentlich zugänglich sind. Für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen ergeben sich durch das Tragen solcher Masken allerdings schwerwiegende Beeinträchtigungen. Die meisten Menschen haben bereits festgestellt, dass das Tragen der Mund-Nasenschutzmasken das Sprachverstehen im Alltag erschwert. Hinzu kommt für an Taubheit grenzend Schwerhörige, dass das Mundbild, aus dem sie einen guten Teil ihres Sprachverständnisses ergänzen, durch die Maske verdeckt wird. Der DSB unterbreitet unter anderem folgende Vorschläge, um die Teilhabe von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen während der Zeit der Maskenpflicht weiter zu ermöglichen:

- Der DSB appelliert an alle Menschen, in der Kommunikation mit schwerhörigen und gehörlosen Men-

schen trotz Maske deutlich zu artikulieren und in Richtung des Gesprächspartners zu sprechen.

- Der DSB appelliert an Unternehmen und Geschäftsleute, in den Bereichen des Publikumsverkehrs möglichst Schutzmaßnahmen zu ergreifen, bei denen es nicht zu einer Verdeckung des Mundbildes kommt (zum Beispiel transparente Trennwände oder Schutzschilde mit transparenten Sichtfolien).

- Der DSB appelliert an Arbeitgeber von hörbeeinträchtigten Menschen, mit ihnen Lösungen zu besprechen, die ihnen trotz Maskenpflicht die Kommunikation weiterhin ermöglichen. So lassen sich Arbeitsaufgaben eventuell teilweise anders verteilen.

Deutscher Schwerhörigenbund e.V. (DSB)
www.schwerhoerigen-netz.de

PANORAMA UND SERVICE



PRÄSENT IN ZEITEN DER PANDEMIE

Fête de la Musique und der Christopher Street Day begeistern auch unter neuen Voraussetzungen

Normalerweise steht am 21. Juni die inklusive Bühne des Paritätischen Niedersachsens auf dem Platz der Weltausstellung in Hannover. Doch in diesem Jahr laufen die Dinge aus Corona-Gründen etwas anders, und so konnten weder die Fête de la Musique, an der der Paritätische mit seiner Bühne teilnimmt, noch der Christopher Street Day in diesem Sommer wie gewohnt stattfinden. Doch die Macher*innen beider Veranstaltungen haben Spontantät und Kreativität bewiesen und gezeigt, was unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln und mit einem ausgeweiteten digitalen Angebot so alles möglich sein kann.



Foto: Florian Arp

Das Publikum auf Abstand halten – beim Hofkonzert der Fête de la Musique 2020 eine notwendige Voraussetzung.

Fête de la Musique

Zum weltweiten Musikfest waren 2019 noch 43 Bühnen in der hannoverschen Innenstadt aufgebaut – für die Auflage im Corona-Sommer 2020 gab es nur zwei Spielstätten, eine davon auf dem Gelände des paritätischen Mitglieds Musikzentrum e.V., das die Fête in Hannover seit vielen Jahren ausrichtet. Auch musste der spontane Gedanke des Musikfestes entfallen: Zutritt zu den Sitzplätzen im Hof gab es nur nach vorheriger Reservierung. Mit Ottolien, Lukas Dolphin, Source of Rage, Now or Nellie, Jan Jakob und Band und 5 Minuten Liebe traten sechs Bands auf, die einen tollen Querschnitt durch die hannoversche Musikszene abbildeten. Musik „vor Ort“ wurde auch im Garten des Wilhelm-Busch-Museums geboten. Dort spielte ein Blechbläserquintett aus den Reihen der NDR Radiophilharmonie mehrere Stücke. Dazu kamen digitale Angebote: Zum Beispiel das „Band Mash Up goes digital“, bei dem Künstler*innen aus Rouen, Poznań, Poznań, Liverpool, Auckland und Hannover zusammen einen Song schrieben. Oder das weltweite Streaming-

angebot der Unesco City of Music Städte, bei dem auch Hannover kräftig mitmischte.

Christopher Street Day

Rund 25.000 Besucher*innen besuchen jährlich den Christopher Street Day Hannover (CSD) und machen ihn so zu Hannovers größter Demonstration für Demokratie und Menschenrechte. In diesem Jahr fiel der Protest auf der Straße am 31. Mai zwar deutlich kleiner aus, wurde aber dennoch mit Leben gefüllt: Viele waren dem Aufruf der Veranstalter*innen vom paritätischen Mitglied andersraum e.V. gefolgt und zeigten sich und ihre Botschaften beim „Sichtbarkeitslauf“ in bunten Outfits in ihrem jeweiligen Stadtteil, hängten Plakate und Fahnen aus ihren Fenstern oder schrieben mit Kreide Botschaften auf die Straße. Auf dem Opernplatz wurden die Ergebnisse einer Aktion ausgestellt, bei der Teilnehmer*innen bereits im Vorfeld Plakate mit politischen Forderungen angefertigt hatten. Nicht zuletzt trafen sich viele Menschen zu gemeinsamen „Watch-Partys“, um den siebenstündigen CSD-Livestream aus dem Opernhaus zu schauen. Mehr als 14.000 Aufrufe verzeichnete die digitale Veranstaltung, die prall gefüllt war mit Musik, Unterhaltung und Gesprächen mit Vertreter*innen aus Politik, Kultur und Gesellschaft.



Foto: andersraum e.V.

Das Team vom CSD Hannover in seinem „Studio“ im Opernhaus, in dem der siebenstündige Livestream produziert wurde.



ANIKA FALKE

Referentin für Presse und Kommunikation
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
anika.falke@paritaetischer.de

BEGEGNUNGEN DES HERZENS

Menschen mit Behinderungen üben Aikido – Lehrerin veröffentlicht Dokumentation als Buch

„Begegnungen des Herzens“ heißt ein neues Buch der Vareler Aikido-Lehrerin Heike Kickler. Es zeigt in Fotos und anschaulichen Texten, wie eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen Aikido, die japanische Bewegungskunst, für sich entdeckt hat und regelmäßig übt. Ein Jahr lang haben Fotografen die Aikido-Stunden in Varel dokumentiert. Heike Kickler erzählt offen und einfühlsam von ihren Erfahrungen und lässt die Teilnehmer*innen sowie die Menschen, die sie bei den Übungen begleiten, selbst zu Wort kommen.

Leider konnte die geplante Präsentation des Buches Ende März wegen Corona nicht stattfinden. Doch Heike Kickler wollte mit der Veröffentlichung nicht warten, bis mal irgendwann wieder was geht, und brachte die Bücher zu den Hauptdarsteller*innen in die Wohnheime und nach Hause. Die Freude war riesig. Heike Kickler bekam An-

rufe von den Hauptdarsteller*innen Eltern, die voll des Lobes und der Freude waren. Daraufhin beschloss sie, das Buch über ihre vielen Aikido-Verbindungen bekannt zu machen. Jeden Tag fuhr sie in den ersten Wochen der Corona Zeit zur Post, um Bücher in ganz Deutschland zu verschicken. Und die Resonanz ist überwältigend. „Das ist die Aikido-Essenz, die da rüberkommt“, hieß es auch von hochkarätigen Dan-Trägern. Auch der Film zum Buch – zu sehen bei Youtube, wenn man nach „Aikido Varel“ sucht – ist schon von vielen Menschen angeschaut worden und bekommt sehr berührende Rückmeldungen. Kurzum: Die Arbeit hat sich gelohnt.

Die GPS Wilhelmshaven mbH, eine Tochter des Paritätischen Niedersachsens, hat die Erstellung des Buches begleitet, die Lotto-Sport-Stiftung hat die Kosten für Honorar, Gestaltung und Druck übernommen. Das Buch kostet 19,80 € (plus 2,-€ Versand), der Erlös kommt der weiteren Arbeit der Aikido-Gruppe zugute. Man kann es bei der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH per E-Mail bestellen: gpsinfo@gps-wilhelmshaven.de. Oder direkt in Wilhelmshaven, Rheinstraße 149, kaufen.

Heike Kickler

Autorin und Aikido-Lehrerin



Foto: Ralf Schnadt-Kirschner

Die Gruppe beim Training.

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Jetzt den VdK unterstützen und Mitglied werden!

www.vdk.de/nb



UNSER SERVICE FÜR SIE

Rechtsberatung für Mitglieder wird ausgebaut

Seit Anfang 2020 ist der Paritätische Wohlfahrtsverband Mitglied in der Rechtsberaterkonferenz (RBK), einem bundesweiten Netzwerk von in der Flüchtlingsarbeit aktiven und spezialisierten Rechtsanwält*innen. Als Reaktion auf den vermehrten Bedarf an fachlich versierter Beratung im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts wird auch der Paritätische Niedersachsen sein bereits vorhandenes Angebot im Bereich der Rechtsberatung ausbauen. Unsere Mitgliedsorganisationen erhalten dadurch die Möglichkeit, sich fachkundigen Rat zu holen und bei der Umsetzung der Rechtsansprüche einzelner Klienten unterstützen zu lassen.

Damit steht die neue Hilfestellung nicht nur unseren Migrations-, Flüchtlings- und Asylverfahrenbe-

ratungsstellen zur Verfügung, sondern auch allen anderen Fachbereichen (beispielsweise Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Pflege), die bei spezifischen Einzelfragen aus dem Bereich des Asyl-, Aufenthalts- oder Staatsangehörigkeitsrechts (bezüglich Mitarbeiter*innen, Klient*innen, Teilnehmer*innen, Angehörigen) alleine nicht weiter kommen.

Das von der Glücksspirale geförderte, für Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen kostenlose Angebot wird voraussichtlich im November starten. Wir werden Sie hierüber detailliert in einem der kommenden Mitgliederrundschreiben und in der nächsten Ausgabe des Parität Report informieren.

Das bisherige Angebot der Rechtsberatung bleibt davon gänzlich unberührt: Unsere Fachreferentin Christiane Schumacher berät auch weiterhin Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen in Fragen rund um Arbeitsrecht, Mietrecht, Vereinsrecht und Sozialrecht.



Unsere Gemeinschaft macht Sie stark

Wir beraten und vertreten Sie in den Bereichen

- Rente
- Pflege
- Gesundheit
- Hartz IV
- Behinderung
- Patientenverfügung / Vorsorgevollmacht

www.sovd-nds.de

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen

SOVD

WILLKOMMEN IM PARITÄTISCHEN WOHLFAHRTSVERBAND NIEDERSACHSEN E.V.

Neue Mitgliedsorganisationen im Porträt

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. hat auf seinen Vorstandssitzungen die Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen beschlossen. Die jüngsten Mitglieder des Paritätischen Niedersachsen möchten wir kurz vorstellen. Weitere Informationen über unsere Mitgliedsorganisationen finden Sie auf unserer Website www.paritaetischer.de, Rubrik „Mitglieder“.

EFES aktivierende Eltern- und Jugendhilfe gGmbH, Hildesheim

EFES ist ein innovativer freier Jugendhilfeträger. Die Bedarfe der Familien sind Grundlage, um „maßgeschneiderte“ Hilfen zu entwickeln. EFES fragt eher „Was geht?“ und nicht „Was geht nicht?“, um gemeinsam mit Familien und Jugendlichen auch neue und kreative Wege zu beschreiten. Inspiriert wurde EFES durch die in den Niederlanden erfahrene Idee der Kundigkeit der Familien und dem Ansetzen und Ausbau der Ressourcen. EFES basiert auf den Grundlagen der Systemtheorie und arbeitet nicht problem- sondern lösungsorientiert. EFES respektiert andere Lebenswelten und fragt nach Zielen für die Zukunft und deren Umsetzungsschritten in der Gegenwart. Auf praktischer Arbeit basierend, bietet EFES Fortbildungen und Coachings an.



>> **KONTAKT** | info@efes-online.de
www.efes-online.de

Akademie am Michaelshof e.V., Sammtatz

Der Verein Akademie am Michaelshof e.V. fördert wissenschaftliche Forschung, Bildung und Erziehung sowie die Aus- und Fortbildung in den Bereichen Landwirtschaft, Gärtnerei, Umweltschutz und Erziehung. Verwirklicht wird dies durch die Durchführung von Seminaren im „Haus der Natur“, Workshops, Vortragsveranstaltungen, Konzerte sowie durch praktische Übungen in den genannten handwerklichen Fertigkeiten und durch Förderung von wissenschaftlichen Publikationen. Darüber hinaus ist der Verein in fast allen Bildungsbereichen tätig, von frühkindlicher Bildung über schulische und außerschulische Bildung, Weiterbildung bis zur non-formalen und informellen Bildung.

>> **KONTAKT** | akademie@sammatz.de

Verein für ganzheitliches Lernen und ökologische Fragen e.V., Prinzhöfte

Der Verein für ganzheitliches Lernen e.V. und ökologische Fragen ist seit über 20 Jahren eine Spielwiese für Permakultur und Freinetpädagogik. Das Zentrum Prinzhöfte, ein ehemaliger Bauernhof, der in mühevoller Kleinarbeit liebevoll renoviert wurde, ist das Stammhaus des Vereins. Aus Projektarbeit in den Anfängen haben sich professionelle Institutionen gebildet, die sich selbstständig gemacht haben wie die Freie Schule Prinzhöfte in Bassum oder noch heute im Zentrum Prinzhöfte beheimatet sind. Neben dem Freinet-Kindergarten, einem Selbstversorger Seminarhaus und einem Permakulturgarten mit Gemüseanbau und Wildkräuterverarbeitung beteiligen sich engagierte Menschen am Gemeinschaftsprojekt in Prinzhöfte.

>> **KONTAKT** | kontakt@zentrum-prinzhoefte.de
www.zentrum-prinzhoefte.de

Cornelius-Helferich-Stiftung, Kassel

Die 1970 gegründete Cornelius-Helferich-Stiftung mit Sitz in Kassel verwirklicht ihren Stiftungszweck durch die Betreuung, Förderung, Rehabilitation und Pflege kranker, behinderter sowie älterer Menschen und ist Träger mehrerer sozialer Einrichtungen. In Niedersachsen betreibt die Cornelius-Helferich-Stiftung das Seniorenzentrum Moringen für Pflegebedürftige und Menschen mit Alterserkrankungen. Die Seniorinnen und Senioren leben hier in selbständigen Hausgemeinschaften mit dem Ziel, die eigenständige Lebensführung weitgehend zu erhalten. Zudem bietet die Stiftung Betreutes Wohnen in innenstadtnahen Ein- oder Zweizimmer-Appartements an.



>> **KONTAKT** | info@helferich-stiftung.de
www.cornelius-helferich-stiftung.de

Lebenshilfe Aurich-Wittmund Holding gGmbH, Aurich

Nach über 50 Jahren wirtschaftlicher Tätigkeit für Menschen mit geistiger und/oder seelischer Behinderung haben die beiden Gesellschaftervereine Lebenshilfe Aurich e.V. und Lebenshilfe Wittmund e.V. ihre gemeinsame Tochtergesellschaft neu strukturiert. Die Holding als Muttergesellschaft lenkt und führt ihre beiden Tochtergesellschaften „Arbeit und Teilhabe“ (wfbm Aurich-Wittmund gGmbH) sowie „Wohnen und ambulante Dienste“ (w.i.r. gGmbH, siehe folgender Eintrag) nach dem Grundsatzprogramm der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung aller Maßnahmen und Einrichtungen, die eine wirksame Lebenshilfe für geistig, seelisch, körperlich und mehrfachbehinderte Menschen und ihrer Angehörigen bedeuten.

>> **KONTAKT** | info@lh-aurich-wittmund.de
www.lh-aurich-wittmund.de

w.i.r. gGmbH, Aurich

Die w.i.r. gGmbH ist zuständig für die Bereiche Wohnen und ambulante Dienste. Ihr Zweck ist die Förderung, Unterhaltung und der Betrieb von Wohnstätten und Tagesfördereinrichtungen sowie die Erbringung von familienunterstützenden Dienstleistungen und aller weiteren mit besonderen Wohnformen zusammenhängender Dienstleistungen. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch den Betrieb von Wohnstätten, Tagesförderstätten, Vollzeit-Pflegeeinrichtungen, familienentlastenden und familienunterstützenden Diensten, Tagesstrukturangeboten, Angeboten der Jugendhilfe und ambulanten Pflegediensten.



>> **KONTAKT** | info@wir-aurich-wittmund.de
www.wir-aurich-wittmund.de

Verein der Eziden in Hameln-Pyrmont e.V., Hameln

Der Verein hat sich der Förderung der Religion, die Förderung von Kunst und Kultur, die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten und des Völkerverständigungsgedankens verschrieben. Dies geschieht unter anderem mittels organisierten Austauschtreffen, kulturellen Veranstaltungen und dem Bestreben, ein Gebetshaus zu finden.

Afrika United e.V., Hameln

Afrika United unterstützt die Förderung von Kunst und Kultur, die Förderung der Hilfe für politisch, rassisch oder

religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Dies wird insbesondere verwirklicht durch Unterstützung, Begleitung und Hilfestellung der Mitglieder, Förderung der Integration, Sprachunterstützung, Weiterbildung der Mitglieder sowie der Beschaffung eines Afrikanischen Kulturhauses, um den Mitgliedern einen Ort des Austausches zur Verfügung zu stellen, unter anderem als Begegnungsstätte zum Kennenlernen der Afrikanischen Kultur.



>> **KONTAKT** | info@africaunited.de
www.africaunited.de

Flüchtlingshilfefonds e.V., Hannover

Der Flüchtlingshilfefonds e.V. ist eine seit 1992 bestehende, unabhängige Organisation, die vor allem Geflüchtete in ihrer Not unterstützt. Die Flüchtlingsarbeit ist dabei stetig mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Essentiell bleibt indes, Menschen in Not einen optimalen Schutz zu gewährleisten, welcher im Einklang mit dem Grundgesetz sowie dem Völkerrecht steht. Die Arbeit basiert auf zwei Säulen: Zum einen unterstützt der Verein Geflüchtete mittels unbürokratischer finanzieller Beihilfen wie bei der Begleichung von Anwalts- oder Arztrechnungen, beim Kauf von Reisetickets sowie bei Lebensmittelkäufen. Zum anderen möchte der Flüchtlingshilfefonds durch Projektarbeit einen weiteren Beitrag zur Erreichung seiner formulierten Ziele leisten.

>> **KONTAKT** | info@fluechtlingshilfefonds.de
www.fluechtlingshilfefonds.de

Stark – Soziale Teilhabe, Arbeit, Rehabilitation und Kooperation e.V., Einbeck

Der Stark e.V. sieht seinen Auftrag darin, den Menschen mit Benachteiligungen in seiner Region – besonders Menschen mit seelischer Behinderung – eine größere und stets wachsende Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und Defizite auszugleichen. Zweck des Vereins ist die Schaffung von bedarfsgerechten, wohnortnahen Hilfsangeboten für behinderte und/oder bedürftige Menschen.



>> **KONTAKT** | vorstand@stark-ev.org
www.facebook.com/stark.einbeck

wunderbunt e.V., Osnabrück

Zweck des Vereins ist die gegenseitige Beratung und Unterstützung von Eltern, deren Kinder in ihrer Entwicklung beeinträchtigt und/oder behindert sind. Der Verein hat das Ziel, die gesellschaftliche und individuelle Isolation von Kindern mit Beeinträchtigungen/Behinderungen und deren Familien aufzubrechen bzw. zu verhindern. Der Vereinszweck soll durch ideelle und materielle Hilfe und Förderung der Kommunikation erreicht werden. Diesbezüglich agiert der Verein als Familienlotse und berät zu allen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Diagnose einer Behinderung für Eltern ergeben. Die Familien sollen sich trauen, sichtbar in der Mitte der Gesellschaft und nicht an ihrem Rand zu leben. Des Weiteren werden Netzwerktreffen durchgeführt.



>> **KONTAKT** | info@wunderbunt-durchs-leben.de
www.wunderbunt-durchs-leben.de

Förderverein Stationäres Hospiz Norden e.V., Norden

Zweck des Vereins ist die ideelle und finanzielle Förderung der stationären und ambulanten Hospizarbeit in Norden und Umgebung sowie die Förderung der Einrichtung und des Betriebes eines stationären Hospizes für die Behandlung und Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Ein solches Hospiz in Norden soll schwerkranken Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben bis zum letzten Augenblick ermöglichen, Angehörigen den Abschied erleichtern, die Versorgungslücke zwischen der ambulanten Hospiz- und Palliativarbeit schließen und die Versorgung im Krankenhaus und den Bedarf an Hospizbetten für Norden und die Umgebung decken.



>> **KONTAKT** | stationaeres.hospiz.norden@gmail.com
www.hospiz-norden.de

Star – Soziale Teilhabe, Arbeit und Rehabilitation gGmbH, Einbeck

Die Star gGmbH möchte einerseits positive Entwicklungen verstärken, andererseits dort investieren, wo Menschen „zurückbleiben“. Sie hat zwei Leistungsschwerpunkte: Die Unterstützung in der beruflichen Bildung und Soziale Begleitung. Dabei werden Qualifizierungsmaßnahmen für besonders benachteiligte Arbeitslose und AVGS (Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein – hochwertige Angebote für spezifische Zielgruppen) angeboten. Des Weiteren erfolgt die Betreuung von psychisch und seelisch erkrankten Personen sowie Unterstützung von Menschen mit Erziehungsverantwortung. Die ambulante Unterstützung bezieht sich auf die Bereiche: Wohnen, Familie, Arbeit, Gesundheit, Sucht, Freizeitgestaltung sowie soziale Kontakte. Angeboten werden die Assistenzleistungen an neun Standorten. Darüber hinaus wird ambulante sozialpädagogische Familienhilfe an zwei Standorten angeboten.



>> **KONTAKT** | info@star-ggmbh.de
www.star-ggmbh.de

Kultur- und Kindertages-Stätte Rübenburg gemeinnützige Trägergesellschaft mbH, Oetzen

Die Rübenburg ist eine Kultur- und Kindertages-Stätte, in der neben der Kinderbetreuung auch Seminare, Veranstaltungen und kulturelle Events stattfinden. Der Name „Rübenburg“ verweist auf die um 1900 im Jugend- und Villenstil errichteten großzügigen Häusern von Landwirten, welche durch den Rübenanbau finanziert werden konnten. In einem denkmalgeschützten Gebäude werden zwei Kindergrößenpflegestellen beherbergt. Die Kulturstätte Rübenburg vermittelt kulturelle Inhalte und soziale Anliegen, z. B. in Form von Ausstellungen, Vorträgen, Konzerten oder Events. In Planung ist zudem der Ausbau einer Kulturscheune mit Museum, Selbstbedienungs-Café, Veranstaltungsfläche, sowie Shared-Workplace-Arbeitsplätzen.



>> **KONTAKT** | mail@ruebenburg.de
www.ruebenburg.de

PERSONALIA

AUS DEM VERBAND

Neue Abteilungsleitung im Geschäftsbereich Mitgliederförderung

Dominik Baier, bisher stellvertretender Abteilungsleiter und Fachberater, ist seit dem 20.08.2020 Leiter der neu ausgerichteten Abteilung II des Paritätischen Niedersachsen. Um



Dominik Baier



Anne Günther

den Mitgliedsorganisationen künftig noch passgenauere Beratung und Service anzubieten, hat der Paritätische Niedersachsen seine beiden Abteilungen aus dem Geschäftsbereich Mitgliederförderung neu strukturiert und weiter optimiert. Dominik Baier übernimmt die Abteilung II (ehemals: „Gesundheitspolitik“), die nun „Kinder, Jugend, Familie und Inklusion“ heißt und der alle Fachbereiche, Arbeitskreise und Referate dieser Themenbereiche zugeordnet sind. Anne Günther leitet weiterhin die Abteilung I, die statt „Mitgliederförderung“ nun „Mitgliederbetreuung, Pflege, Gesundheit und Integration“ heißt. Neben den jeweils thematisch zugeordneten Fachbereichen, Arbeitskreisen und Referaten ist die Abteilung I auch weiterhin für Aufnahmen neuer Mitglieder, die Beendigungen von Mitgliedschaften, Fragen zur Beitragsermäßigung sowie Serviceleistungen für Mitglieder zuständig.

>> **KONTAKT**
anne.guenther@paritaetischer.de
dominik.baier@paritaetischer.de

Hildesheim: Elisabeth Fokken verabschiedet

Die Geschäftsführerin des Paritätischen Hildesheim-Alfeld, Elisabeth Fokken, ist zum 31. Juli 2020 in den Ruhestand gegangen. Interessante Menschen, gute Gespräche und ein tolles Team hatten ihre elfenhalbjährige Tätigkeit geprägt: „Zusammengefasst kann ich sagen, dass ich beim



Elisabeth Fokken



Dr. Volker Bullwinkel

Paritätischen meine berufliche Heimat gefunden habe“, erklärte sie. Ihr Nachfolger ist Dr. Volker Bullwinkel, der als Regionalgeschäftsführer beim Paritätischen neben den Kreisverbänden Göttingen und Northeim nun auch die Geschäftsführung in Hildesheim-Alfeld übernimmt.

>> **KONTAKT** | volker.bullwinkel@paritaetischer.de
www.hildesheim.paritaetischer.de
www.alfeld.paritaetischer.de

Wilhelmshaven: Geschäftsführung wechselt

Zum 1. September 2020 der Wechsel hat die Geschäftsführung der paritätischen Tochter Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH (GPS) Wilhelmshaven gewechselt.



Jürgen Hoffmann



Klaus Puschmann

Jürgen Hoffmann, seit 2004 bei der GPS tätig, seit 2013 als Geschäftsführer, wurde in den Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger ist Klaus Puschmann, der zuletzt hauptamtlicher Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft für Sozialarbeit im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband Bielefeld e.V.

>> **KONTAKT** | www.gemeinsam-unterstuetzen.de

AUS DEN MITGLIEDSORGANISATIONEN

Lebenshilfe Niedersachsen: Zwei Geschäftsführer bis zur Übergabe

Seit dem 1. August 2020 hat die Lebenshilfe Landesverband Niedersachsen e.V. zwei Geschäftsführer. Frank Steinsiek, der seit mehr als 10 Jahren als Fachberater bei der Lebenshilfe Niedersachsen arbeitet, wird zunächst bis zum 30.04.2021 neben Holger Stolz Geschäftsführer der Lebenshilfe Niedersachsen sein. Die kommenden Monate werden die beiden nutzen, um Übergabe und Perspektiven gemeinsam zu entwickeln. Nach dem Ausscheiden von Holger Stolz wird Frank Steinsiek ab Mai 2021 als alleiniger Geschäftsführer den Landesverband leiten



Holger Stolz



Frank Steinsiek

>> **KONTAKT** | www.lebenshilfe-nds.de

VERANSTALTUNGEN

Alle Präsenzseminare finden am **Veranstaltungstag jeweils von 10 bis 17 Uhr in Hannover** statt (Online-Seminare: 10 bis 15 Uhr). Weitere Informationen zu den Inhalten und Anmeldeformalitäten der einzelnen Seminare finden Sie auf unserer Homepage unter www.paritaetischer.de/aktuelles/seminare.

Bitte beachten Sie: Alle Termine unter Vorbehalt! Aufgrund der Corona-Pandemie und damit zusammenhängender Entwicklungen in Bezug auf Präsenzveranstaltungen kann es zu Verschiebungen oder Absagen einzelner Termine kommen.

OKTOBER 2020

06.10.2020

ONLINE-SEMINAR

Mutterschutz und Elternzeit – Worauf muss man als Arbeitgeber achten?

07.10.2020

ONLINE-SEMINAR

Kompetent in Sekretariat und Assistenz

08.10.2020

ONLINE-SEMINAR

Pflegesatzverhandlungen in der Praxis stationärer Pflegeeinrichtungen

NOVEMBER 2020

10.11.2020

ONLINE-SEMINAR

Haftungsvermeidung beim eingetragenen Verein

10.11.2020

PRÄSENZSEMINAR

Die Bedarfsermittlung als Grundlage des Gesamtplanverfahrens – Auswirkungen des Verfahrens auf die Rolle des Leistungsberechtigten und des Leistungserbringers

DEZEMBER 2020

01.12.2020

PRÄSENZSEMINAR

Datenschutz in der Pflege

07.12.2020

ONLINE-SEMINAR

Leistungsrecht SGB V/SGB XI für ambulante Pflegedienste

15.12.2020

PRÄSENZSEMINAR

Datenschutz im Verein und in Mitgliedsorganisationen

Ihre Ansprechpartnerin:

TIMEA THOMSEN

Sekretariat Mitgliederförderung

Tel.: 0511/524 86-368

timea.thomsen@paritaetischer.de

VERSCHIEBUNG DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Aufgrund der Corona-Pandemie muss die 38. Mitgliederversammlung und Verbandsratswahl des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen e.V., die eigentlich für den **14. November 2020** angesetzt war, verschoben werden. Sie wird stattdessen am **Sonnabend, 08. Mai 2021** stattfinden. Eine Einladung mit der Tagesordnung geht allen Mitgliedern rechtzeitig zu.

VERBANDSJUBILÄEN

Wir gratulieren folgenden Mitgliedsorganisationen zu besonderen Jubiläen ihrer Mitgliedschaft im Paritätischen Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V. in den Monaten Juli, August und September 2020:

10 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 2010)

- Suchtkrankenhilfe Ostfriesland gGmbH, Leer
- TRENT gemeinnützige Gesellschaft für Training und Entwicklung junger Menschen mbH, Timmel
- Unabhängiger Jugendtreff Wietmarschen e.V., Wietmarschen

20 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 2000)

- Diabetiker Niedersachsen e.V., Ohrum
- Freier Waldorfkindergarten Raphael e.V., Hannover
- Insolvenz- und Schuldnerberatung Friesland e.V., Varel
- Sozialtherapeutische Initiative e.V., Kirchlinteln

25 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1995)

- Deutscher Kinderschutzbund e.V., Ortsverband Nordenham, Nordenham
- Kreisverband Legasthenie Lüneburger Heide e.V., Uelzen
- MOBILE Verein für Gesundheits- und Familienbildung e.V., Pattensen
- ProSENIS GmbH, Hannover
- SIDA e.V. Soforthilfe und Information durch Ambulante Versorgung, Hannover

30 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1990)

- Beta 89 - Verein für betreuendes Wohnen und Tagesstrukturierung psychisch Gesunder e.V., Hannover
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Braunschweig, Braunschweig
- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Ortsverband Salzgitter, Salzgitter
- Tages-Mütter und -Väter e.V. des Landkreises Harburg, Buchholz
- Verein „Treffpunkt“ e.V., Gillersheim

40 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1980)

- Deutscher Kinderschutzbund e.V. Kreisverband Göttingen, Göttingen
- Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und -abhängige Menschen e.V., Leer
- Sozialwerk Nazareth e.V., Norden

50 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 2. Quartal 1970)

- PLSW Paritätische Lebenshilfe Schaumburg-Weserbergland GmbH, Stadthagen
- Hochschule für Künste im Sozialen gemeinnützige GmbH, Ottersberg

55 Jahre Mitgliedschaft (Eintritt 3. Quartal 1965)

- Allgemeines Krankenhaus Celle, Celle
- Pro familia - Dt. Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V.
- Landesverband Niedersachsen, Hannover

MITGLIED WERDEN IM PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

Umfangreiche Information und fachliche Beratung, Austausch mit anderen Organisationen aus dem gleichen Arbeitsgebiet. hilfreiche Dienstleistungen, Rahmenverträge, Stiftungsmittel und vieles mehr – eine Mitgliedschaft im Paritätischen Niedersachsen hat viele Vorteile!
Näheres dazu erfahren Sie auf www.paritaetischer.de/mitgliedwerden

Wir freuen uns darauf, Sie in der bunten paritätischen Familie begrüßen zu können!

DER PARITÄTISCHE STELLENMARKT

Sie suchen neue Mitarbeiter*innen? Wir helfen Ihnen! Senden Sie Ihre Ausschreibung als drucktaugliches PDF an report@paritaetischer.de. Die Veröffentlichung ist für Mitgliedsorganisationen kostenlos!



Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ) gemeinnützige GmbH

Wir sind eine soziale Einrichtung in der Stadt Einbeck mit ca. 150 Mitarbeiter*innen. Insbesondere behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche werden von uns mobil, ambulant oder teilstationär betreut und gefördert.

Für unsere **staatlich anerkannte Tagesbildungsstätte – Ilmeschule** – in Einbeck suchen wir zum nächstmöglichen Termin eine

Klassenleitung (m/w/d).

In unserer “Ilmeschule“ werden Kinder mit dem Förderschwerpunkt “Geistige Entwicklung“ nach den entsprechenden Niedersächsischen Rahmenrichtlinien in kleinen, überschaubaren Klassen unterrichtet und gefördert.

Den Klassenleitungen stehen pädagogische Mitarbeiter zur Seite. Darüber hinaus besteht ein sogenannter klassenübergreifender Dienst aus pädagogischen und therapeutischen Fachkräften.

Neben **Lehrer*innen** mit der **Befähigung für den Unterricht an Förderschulen** können sich auch **Dipl. Pädagog*innen** bzw. **Dipl. Sozialpädagog*innen** mit dem Schwerpunkt Sonderpädagogik, **Diplom-Heilpädagog*innen** (Fachhochschule/Uni) **sowie Grund- und Hauptschullehrer*innen mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung** bewerben.

Wir erwarten die Bereitschaft zur Teamarbeit sowie die Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten, Einfühlungsvermögen, Motivation und Belastbarkeit.

Neben einem interessanten Aufgabengebiet bieten wir eine angemessene Vergütung auf individualvertraglicher Grundlage.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige mit den üblichen Unterlagen an:

Pädagogisch-Therapeutisches Förderzentrum (PTZ) gemeinnützige GmbH
Geschäftsführer Rüdiger Ernsting
Fröbelstraße 1, 37574 Einbeck

Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gern unter der Telefonnummer 05561 / 94 93 13 zur Verfügung. Weitere Stellenangebote finden Sie unter www.ptz-einbeck.de



Die Fips GmbH
sucht ab sofort oder später

1 Betriebsdirektor/in (m/w/d)

zur Verstärkung der Geschäftsführung in der Geschäftsstelle in Lehrte

Fips versteht sich seit seiner Gründung im Jahre 1985 als Anwalt und Dienstleister für psychisch kranke und behinderte Menschen.

Wir sind als gemeinnützig anerkannt und Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Anforderungsprofil

Kaufmännische Ausbildung als Bilanzbuchhalter/in oder Dipl. Kauffrau/mann mit Kenntnissen in den Bereichen:

- Allgemein:
 - Finanz-, Anlagen- und Lohnbuchhaltung
 - Mahnwesen
 - Erstellen von Jahresabschlüssen mit Anhang und Lagebericht
 - HGB, GmbHG, UStG, EStG, KStG, Gewerbesteuer-Gesetz
 - Anträge zu Förderungen, z.B. Goldene 1, Aktion Mensch
 - Versicherungswesen
 - Verträge mit Lieferanten und Energieversorgern
 - Grundlagen der EDV:
 - Software: Outlook, Excel, Word, Powerpoint, Datenbank, spezielle Branchensoftware
- Controlling:
 - Kalkulation von Leitungen, Pflegekosten, Stundensätzen etc.
 - Statistik
 - Kosten- und Leistungsrechnung
 - Berichtswesen
 - Gestaltung von Prozessabläufen
- Spezifisches:
 - Kenntnisse in den Sozialgesetzbüchern: SGB II, SGB V, SGB XI und SGB XII, BTHG
 - für Senioren – und Pflegeheimleistungen, vollstationär, teilstationär
 - ambulante psychiatrische Pflegeleistungen
 - Leistungen des Bundesteilhabegesetzes,
- Wir bieten:
 - leistungsangemessene Bezahlung
 - betriebliche Altersversorgung
 - sehr gutes Betriebsklima
 - spannende und interessante Herausforderungen

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung unter m.stelter@fips-ev.de



Jüdisches Seniorenheim Hannover

Das Jüdische Seniorenheim Hannover steht seit über 65 Jahren für hochwertige Pflege, Vielfalt und jüdische Tradition. Bei uns leben und arbeiten Menschen verschiedener Nationalitäten und Konfessionen zusammen.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt suchen wir einen

Hausmeister / Haustechniker (w/m/d)

unbefristet in Vollzeit.

Ihre Aufgaben:

- Kontrolle der Einrichtung hinsichtlich der baulichen und technischen Anforderungen
- Betrieb und Instandhaltung von betriebs- & gebäudetechnischen Anlagen
- Mitarbeit im Qualitätsmanagementsystem des Hauses
- Ausführung von kleinen Reparaturen
- Begleitung, Einweisung und Kontrolle der Leistungen von Auftragsnehmern
- Steuerung und Überwachung von Wartungsverträgen
- Pflege der Außenanlagen sowie Winterdienst

Wir wünschen uns:

- Ausbildung in einem handwerklichen Beruf sowie mehrjährige Berufserfahrung
- eine strukturierte Arbeitsweise
- Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit sowie Verantwortungsbewusstsein
- Führerschein der Klasse B

Wie bieten Ihnen:

- eine unbefristete Tätigkeit in Vollzeit
- ein angenehmes und kollegiales Arbeitsklima
- eine gute Einarbeitung
- abwechslungsreiche Tätigkeiten
- leistungsgerechte Vergütung nach unserem Haustarif
- persönliche und fachliche Weiterbildung

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung. Bitte schicken Sie diese - gern auch per Mail - an:

Jüdisches Seniorenheim Hannover | Haeckelstraße 6 | 30173 Hannover
Lars Helbsing | l.helbsing@juedisches-seniorenheim-hannover.de | 0511 - 28 86 953



Freude überwindet alle Hindernisse*

* machen Sie sich stark für die Bedürfnisse anderer.

SOS-Hof Bockum im Landkreis Lüneburg ist eine Einrichtung des SOS Kinderdorf e. V. zur sozialen und beruflichen Integration von erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung. Für ca. 100 Menschen bieten wir differenzierte Wohnbetreuungsformen und unsere anerkannte WfbM bietet Arbeitsplätze für 100 Beschäftigte.

Wir suchen zum 01.01.2021 eine/-n

Bereichsleiterin (m/w/d)

für unsere anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen
Vollzeit (38,5 Stunden pro Woche)

Unsere WfbM ist in Teilen BIOLAND zertifiziert und besteht aus den Bereichen Landwirtschaft, Gärtnerei, Käserei, Landschaftspflege, Hauswirtschaft, Dienstleistung und Tischlerei. Unsere Produkte werden über den eigenen Hofladen und über regionale Anbieter vermarktet.

Auf was Sie sich freuen können:

Ihnen obliegt die Verantwortung für die Qualität der pädagogischen Arbeit in Ihrem Bereich. Sie können gemeinsam mit Ihrem multiprofessionellen Team die pädagogischen und personellen Prozesse planen und gestalten. Die Fach- und die Dienstaufsicht der Ihnen unterstellten Mitarbeitenden gehört zu Ihrem Verantwortungsbereich.

Mit Ihren Fachkenntnissen ergänzen Sie bereichsübergreifend die vorhandene Kompetenzvielfalt im Leitungsteam.

Sie verwalten das Budget für Ihren Bereich und sind eingebunden in die Finanzplanung sowie deren angemessene Umsetzung, in Abstimmung mit Ihrer Einrichtungsleitung.

Sie pflegen alltägliche Kontakte zu allen Mitarbeitenden und Betreuten und unterstützen diese durch Ihre fachlich-professionelle Haltung.

Die Repräsentation der Werkstatt/WfbM als Institution mit ausgezeichnetem Renommee bei Auftraggebern und Institutionen runden Ihr Aufgabengebiet ab.

Was wir uns von Ihnen wünschen:

Das Wichtigste zuerst: Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam im Team gute Lösungen zu finden bereitet Ihnen Freude. Sie verfügen über mehrjährige Führungserfahrung und fundierte Fachkenntnisse im Bereich Werkstatt für behinderte Menschen. Idealerweise verfügen Sie bereits über die Qualifikation zur Werkstattleitung.

SOS-Hof Bockum

z. Hd. Herrn Glauser | Bockum 10 | 21385 Rehlingen | Telefon +49 (4132) 9129 - 0
sos-hof-bockum@sos-kinderdorf.de

Gewinnen Sie einen Einblick in die Arbeit in unserer Einrichtung: www.sos-kinderdorf.de/sos-hof-bockum

Die Durchführung/Begleitung von Qualitätsaudits (AZAV, ISO) und die Akquise von Fördermitteln sind Ihnen vertraut. Sie haben ein Studium in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft erfolgreich abgeschlossen oder verfügen über vergleichbare Fachkenntnisse und Erfahrung in ökologisch, nachhaltigen Wirtschaftszweigen.

Was wir Ihnen bieten:

Es erwartet Sie eine interessante und vielseitige Aufgabe bei einem großen sozialen Träger, in einem Leitungsteam mit viel Spielraum für eigene Ideen. Sie erhalten eine Vergütung orientiert am TVöD SuE mit attraktiven, zusätzlichen Sozialleistungen und eine arbeitgeberfinanzierte Altersvorsorge. Ein umfangreiches, vereinsinternes Fortbildungsangebot und ein bundesweites Netzwerk mit exzellenter Fachexpertise runden unser Profil ab.

Wir freuen uns auf Ihre vollständige Bewerbung per E-Mail.



DER PARITÄTISCHE NIEDERSACHSEN IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN

Aktuell und vielfältig: Vernetzen Sie sich mit uns in den Sozialen Netzwerken! Auf unseren Kanälen posten wir über soziale Themen und aus dem Verbandsleben.

Folgen sie uns auf:

 www.facebook.com/paritaetischer

 www.twitter.com/Paritaetischer

 www.instagram.com/paritaetischer_nds

 www.youtube.com/user/paritaetischernds

IMPRESSUM

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Gandhistraße 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
landesverband@paritaetischer.de

Registereintrag

Registergericht Hannover
Vereinsregister-Nummer 2156

Steuernummer

Finanzamt Hannover-Nord
25/206/21596

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BIC: BFSWDE33HAN
IBAN: DE73 2512 0510 0007 4495 00

Verantwortlich für den Inhalt:

Birgit Eckhardt, Vorsitzende

Redaktion

Bereich Grundsatz und Kommunikation
Leitung: Jens Starkebaum
Red.: Anika Falke und Uwe Kreuzer
report@paritaetischer.de

Druck

Sattler Direct Mail GmbH & Co. KG, Hildesheim

Gestaltung

neuwaerts GmbH, Hannover

Hinweis

Artikel anderer Organisationen oder Publikationen sowie namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bei der Veröffentlichung von Zuschriften behält sich die Redaktion das Recht auf redaktionelle Überarbeitung und Kürzungen vor. Der Parität Report erscheint viermal im Jahr, der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Bildnachweis

Titelbild: Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.

FACHBEREICHE DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

DIE FACHBERATERINNEN UND FACHBERATER

Altenselbsthilfe

N.N.
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-397
Fax 05 11 / 5 24 86-332
N.N.

30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
(Baier) Tel. 05 11 / 5 24
86-371
(Behlau) Fax 05 11 / 5 24
86-332
dominik.baier@paritaetischer.de
wibke.behlau@paritaetischer.de

Behindertenhilfe

Maren Campe
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 5 24 86-360
Fax 0511 / 5 24 86-332
maren.campe@paritaetischer.de

Frauen und Familien
Andrea Zerrath
Paritätischer Helmstedt
Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel. 0 53 51 / 5 41 91-4
Fax 0 53 51 / 5 41 91-66
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Bildung

N.N.
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-397
Fax 05 11 / 5 24 86-332

Jugendbildung/PJW
Karsten Maul
Paritätischer Wolfenbüttel
Rosenwall 1
38300 Wolfenbüttel
Tel. 0 53 31 / 9 05 46-50
Fax 0 53 31 / 9 05 46-11
karsten.maul@paritaetischer.de

Eingliederungshilfe

Wohnen
Eduard Schellenberg
Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-367
Fax 05 11 / 5 24 86-332
eduard.schellenberg@paritaetischer.de

Krankenhäuser
Birgit Eckhardt
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-365
Fax 05 11 / 5 24 86-333
birgit.eckhardt@paritaetischer.de

Erziehungshilfe

Dominik Baier
Wibke Behlau
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A

Kur- und Erholungshilfen
Anne Günther
Paritätischer
Niedersachsen

Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

Migration/Integration

Regina Krome
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-383
Fax 05 11 / 5 24 86-332
regina.krome@paritaetischer.de

Mittel- und Osteuropa

Krzysztof Balon
Eurosozial e. V. – Paritäts-
sicherer Verein für deutsch-
polnische und europäische
Zusammenarbeit
Marienbruchstraße 61/63
38226 Salzgitter
Tel. 0 53 41 / 84 11 94
k.balon@eurosozial.eu

Pflege

N.N.

Schullandheime

Wibke Behlau
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 5 24 86-371
Fax 0511 / 5 24 86-332
wibke.behlau@paritaetischer.de

Selbsthilfe

N.N.

Soziale Psychiatrie

Maren Campe
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 5 24 86-360
Fax 0511 / 5 24 86-332
maren.campe@paritaetischer.de

Sucht

N.N.

Tageseinrichtungen für Kinder

Ilka Maserkopf
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 0511 / 52486-380
Fax 0511 / 52486-333
ilka.maserkopf@paritaetischer.de

Überregionale Mitgliedsorganisationen

Anne Günther
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
Fax 05 11 / 5 24 86-332
anne.guenther@paritaetischer.de

ARBEITSKREISE DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

LEITERINNEN UND LEITER

Arbeits- und Tarifrecht

Christiane Schumacher
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-333
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agenturen

Nadja Kunzmann
Freiwilligen-Agentur des
Paritätischen Hameln
c/o Familie im Zentrum
Osterstraße 46
31785 Hameln
Tel. 0 51 51 / 57 61-27
nadja.kunzmann@paritaetischer.de

Betreuungsvereine

Christiane Schumacher
Paritätischer
Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-332
christiane.schumacher@paritaetischer.de

Kontakt- und Beratungsstellen für Selbsthilfegruppen

N.N.

Schuldnerberatung

Wolfgang Lippel
Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg

Tel. 0 50 21 / 97 45-15
Fax 0 50 21 / 97 45-11
wolfgang.lippel@paritaetischer.de

Sprachheilarbeit

Irmgard Fricke
Paritätische Lebenshilfe
Schaumburg-Weserberg-
land GmbH
Sprachheilkindergarten
Burgstraße 4
31855 Aerzen
Tel. 0 51 54 / 38 05
Fax 0 51 54 / 7 09 00 08
i.fricke@plsw.de

Straffälligenhilfe

Christiane Schumacher
Paritätischer
Niedersachsen

Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-395
Fax 05 11 / 5 24 86-333
christiane.schumacher@paritaetischer.de

ABTEILUNGSLEITUNGEN DES PARITÄTISCHEN NIEDERSACHSEN

LEITERINNEN UND LEITER

Abteilung I: Mitgliederbetreuung, Pflege, Gesundheit und Integration

Anne Günther
Tel. 05 11 / 5 24 86-376
anne.guenther@paritaetischer.de

Abteilung II: Kinder, Jugend, Familie und Inklusion

Dominik Baier
Tel. 05 11 / 5 24 86-387
dominik.baier@paritaetischer.de

Abteilung III: Kreisverbände/ Angebotsportfolio

N.N.

Abteilung IV: Finanzen

Gordon Braun
Tel. 05 11 / 92 09 09-631
gordon.braun@paritaetischer.de

Abteilung V: Personalwesen

Viviane Redinger
Tel. 05 11 / 92 09 09-609
viviane.redinger@paritaetischer.de

Abteilung VI: Controlling
Sabine Hüsemann
Tel. 05 11 / 92 09 09-616
sabine.husemann@paritaetischer.de

Abteilung VII: ORG/IT

Dr. Claus Aye
Tel. 05 11 / 5 24 86-359
claus.aye@paritaetischer.de

**Paritätischer Niedersachsen
Gandhistrasse 5 A
30559 Hannover
Fax 05 11 / 5 24 86-333**

PARITÄTISCHE KREISVERBÄNDE IN NIEDERSACHSEN

Paritätischer Aurich
Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GFin: Kerstin Wilken
kerstin.wilken@paritaetischer.de

Paritätischer Braunschweig
Saarbrückener Straße 50
38116 Braunschweig
Tel.: (05 31) 4 80 79-0
Fax: (05 31) 4 80 79-14
GFin: Henning Eschemann
henning.eschemann@paritaetischer.de

Paritätischer Celle
Lauensteinplatz 1a
29225 Celle
Tel.: (0 51 41) 93 98-0
Fax: (0 51 41) 93 98-19
GFin: Nadja Fischer
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Cloppenburg
c/o Herrn Hans-Jürgen Lehmann
Blumenstraße 9
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 40 59 69 99
GFin: Hans-Jürgen Lehmann
paritaet.clp@online.de

Paritätischer Cuxhaven
Kirchenpauerstraße 1
27472 Cuxhaven
Tel.: (0 47 21) 57 93-0
Fax: (0 47 21) 57 93-50
GFin: Helle Vanini
helle.vanini@paritaetischer.de

Paritätischer Delmenhorst
Bismarckstraße 21
27749 Delmenhorst
Tel.: (0 42 21) 15 25-50
Fax: (0 42 21) 15 25-15
GFin: Thomas Heyen
thomas.heyen@paritaetischer.de

Paritätischer Diepholz
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GFin: Elke Heidorn
elke.heidorn@paritaetischer.de

Paritätischer Emden
Friedrich-Naumann-Straße 11
26725 Emden
Tel.: (0 49 21) 93 06-0
Fax: (0 49 21) 93 06-16
GFin: Stefan Kamer
stefan.kamer@paritaetischer.de

Paritätischer Emsland
Lingener Straße 13
49716 Meppen
Tel.: (0 59 31) 1 80 00
Fax: (0 59 31) 1 22 80
GFin: Barbara Germer-Grote
barbara.germer-grote@paritaetischer.de

Paritätischer Friesland
Zum Jadebusen 12
26316 Varel
Tel.: (0 44 51) 91 46-0
Fax: (0 44 51) 91 46-11
GFin: Wolf-Dieter Kulawik
wolf-dieter.kulawik@paritaetischer.de

Paritätischer Gifhorn
Sprachtherapeutischer
Kindergarten
Am Sportplatz 10
38518 Gifhorn
Tel.: (0 53 71) 9 44 99-0
Fax: (0 53 71) 9 44 99-73
GFin: Sandra Agbovor
shg-gifhorn@paritaetischer-bs.de

Paritätischer Goslar-Seesen
Von-Garßen-Straße 6
38640 Goslar
Tel.: (0 53 21) 2 10 11
Fax: (0 53 21) 1 82 29
GFin: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Göttingen
Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GFin: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Grafsch. Bentheim
Große Gartenstraße 14
48529 Nordhorn
Tel.: (01 60) 44 04 02-4
GFin: Anja Jankowsky
anja.jankowsky@paritaetischer.de

Paritätischer Hameln-Pyrmont
Kaiserstraße 80
31785 Hameln
Tel.: (0 51 51) 57 61-0
Fax: (0 51 51) 5 99 77
GFin: Christoph Seese
christoph.seese@paritaetischer.de

Paritätischer Hannover
Gartenstraße 18 30161 Hannover
Tel.: (05 11) 9 62 91-0
Fax: (05 11) 9 62 91-13
GFin: Georg Steimann
georg.steimann@paritaetischer.de

Paritätischer Harburg
Schanzenring 8
21423 Winsen / Luhe
Tel.: (0 41 71) 88 76-0
Fax: (0 41 71) 88 76-29
GFin: Nadja Fischer (Interim)
nadja.fischer@paritaetischer.de

Paritätischer Helmstedt
Schuhstraße 1
38350 Helmstedt
Tel.: (0 53 51) 54 19 10
Fax: (0 53 51) 54 19 1-66
GFin: Andrea Zerrath
andrea.zerrath@paritaetischer.de

Paritätischer Hildesheim-Alfeld
Lilly-Reich-Straße 5
31137 Hildesheim
Tel.: (0 51 21) 74 16-0
Fax: (0 51 21) 74 16-20
GFin: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Holzminden
Wallstraße 2
37603 Holzminden
Tel.: (0 55 31) 93 27-0
Fax: (0 55 31) 93 27-90
GFin: Christoph Seese
christoph.seese@paritaetischer.de

Paritätischer Leer
Von-Jhering-Straße 8
26789 Leer

Tel.: (04 91) 9 25 31-0
Fax: (04 91) 9 25 31-31
GFin: Stefan Kamer
stefan.kamer@paritaetischer.de

Paritätischer Lüchow-Dannenberg
Schlossgraben 3
29451 Dannenberg
Tel.: (0 58 61) 88 53
Fax: (0 58 61) 87 50
GFin: Susanne Guhl
susanne.guhl@paritaetischer.de

Paritätischer Lüneburg
Altenbrücker Damm 1 21337
Lüneburg
Tel.: (0 41 31) 86 18-0
Fax: (0 41 31) 86 18-40
GFin: Christoph Seese (Interim)
christoph.seese@paritaetischer.de

Paritätischer Nienburg
Kräher Weg 2
31582 Nienburg
Tel.: (0 50 21) 97 45-0
Fax: (0 50 21) 97 45-11
GFin: Elke Heidorn
elke.heidorn@paritaetischer.de

Paritätischer Northeim
c/o Paritätischer Göttingen
Zollstock 9 a
37081 Göttingen
Tel.: (05 51) 9 00 08-10
Fax: (05 51) 9 00 08-19
GFin: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Oldenburg-Ammerland
Ziegelhofstraße 125 - 127
26121 Oldenburg
Tel.: (04 41) 7 79 00-34
Fax: (04 41) 7 79 00-22
GFin: Andreas Zube
andreas.zube@paritaetischer.de

Paritätischer Osnabrück
Heinrichstraße 27 b
49080 Osnabrück
Tel.: (05 41) 4 08 04-0
Fax: (05 41) 4 08 04-25
GFin: Michael Grothe-Laszewski
michael.grothe-laszewski@paritaetischer.de

Paritätischer Osterholz
Loger Straße 35
27711 Osterholz-Scharmbeck
Tel.: (0 47 91) 94 15-0
Fax: (0 47 91) 94 15-10
GFin: Olaf Bargemann
bargemann@lebenshilfe-ohz.de

Paritätischer Osterode
Abgunst 1
37520 Osterode
Tel.: (0 55 22) 90 77-0
Fax: (0 55 22) 90 77-28
GFin: Dr. Volker Bullwinkel
volker.bullwinkel@paritaetischer.de

Paritätischer Peine
Virchowstraße 8 a
31226 Peine
Tel.: (0 51 71) 77 70-0
Fax: (0 51 71) 77 70-21
GFin: Heike Horrmann-Brandt
heike.horrmann-brandt@paritaetischer.de

Paritätischer Rotenburg
Neue Straße 21
27432 Bremervörde
Tel.: (0 47 61) 7 11 01
Fax: (0 47 61) 7 11 91
GFin: Andreas Zube
andreas.zube@paritaetischer.de

Paritätischer Salzgitter
Marienbruchstraße 61 - 63
38226 Salzgitter
Tel.: (0 53 41) 84 67-0
Fax: (0 53 41) 84 67-24
GFin: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Schaumburg
Dammstraße 12 a
31675 Bückeberg
Tel.: (0 57 22) 95 22-0
Fax: (0 57 22) 95 22-18
GFin: Christoph Seese
christoph.seese@paritaetischer.de

Paritätischer Stade
c/o Paritätischer Betreuungs-
verein Stade
Thuner Straße 4
21680 Stade
Tel.: (0 41 41) 60 00 90-24
GFin: Andreas Zube
andreas.zube@paritaetischer.de

Paritätischer Uelzen
Veerßer Straße 92
29525 Uelzen
Tel.: (05 81) 97 07-0
Fax: (05 81) 97 07-20
GFin: Prof. Stefan Müller-Teusler
stefan.mueller-teusler@paritaetischer.de

Paritätischer Verden
N.N.

Paritätischer Wesermarsch
Hafenstraße 7
26919 Brake
Tel.: (0 44 01) 30 20
Fax: (0 44 01) 7 07 66 93
GFin: Anke Workowski
anke.workowski@paritaetischer.de

Paritätischer Wilhelmshaven
Banter Weg 12
26389 Wilhelmshaven
Tel.: (0 44 21) 2 06-0
Fax: (0 44 21) 2 06-2 88
GFin: Klaus Poschmann
klaus.poschmann@paritaetischer.de

Paritätischer Wittmund
Große Mühlenwallstraße 21
26603 Aurich
Tel.: (0 49 41) 93 94-0
Fax: (0 49 41) 93 94-17
GFin: Kerstin Wilken
kerstin.wilken@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfenbüttel
Kommissstraße 5
38300 Wolfenbüttel
Tel.: (0 53 31) 92 00-0
Fax: (0 53 31) 92 00-79
GFin: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

Paritätischer Wolfsburg
Saarstraße 10 a
38440 Wolfsburg
Tel.: (0 53 61) 29 50-0
Fax: (0 53 61) 29 50-21
GFin: Sven Dickfeld
sven.dickfeld@paritaetischer.de

MITGLIEDER DES VERBANDSRATS

(WAHLPERIODE 2016 BIS 2020)

Clemens Ahrens
Dorothea-Erxleben-Str. 6
38116 Braunschweig
Tel. 0 53 21 / 33 71-215
clemens.ahrens@lebenshilfe-goslar.de

Dr. Thomas Beushausen
Bonatzweg 2
30559 Hannover
Tel. 01 77 / 3 06 51 13
beusth@t-online.de
Knut Böhme Brabeckstr. 3
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 17 92 22
Tel. 01 70 / 8 30 56 32
info@k-boehme.de

Meike Dzemski
Hilde-Domin-Str. 22
26127 Oldenburg
Tel. 04 41 / 68 19 78
meike.dz@web.de

Silke Gerike
Am Mesterwinkel 19
30952 Ronnenberg
Tel. 01 71 / 4 96 53 65
silke.gerike@gmail.com

Bernd Göddertz
Luisenstr. 9
31141 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 9 99 07 87
bernd.goeddertz@gmx.de

Tina Hellmann
Hauptstr. 5
37191 Wachenhausen
Tel. 01 52 / 23 67 56 26
tina.hellmann@web.de

Martin Kupper
c/o Albert-Schweitzer-
Familienwerk e.V.
Jahnstr. 2
37170 Uslar
Tel. 0 55 71 / 92 43-141
Fax 0 55 71 / 92 43-112
kupper@familienwerk.de

Stephan Liedke
c/o Stadorf e.V.
Alewinstr. 15
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 97 64 20
stephanliedke@stadorfev.de

Hue Mende
Großer Stein 16
26789 Leer
Tel. 04 91 / 9 60 51 78
Fax 04 91 / 9 60 51 63
hmende@lebenshilfe-leer.de

Christina Müller-Matysiak
Langes Feld 68
30974 Wennigsen
Tel. 0 51 03 / 70 66 63
Fax 05 11 / 1 61 32 40
mueller.matysiak@juranet.de

Jens Pannemann
Rebenstr. 17
26121 Oldenburg
Tel. 0 44 01 / 45 88
Fax 0 44 01 / 45 80
jemic@t-online.de

Monika Placke
Walter-Haas-Str. 32
49088 Osnabrück
Tel. 05 41 / 7 63 87
Tel. 01 70 / 8 14 10 37
placke@vamv-niedersachsen.de

Mathias Reisewitz
c/o Arcus Peine gGmbH
Woltorfer Str. 7
31224 Peine
Tel. 0 51 71 / 59 12 50
Fax 0 51 71 / 59 12 40
m.reisewitz@arcus-peine.de

Bolko Seidel
Hermann-Seeland-Str. 32
31135 Hildesheim
Tel. 01 71 / 9 98 05 60
Seidel-ks@web.de

Bianca Weihmann
Seeböhmstr. 1
31688 Nienstadt
Tel. 0 57 21 / 7 27 86
bweihmann@t-online.de

EHRENVORSITZENDE

Günter Famulla
Vorsitzender 1997 bis 2009
Ehrenvorsitzender seit 2009
Wolfgang Neubelt †
Direktor 1956 bis 1988
Vorsitzender 1988 bis 1997
Ehrenvorsitzender 1997 bis 2015
Karin Ruth Diederichs †
Vorsitzende 1980 bis 1988
Ehrenvorsitzende 1988 bis 2017

VORSITZENDE DES VERBANDSRATS

Ulla Klapproth
Kleiner Horbeck 5
37191 Gillersheim
Tel. 0 55 56 / 15 66
Fax 0 55 56 / 50 78
ulla.klapproth@paritaetischer.de
Kurt Spannig
k.spannig@gmail.com

LANDESVERBAND HAUPTAMTLICHER VORSTAND

Birgit Eckhardt Vorsitzende
Rainer Flinks Vorstand Wirtschaft und Finanzen
Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V.
Gandhistraße 5a
30559 Hannover
Tel. 05 11 / 5 24 86-0
Fax 05 11 / 5 24 86-333
landesverband@paritaetischer.de

